



Franz Maget:

Mit Vielfalt und Stärken punkten

Bei der Frankenkonzferenz der SPD-Landtagsfraktion forderte der Fraktionschef mehr Berücksichtigung Frankens in der Tourismuswerbung. **Seite 14**



Dr. Thomas Goppel:

Ein Generalist im besten Sinne

Zum runden Geburtstag würdigten zahlreiche Weggefährten den Wissenschaftsminister als kraftvollen Gestalter bayerischer Politik. **Seite 2**



Hubert Aiwanger:

Stiefkind ländlicher Raum

Bei der FW-Landesversammlung in Zusmarshausen forderte der Landesvorsitzende von der Staatsregierung mehr Engagement und Geld. **Seite 2**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 18. Mai 2007

58. Jahrgang / Nummer 10



5:3 für die Kommunalpolitik

5:3 zugunsten der bayerischen Bürgermeister und Oberbürgermeister hieß es am Ende des ersten Spiels, das die bayerischen Kommunalpolitiker in Neuburg a. d. Donau gegen die Landtagsfußball-Mannschaft bestritten. Die Anregung für das Benefiz-Match kam von Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling.

Austragungsort des sportlichen Zusammentreffens war das VfR-Brandl-Stadion. Die Schirmherrschaft über den Vergleichskampf hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber übernommen. Gemeinsame Veranstalter waren Stadt Neuburg, Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Städtetag. **Bild: Natter**

Fachverband der bayerischen Landesbeamten:

Neue Regelungen in Sichtweite

Fachtagung „Personenstandswesen“ - Elektronische Register ersetzen gedruckte Bücher

Gunzenhausen. „Das Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts (PStRG)“ und seine Umsetzung in Bayern war zentrales Thema einer Fachtagung des Fachverbands der bayerischen Landesbeamten im mittelfränkischen Gunzenhausen. Klaus Holub, Erster Vorsitzender des Fachverbandes der bayerischen Landesbeamten e.V., konnte rund 400 Landesbeamte aus ganz Bayern begrüßen. Prominenter Eröffnungredner war Innenminister Dr. Günther Beckstein.

Nach vielen Jahren, in denen der Bundesverband der Deutschen Landesbeamten und Landesbeamten e.V. (BDS) und seine Landesfachverbände immer wieder auf eine Neufassung des Personenstandsgesetzes gedrängt hatten, sind jetzt neue effektivere Regelungen in Sicht. Am 23. Februar 2007 wurde im Bundesgesetzblatt das „Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts“ veröffentlicht.

sonenstandsregister bald die herkömmlichen Personenstandsregister in den Standesämtern ersetzen, so dass Urkunden schneller ausgestellt werden können. Auch die Beurkundungsdaten sollen nur noch im erforderlichen Umfang erfasst werden, wodurch die Zahl von Nachfragen und Ermittlungen sinken dürfte.

Verzicht auf Familienbuch

Verzichtet wird auf das sog. Familienbuch, das als Karteiblatt seit 1958 zusätzlich zu jeder Eheschließung erstellt worden ist. Das private Familien-Stammbuch der Ehegatten bleibt nach wie vor erhalten. Zeitlich begrenzt wird die Fortführung der Personenstandsregister durch die Standesämter. Die Nutzung der Register durch die Bürgerinnen (Fortsetzung auf Seite 4)

Regelungen von 1876

Damit werden Regelungen abgelöst, die zum Teil bis auf das Jahr 1876 zurückgehen, dem Beginn der zivilrechtlichen Beurkundung von Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen im gesamten damaligen Deutschen Reich.

So werden elektronische Per-

Deutscher Städtetag in München

„Städte schaffen Integration – Stadtpolitik in Zeiten der Globalisierung“: Unter diesem Motto steht die 34. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 22. bis 24. Mai 2007 in der Landeshauptstadt München. Zu den Rednern zählen neben dem Präsidenten des Deutschen Städtetages, dem Münchner Oberbürgermeister Christian Ude und Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber. Informationen zu Beschlüssen, Wahlen und die Reden werden bereits während der Veranstaltung im Internetangebot des Deutschen Städtetages abrufbar sein. □



Aus gutem Grund hat der Bürgermeister seinem Stellvertreter klar gemacht, dass Witz erzählen eine Kunst ist, die von Können kommt, und einen heutzutage die Political Correctness in Teufels Küche bringen kann. Er rät ihm, gefälligst vorsichtig zu sein, wann und vor wem er welche Sotise von sich gibt. **Seite 15**

Pressekonferenz von DStGB und Bayerischem Gemeindetag:

Schluss mit Illusionen!

„Privat vor Staat“ der falsche Weg

Die Kommunalwirtschaft darf nicht durch weitere Einschränkungen gefährdet werden! Davor warnten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in München der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, und der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB), Dr. Gerd Landsberg. „Privat vor Staat“ sei bei der kommunalen Daseinsvorsorge oft der falsche Weg. Dies zeige ein Blick ins Ausland.

Wie die beiden Kommunalvertreter darstellten, finden in England und Frankreich bei der Wasserversorgung umfangreiche Rekommunalisierungen statt, weil die Privatisierung die Wasserqualität verschlechtert habe und die Preise deutlich gestiegen

seien. „Die Daseinsvorsorge ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor mit entscheidender Bedeutung für die Entwicklung vor Ort, an der die Bürger festhalten wollen und die sie mitgestalten. Allein die im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisierten

Betriebe weisen 247.000 Arbeitsplätze und einen Jahresumsatz von 67 Mrd. Euro aus. Stadtwerke sind eine der größten Auftraggeber für das örtliche Handwerk“, hob Landsberg hervor.

Daseinsvorsorge endlich dauerhaft respektieren

„Die EU muss die kommunale Daseinsvorsorge endlich dauerhaft respektieren. Eine Ausdehnung des Wettbewerbsrechts im Sinne des EU-Binnenmarkt-Modells auf die lokale Ebene lehnen (Fortsetzung auf Seite 4)



Niederbayerische Landräte bei der Bundeskanzlerin

Zu einem besonderen Höhepunkt der Tagung des niederbayerischer Landräte im Landkreis Nordvorpommern wurde ein Zusammentreffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie war in Stralsund Festrednerin anlässlich der Feier zum 50-jährigen Bestehen der dortigen Weißen Flotte, wozu auch die niederbayerischen Gäste eingeladen waren. Das Zusammentreffen mit der Bundeskanzlerin gab den Landräten Gelegenheit, mit der Kanzlerin am Rande der Feier den Regierungsbezirk und einzelne Landkreise kurz vorzustellen. Unter Vorsitz des Passauer Landrats Hanns Dorfner informierten sich im Rahmen der Bezirkstagung die Landräte sowie Regierungspräsident a.D. Dr. Walter Zitzelsberger, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein sowie das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, Johannes Reile in den Landkreisen Nordvorpommern und Rügen über die dortige Strukturpolitik, über Wirtschaft und Tourismus sowie Kommunalpolitik und insbesondere über die Probleme aus der sog. Hartz IV-Gesetzgebung. Unser Bild zeigt Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Landräten (1. Reihe vorne von links) Heinrich Trapp, Dingolfing, Alfred Reisinger, Straubing, Vorsitzender Hanns Dorfner, Passau, Dr. Hubert Faltermeyer, Kelheim sowie (hintere Reihe von links) Regierungspräsident a.D. Dr. Walter Zitzelsberger, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, Landkreistagesgeschäftsführer Johannes Reile, Alexander Muthmann, Freyung, Heinz Wölfl, Regen und Christian Bernreiter, Deggendorf. **Foto: Bosch**

Bayerische Landkreise für Klimaschutz

Bayerischer Landkreistag 2007 in Bad Windsheim

Dem Klimaschutz ist die Landkreisversammlung am 22./23. Mai in Bad Windsheim gewidmet. In das Thema wird am 22. Mai 2007 Prof. Dr. Wolfgang Seiler vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung in Garmisch-Partenkirchen einführen. Einige Landkreise werden innovative Projekte aus ihren Bereichen zum Klimaschutz vorstellen. Am 2. Tag der Veranstaltung werden Innenminister Dr. Günther Beckstein, Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, Wirtschaftsminister Erwin Huber und Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel über den Klimawandel diskutieren. Den regionalen Klimawandel, seine Beobachtungen und Auswirkungen, wird Prof. Dr. Annette Menzel von der TU München darstellen.

Im Anschluss an seine Jahrestagung wird der Bayerische Landkreistag im Rahmen des 3. Klimagipfels der Klima-Allianz des Freistaates Bayern beitreten. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Künftig gleich zum Verwaltungsgericht I	2
40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul:	
Bürgerkommune im Grundsatzprogramm	3
5. Bayerischer Katastrophenschutzkongress	3
Kooperation in Kommunalen Allianzen	5
Deutscher Landkreistag zu Kreisfinanzen 2007	6
GZ-Fachthemen:	
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	7 - 10
Umwelt · Abfall · Recycling	10 - 12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Bayern:

Stiefkind ländlicher Raum

Die Situation des ländlichen Raums in Bayern war zentraler Bestandteil der Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler Bayern in Zusmarshausen, Landkreis Augsburg. FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger beschimpfte dabei die Bayerische Staatsregierung als „unmöglich, wenn sie Sorge für das ländliche Bayern beteuert, gleichzeitig aber immer weniger unternimmt, um dort für zukunftsfähige Strukturen zu sorgen“.

Bayerische Politik habe die Aufgabe, sich für ausgeglichene Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns einzusetzen, fuhr Aiwanger fort. Metropolitik dürfe nicht derart missverständlich werden, „dass ländliche Regionen ausbluten und die Gelder in fragwürdigen Projekten wie dem Transrapid am Münchner Flughafen versickern“.

Spaltung nicht vertiefen

„Die Spaltung Bayerns in Stadt und Land darf sich nicht vertiefen. Auch die Städte und damit das Gesamtsystem leiden darunter, wenn sich das Land zum kranken Mann entwickelt“, betonte Aiwanger. Benötigt würden politische Rahmenbedingungen, die die Infrastruktur am Land zukunftsfähig machen. Hierzu gehörten flächendeckende DSL-Anschlüsse genauso wie wohnortnahe Schulen, intakte Staatsstraßen, die Erhaltung der ländlichen Hausarztversorgung und der Krankenhäuser sowie Planungssicherheit für die Kommunen. In all diesen Bereichen habe die CSU „nicht das gebracht, was möglich gewesen wäre“. Aiwanger: „Wir Freien Wähler sind die glaubwürdige Kraft für den ländlichen Raum in Bayern!“

Landesvorstandsmitglied Heinrich Schmidt bezeichnete

den ländlichen Raum als „Stiefkind der bayerischen Landespolitik“. Die Schere zwischen wohlhabenden Ballungsräumen und der von Abwanderung bedrohten ländlichen Regionen klappe immer weiter auseinander. Kürzungen bei der regionalen Wirtschaftsförderung von 77 Millionen Euro im Jahre 2003 auf 52,5 Millionen im Jahre 2007 sprächen eine deutliche Sprache, ebenso Minderungen bei den Dorferneuerungsmitteln im selben Zeitraum von 32 auf 21 Millionen Euro.

Mehr Engagement und Geld

Die Freien Wähler fordern mehr Engagement und Geld für den ländlichen Raum. Ein Sonderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro für die strukturschwachen Räume soll im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung und der sonstigen Förderprogramme den Menschen auf dem Lande zu Gute kommen. Das vorgelegte Konzept sieht zudem den Erhalt wohnortnaher Schulen vor, um den drohenden Bevölkerungsschwund in den ländlichen Regionen Bayerns zu stoppen.

Die Verlagerung staatlicher Behörden in ländliche Räume und die Unterstützung von kleinen mittelständischen Betrieben

muss Schmidt zufolge ebenso umgesetzt werden wie schnelle Internet-Verbindungen und Telekommunikationsnetze. Ein besonderes Augenmerk sei auf Dorferneuerung, Förderung erneuerbarer Energien, kulturelle Einrichtungen und medizinische Versorgung zu legen. Ländlichen Gemeinden drohe auch dann der Kollaps, wenn jüngere Menschen in die Ballungsräume abwandern, wo sie bessere Angebote in Bildung, Arbeit und Kinderbetreuung vorfinden.

Drohender Verkehrsinfarkt

Der stellvertretende FW-Landesvorsitzende Bernhard Pohl kritisierte das Zurückfallen jener Regionen, die weiter von München entfernt sind. Gerade in einer Zeit, in der aufgrund der demographischen Entwicklung ein Rückgang der Bevölkerungszahlen auch im Freistaat Bayern mittel- und langfristig absehbar sei, „können wir es uns nicht mehr leisten, dass die Metropolregion München und der sie umgebende Speckgürtel immer weiter wächst, während andere Teile unseres Landes aussterben“. Dies sei eine Politik gegen die bayerischen Regionen, gegen den ländlichen Raum, aber auch gegen die Ballungszentren, deren Menschen vom Verkehrsinfarkt bedroht sind und die Mieten nicht mehr bezahlen können.

„Himmelschreiende Ungerechtigkeit“

Kein Mensch, so Pohl, komme auf die Idee, das Verkehrsaufkommen durch die Pendlerströme oder den Verkehrsinfarkt in und um München zur Sprache zu bringen. „Wie viel Schadstoffemissionen könnten wir vermeiden, wenn wir uns in Bayern um eine ausgewogene Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur kümmern würden?“ fragte der Vizevorsitzende. Auch die Beschneidung der Kilometerpauschale sei mehr als fragwürdig. Anstatt wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen, werde derjenige, der in seinem Heimatort wohnen bleibt und die Strapaze einer stundenlangen Anreise zur Arbeit jeden Tag auf sich nimmt, für dieses Versagen der Politik auch noch bestraft - „eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und eine klare Benachteiligung der Regionen gegenüber den Zentren“!

Stiefmütterliche Behandlung

Aber auch die einzelnen Regionen in Bayern werden sehr unterschiedlich behandelt, wie Pohl anhand der bestehenden Verkehrsinfrastruktur zu verdeutlichen versuchte. Gerade Schwaben und Oberfranken seien geradezu „stiefmütterlich“ von der bayerischen Politik abgespeist“ worden.

Pohl appellierte an den Freistaat, sich endlich auch „um die Folgen der von der CSU vorangetriebenen Privatisierung und Liberalisierung“ zu kümmern. Schließlich verschärfe auch die Privatisierung die Unterschiede zwischen den Zentren und dem ländlichen Raum. Privatisierung und Liberalisierung führten dort zu Preissenkungen, wo auch tatsächlich Wettbewerb herrsche. Und Wettbewerb sei dort, wo auf engstem Raum Bevölkerung und Wirtschaft konzentriert ist, also in den Metropolregionen. Im ländlichen Raum lohne sich der Wettbewerb vielfach nicht. Als markantes Beispiel nannte Pohl die Versorgung Bayerns mit DSL. Der Telekom hier den schwarzen Peter zuzuschreiben, ist für ihn schlichtweg „ungerecht“. Es sei Aufgabe des Staates, durch regio-

Dr. Thomas Goppel zum 60. Geburtstag:

„Generalist im besten Sinne“

Er gilt als kraftvoller, leidenschaftlicher und kompetenter Gestalter bayerischer Politik. Die Rede ist von Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, der am 30. April seinen 60. Geburtstag feiern konnte.

Glaubwürdige Politik bedeutet für den gebürtigen Unterfranken in erster Linie „Verlässlichkeit gegenüber den Partnern und Mut zur Verantwortung“. Beste Bildung, dynamische Innovation, eine intakte Umwelt und als Rückhalt eine Familie, die zusammenhält, seien Grundvoraussetzungen für die Zukunft - „für jeden Einzelnen von uns und für uns alle als Gemeinschaft“. Die Koordinaten dafür gelte es ständig fein zu justieren. „Darin liegen meine Aufgabe und meine Verantwortung.“

Eine feste Verwurzelung in der Heimat und die Werte des christlichen Menschenbilds bilden Goppel zufolge dafür die Haltepunkte. Die Bürger hätten einen Anspruch darauf, dass ihre Abgeordneten sich nicht nur an den Ankündigungen, sondern auch an Resultaten messen lassen. Vertrauen gründe auf Wertorientierung und -gebundenheit. Darauf gründe wiederum „der politische Ordnungsrahmen, der für mich gilt, dem ich mich in meiner Arbeit verpflichtet sehe“.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber würdigte in seinem Glückwunschschreiben insbesondere die große Bürgernähe des „Vollblut-Politikers“: „Thomas Goppel ist ein Politiker, der wirkliches Interesse an den Sorgen und Anliegen der Bürger hat. Die Bürger spüren, dass er ihnen verbunden ist und im besten Sinne volksnahe Politik macht. Vorbildlich ist sein unermüdlicher und leidenschaftlicher Einsatz für Bayern und für unsere Bürger.“ Zudem hob Stoiber die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Goppel „in einer Reihe von herausgehobenen verantwortungsvollen Aufgaben in der Staatsregierung und als Generalsekretär“ hervor.

Für den Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, ist der Jubilar ein „Generalist im besten Sinne“: „Ob als Staatssekretär im Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, als Staatsminister für

Bundes- und Europaangelegenheiten, als Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen oder als Generalsekretär unserer Partei - wo Du auch tätig warst, Du hast stets herausragendes politisches Gespür, Organisationstalent und ein ausgeprägtes Einfühlungsvermögen bewiesen“, schrieb Herrmann.

Von Goppls großartiger Fähigkeit, Menschen mitzureißen und zu begeistern, habe die CSU vor allem in seiner Zeit als Generalsekretär profitiert. „Ja, wir verdanken Dir vieles!“ so Herrmann. Die von Goppel organisierten Wahlkämpfe seien außerordentlich erfolgreich gewesen. „Ich denke nur an unser Superergebnis in Bayern bei der Bundestagswahl 2002, als unser Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber um ein Haar Kanzler geworden wäre... oder an das Ergebnis der Landtagswahl 2003, welches der CSU eine Zweidrittelmehrheit im Bayerischen Landtag beschert hat. Ohne Dich und Deinen herausragenden Einsatz wäre dies alles nicht möglich gewesen!“

Auch als Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst habe Goppel herausragende Erfolge vorzuweisen. Er habe seinerzeit ehrgeizige Sparvorgaben energisch und mutig umgesetzt und stets Lösungen in enger Kommunikation mit allen Beteiligten gesucht und gefunden. Inzwischen ernte Bayern erste Früchte des konsequenten Sparkurses von Staatsregierung und Fraktion. „Heute können wir mehr Geld investieren als andere Bundesländer - und das kommt gerade auch der Wissenschaft in Bayern zugute“, bemerkte Herrmann.

„Dass Bayerns Hochschulen, Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Deutschland schon jetzt an der Spitze stehen, wie die unterschiedlichsten Rankings immer wieder belegen, haben wir nicht nur unserer jahrzehntelangen kontinuierlichen Wissenschaftsförderungspolitik zu verdanken, sondern auch Deinem ganz persönlichen Einsatz in den vergangenen nun bald vier Jahren“, betonte Herrmann. Die Zusammenarbeit zwischen der CSU-Landtagsfraktion und dem Staatsministerium bezeichnete der Fraktionschef als „außerordentlich fruchtbar“. **DK**



Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Zündt
87672 Roßhaupten
am 22.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Stohl
86707 Köhlenthal
am 8.6.

Bürgermeister
Friedemann Kiesel
95707 Thiersheim
am 11.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Oberle
63820 Elsenfeld
am 2.6.

Bürgermeister Willi Müller
91286 Obertrubach
am 10.5.

Bürgermeister Detlev Richter
93142 Maxhütte-Haidhof
am 24.5.

Bürgermeister Andreas Schlund
96114 Hirschaid
am 27.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Kaniewski
95496 Glashütten
am 6.6.

Bürgermeister Ernst Schuster
91177 Thalmässing
am 10.6.

Bürgermeister Ludwig Klement
93499 Zandt
am 23.5.

Bürgermeister Josef Mend
97346 Iphofen
am 24.5.

Bürgermeister Erwin Lieb
63853 Mömlingen
am 29.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Fuchs
86444 Affing
am 5.6.

Bürgermeisterin
Petra Meier to Bernd-Seidl
88131 Lindau
am 8.6.

Bürgermeister Ludwig Maurer
85664 Hohenlinden
am 11.6.

Bürgermeister Alfred Rappel
86508 Rehling
am 11.6.

Bürgermeister J
osef Hillerbrand
84089 Aiglshausen
am 22.5.

Bürgermeister
Helmut Oelschlegel
95179 Geroldsdorf
am 30.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Klüpfel
97274 Leinach
am 27.5.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schelle
82041 Oberhaching
am 2.6.

nale Wirtschaftsförderung und Einsatz von Geld zu verhindern, dass ganze Landstriche von dieser Technologie weitgehend abgeschnitten werden.

Konsequenterweise setzen sich die Freien Wähler deshalb laut

Pohl für eine dezentrale Wirtschaftsförderung ein: „Wir wollen die Zusammenlegung der sieben Regierungen mit den Bezirken unter der Verantwortung eines Bezirksparlaments mit einem vom Volk gewählten Bezirksprä-

sidenten.“ Jeder Bezirk solle weitgehend in eigener Verantwortung darüber entscheiden, welche Projekte wichtig sind und was für die Region gut ist. So schaffe man Gerechtigkeit für alle Regionen. **DK**

Künftig gleich zum Verwaltungsgericht I

Widerspruchsrecht gegen behördliche Entscheidungen wird eingeschränkt
Ausnahmen im kommunalen Bereich

Das Widerspruchsverfahren gegen Entscheidungen staatlicher oder kommunaler Behörden wird im Sinne der Deregulierung und Vereinfachung eingeschränkt. Statt erst einmal beim zuständigen Amt zu intervenieren, muss man in einer Reihe von Angelegenheiten gleich zum Verwaltungsgericht gehen - ausgenommen in kommunalrechtlichen Fällen. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Staatsregierung ist in den Fachausschüssen des Landtags von der CSU gegen die Stimmen der Opposition mit geringen Korrekturen gebilligt worden. Im Kommunalbereich bleibt praktisch alles beim Alten.

Die Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung beruht auf einem Modellversuch, der von Juli 2004 bis Ende Juni 2006 in Mittelfranken stattfand. Die Staatsregierung meinte, man könne in Zeiten knapper werdender Ressourcen

Landeshauptstadt München:

Spitzenplatz in der Kriminalitätsstatistik

„Es ist der Erfolg jahrelanger konsequenter bayerischer Sicherheitspolitik, dass München erneut im bundesweiten Vergleich die sicherste Großstadt ist. Der Spitzenplatz Münchens ist Lohn für umfassende Präventionsarbeit zur Verhinderung von Straftaten genauso wie für das konsequente Vorgehen gegen Kriminalität aller Art“, kommentierte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München Medienberichte über die Kriminalitätsentwicklung in zehn deutschen Großstädten. **□**

wer tatsächlich entscheidet (s. GZ 7/5.4.07).

In den Ausschüssen blieb die CSU im wesentlichen bei der Vorlage der Staatsregierung. In Streitfällen auf kommunaler Ebene wurde den Bedenken der Spitzenverbände Rechnung getragen. Im Kommunalausschuss erklärte Berichterstatter Dr. Manfred Weiß, die Rechtssicherheit leide eher, wenn es zu viele Möglichkeiten gebe, die endgültige, gerichtliche Entscheidung zu verzögern. Er gab zu, dass die Neuregelung einen Kompromiss darstelle. Der amtierende Ausschussvorsitzende Herbert Etengruber (CSU) sagte der GZ, es handle sich gerade im Verhältnis der Bürger zu ihren Kommunen um eine sinnvolle und bürgernahe Lösung.

Mitberichterstatter Manfred Volkmann (SPD) sprach dagegen von einer bedauerlichen Verschlechterung für eine Vielzahl von Bürgern. Der Versuch in Mittelfranken habe zudem zu einer größeren Anzahl von Verwaltungsgerichtsprozessen geführt. „Wir sind im Begriff, die Bürgerrechte eher zu reduzieren.“ Die Grünen-Abgeordnete Christine Kamm pflichtete dem bei und ergänzte, auch die Verwaltung, die möglichst bürgernahe arbeiten wolle, werde durch das Widerspruchsrecht belebt. **rm**

40 Jahre Hanns-Seidel-Stiftung:

Sein Name ist Programm

300 Gäste bei Festakt im Münchner Konferenzzentrum

Mit einem Festakt in München hat die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung auf vier Jahrzehnte ihres Bestehens zurückgeblickt. 300 geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien, Kirchen und Verbänden waren der Einladung ins Konferenzzentrum München gefolgt.

„Mit Stolz“ blicke er auf 40 Jahre Arbeit der Stiftung im In- und Ausland und deren nachhaltige Erfolge zurück, betonte eingangs HSS-Vorsitzender Hans Zehetmair. Diese Tätigkeit habe der Stiftung, die stets dem Leitmotiv „Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ folgte, weit über Bayern und

Geschehen interessieren, wer wir sind und was wir tun“, bilanzierte der Stiftungsvorsitzende.

Aktiv in der politischen Bildungsarbeit

Der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, gratulierte zum 40-jährigen Be-

Der ehemalige französische Premierminister Edgar Faure sagte einst: „Politik ist nur selten eine Schussfahrt, meistens ist sie ein Slalom.“ Damit die Politiker bei diesem Slalom ihren Kurs nicht verlieren und die Bürgerinnen und Bürger die Regeln des Wettkampfs erkennen können, benötigen sie laut Stoiber „verlässliche Begleiter und Kommentatoren“. Deshalb bat er die Hanns-Seidel-Stiftung, ihre Repräsentanten und Mitarbeiter: „Lassen Sie nicht nach in ihrem Bemühen, den Bürgerinnen und Bürgern die Regeln dieses politischen Wettkampfs zu erklären!“

Europäische und globale Interessen

Der vom renommierten Historiker Michael Stürmer gehaltene Festvortrag stand unter dem Motto „Deutschlands europäische und globale Interessen“. Stürmer verwies darauf, dass es „zuletzt und vor allem um die Neubestimmung des Bündnisses mit den Nordamerikanern geht“. Hier sei viel zu tun. Deutschland befinde sich am Wendepunkt, dasselbe gelte für die Europäische Union und das Atlantische Bündnis. Die Wende zu verweigern, habe einen hohen Preis, fuhr Stürmer fort. Gemessen an den Vergangenheiten der Deutschen und der Europäer, seien die letzten 50 Jahre „eine Zeit aufgeklärter Staatskunst“ gewesen. Für die Zukunft aber liege darin keine Garantie, meinte Stürmer: „Völker können ihr Glück verspielen, und die deutsche Geschichte bietet da Beispiele.“

Historische Chance

Gemessen an dem, was die Zukunft verheißt, seien die ersten 50 Jahre „nur Anfang, eine historische Chance, nicht weniger aber auch nicht mehr“. Man könne sie wie Hans im Glück verspielen - „eine sehr deutsche Tragödie im Gewand der Farce“ - oder sie nutzen. Deutsches Interesse bleibe es, Musterschüler sowohl in der europäischen als auch in der atlantischen Klasse zu sein. Stürmer: „Deutschland ist nicht allein mit der Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich Europa und Amerika niemals trennen. Aber es hat darin ein wahrhaft existenzielles Interesse.“ DK

Anzeigen in der

GZ

Sprechen Sie mit Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>eMail: info@gemeindezeitung.de

Deutschland hinaus großes Ansehen eingebracht - „26 Jahre unter ihrem Vorsitzenden Dr. Fritz Pirkel, danach zehn Jahre lang unter der Leitung von Alfred Bayer und seit 2004 unter meiner Führung“.

Projekte in aller Welt

Mit 270 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von rund 40 Mio. Euro erfüllt die Stiftung laut Zehetmair ihren Auftrag. In 57 Ländern der Erde ist die Hanns-Seidel-Stiftung entwicklungs- und politisch in der Armutsbekämpfung tätig, über eine Million Teilnehmer zählte sie seit Bestehen in Seminaren zur politischen Bildung allein in Deutschland. Über 500 hochbegabte Studierende erhalten jährlich eine finanzielle und ideelle Förderung. Die parteinahen Stiftungen haben zudem den Auftrag, als politische „Denkfabrik“ Konzepte und Strategien zu erarbeiten.

Mit Büros in Washington, Brüssel, Moskau und Berlin, den Bildungszentren in Wildbad Kreuth und Kloster Banz sowie dem Konferenzzentrum München und Projektbüros in aller Welt sehe sich die Stiftung gut gerüstet für die Zukunft, denn: „Nach 40 Jahren unseres Bestehens wissen die meisten Menschen, die sich für das politische

stehen Stiftung und hob die Bedeutung der politischen Stiftungen in Deutschland hervor: „Sie sind aktiv in der politischen Bildungsarbeit tätig, sie fördern demokratisches Denken und das Engagement des Einzelnen in Staat und Gesellschaft.“ Hanns-Seidel-Stiftung und CSU träten gemeinsam ein „für eine christlich-soziale Prägung der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie, für eine klare Werteorientierung und ein festes Wertebewusstsein“. Die Angebote der Stiftung stünden für jedermann offen.

Tradition und Fortschritt

Der Namenspatron Hanns Seidel habe wie nur wenige andere „die Verbindung von Tradition und Fortschritt, von dankbarer Rückschau und mutigem Blick in die Zukunft“ verkörpert, fuhr Stoiber fort. Hanns Seidel habe den Weg Bayerns vom agrarisch geprägten Land zum heutigen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Hightech-Standort maßgeblich mit geprägt: „Er stand für nachhaltige Entwicklung, als andere den Begriff noch gar nicht kannten.“ Sein Name für diese Stiftung sei nicht nur dankbare Erinnerung an einen bedeutenden bayerischen Politiker, sondern bis heute „Programm für die Stiftung“.

Bayerische Verwaltungsschule:

Wertvolle Informationen für Kommunalpolitiker

Eine hohe fachliche und persönliche Kompetenz ist Grundlage für die Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, die das Amt als Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister mit sich bringt. Die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) lud deshalb vor kurzem die Rathschefs aus dem südbayerischen Raum ins Bildungszentrum München zu einer Infoveranstaltung ein. Themen des Tages waren unter anderem das Kommunalwahlrecht, das bayerische Unwetterwarnsystem und die leistungsbezogene Bezahlung.

Dabei wurde u. a. darauf hingewiesen, dass das vom Deutschen Wetterdienst und dem bayerischen Innenministerium entwickelte und im Sommer 2005 eingeführte Unwetterwarnsystem seine Bewährungsprobe bestanden hat. Die Katastrophenschutzbehörden können sich bei der Unwetterwarnzentrale in der Regionalzentrale des Deutschen Wetterdienstes über die aktuellen Wetterentwicklungen informieren. Damit können sich die Katastrophenschutzbehörden und Gemeinden mit aktuellen Informationen ganz konkret auf die Situation in ihrem Zuständigkeitsbereich vorbereiten.

Darüber hinaus erörterten die Teilnehmer eines der Herzstücke der Tarifrechtsreform, die Einführung der leistungsbezogenen Bezahlung durch den TVöD. Neu aufgenommen wurden hier Elemente einer leistungsorientierten Bezahlung, die zusätzlich zum Tabellenentgelt in Form von Leistungsprämien und Leistungszulagen ab

2007 bezahlt werden. Hierzu wird ein Fonds gebildet. Der Einstieg in die leistungsbezogene Bezahlung erfolgt stufenweise. Zunächst wird ein Prozent der ständigen Monatsentgelte der beim Arbeitgeber unter den TVöD fallenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereit stehen. In den kommenden Jahren soll dieser Anteil auf acht Prozent gesteigert werden. Die Gelder, die hierfür zur Verfügung gestellt werden, dürfen vom Arbeitgeber nicht zweckwidrig verwendet werden. Zugleich besteht unter bestimmten Bedingungen eine Verpflichtung zur teilweisen Ausschüttung dieser Mittel an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die behandelten Themen boten einen Vorgesmack auf die neue Seminarreihe der BVS. Diese bietet Mandatsträgern ein Angebot, sich in kompakter Form zu informieren und fortzubilden. Die Bandbreite der Seminare reicht von aktuellen Fragen aus dem Arbeits- und Tarifrecht über die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2008 bis hin zum persönlichen Umgang mit Stress und Belastungen. Neben den fachlichen Anregungen durch die Dozenten der BVS wird auch der kollegiale Austausch der Mandatsträger untereinander von Vorteil sein.

Wie die Geschäftsstelle mitteilt, meldeten sich mehr als 80 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Auftaktveranstaltung in München an. „Dies zeigt uns, dass das Interesse an einer Seminarreihe für Mandatsträger durch die BVS groß ist.“ DK

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul



Liebe Leser

Landauf und landab wird beklagt, die Parteien würden sich weniger mit Inhalten als mit Personen befassen. So ist es um so bedauerlicher, dass mitten hinein in eine grundsätzliche inhaltliche Diskussion über die CSU-Politik der Zukunft, ausgelöst durch die Fürther Landrätin, eingeleitet wurde auf Personalien, was jemand werden möchte und sollte und auf Personality-Shows sowie unfruchtbare Talkrunden. Schade. Wem es jetzt in unserer CSU um Inhalte und Ziele geht, der konnte bisher und muss sich jetzt einbringen in die breite Diskussion um das neue Grundsatzprogramm.

Die KPV Bayern hat dies getan. Im Entwurf

Bürgerkommune im Grundsatzprogramm

des neuen Grundsatzprogramms, das der Parteitag im Herbst beschließen soll, finden sich die Ideen einer modernen Kommunalpolitik wieder.

Wir können deshalb im kommenden Kommunalwahlkampf zeigen, dass die CSU als größte Volkspartei die hohe Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung, der Eigenverantwortung der Bürger, neue Formen der Bürgerbeteiligung sowie Bürgermitarbeit in dem Begriff der „Bürgerkommune“ zusammengefasst und verdeutlicht hat. Rechte und Pflichten als Einheit werden durch den Begriff der Bürgerkommune am schnellsten eingesehen. Die Entfaltung von Kreativität und Ideen kann in unseren Kommunen am besten gefördert werden. Ein solidarisches Zusammenleben erfährt der Mensch am stärksten in seiner Wohnkommune.

Eine solidarische Leistungsgesellschaft kann erst dann entstehen, wenn Staat und Kommunen mehr Vertrauen in das Können und Wollen der Mitmenschen setzen und wenn

Bürgerinnen und Bürger, das, was sie aktiv selbstverantwortlich tun möchten, auch tun dürfen. Wir werden in den kommenden Monaten wieder Wahlkämpfe erleben, die den Menschen den Eindruck vermitteln, sie könnten beruhigt alle ihre Angelegenheiten auf die Gemeinde oder den Landkreis abwälzen; es werde alles bestens für sie gedacht, gemacht und geregelt. Wir werden damit aber auch weiter das Anspruchsdenken in unserer noch immer verwöhnten Bevölkerung steigern, wir werden unsere Kommunen damit nicht revitalisieren. Natürlich wollen insbesondere auch wir in der CSU unserer Verantwortung als Mandatsträger gerecht werden. Unserer Auffassung nach, sollen Staat und Kommunalverwaltung aber eben nicht alles bis ins Letzte regeln, sondern mehr Verantwortung vor Ort zulassen, weniger selbst aktiv als häufiger aktivierend und subsidiär tätig werden.

Der Begriff „Bürgerkommune“ muss und kann nun mit Leben erfüllt werden. Dabei sind wir alle noch Lernende. Und das ist kein Fehler. Wir machen uns ganz grundsätzlich auf diesen Weg, um neues Engagement in unserer Bürgerschaft zu ermöglichen. Dem Menschen Selbst- und Eigenverantwortung zuzutrauen, Leistung zu fordern, zu fördern und Solidarität dem Schwachen zu schenken, ist ein wichtiger Teil unseres christlichen Menschenbildes. Das unterscheidet uns von anderen Mitkonkurrenten, die dies partiell und dem Namen nach auch wollen, im Zweifelsfall aber immer nach mehr Staat und staatlicher oder kommunaler Bevormundung rufen.

Max. Gaul

5. Bayerischer Katastrophenschutz-Kongress:

„Sicherheit braucht Qualität“

Unter dem Motto „Sicherheit braucht Qualität - vom Anspruch zur Wirklichkeit“ fand in Weiden der fünfte Bayerische Katastrophenschutz-Kongress statt. Dabei lag der Fokus neben aktuellen Entwicklungen im Katastrophenschutz auf europäischer, Bundes- und Landesebene auf Herausforderungen durch neue Bedrohungslagen, Anforderungen an die internationale Katastrophenhilfe sowie taktischen Modellen und Führungssystemen. Zentrales Thema war auch der Rückblick auf die Großveranstaltungen des Jahres 2006 - Fußball-WM, Papstbesuch, Schneekatastrophe in Bayern. Eine Sequenz zum Management von chemischen, biologischen, radioaktiven, nuklearen und explosiven Gefahrstoffen rundete den mehrtägigen Kongress ab.

Für das Präsidium des Roten Kreuzes eröffnete Bundesarzt Dr. Karl Demmer die Veranstaltung. Er betonte die Herausforderungen, die aus der Neukonzeption des nationalen Bevölkerungsschutzes für das Rote Kreuz entstehen. Zudem warnte der Arzt vor Katastrophenschutz nach Kassenlage und nannte Planung, Modularität und Kompatibilität als Schlüsselfaktoren. Die Freiwilligen als tragende Säule des Bevölkerungsschutzes benötigten hierfür neben professioneller Ausbildung und Vorbereitung überregionale Vernetzung, die nicht an politischen Grenzen halt machen könne.

Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, Präsidentin des Bayerischen Roten Kreuzes, schloss sich Demmers Ausführungen an und hob die Wichtigkeit der Gleichbehandlung aller im Katastrophenschutz tätigen Einsatzkräfte hervor. In diesem Zusammenhang freute sie sich über einen Etappensieg beim Thema Helfergleichstellung, nachdem Innenminister Günther Beckstein Anfang März signalisiert hatte, ab 2008 im erklärten Katastrophenfall den Anspruch auf Freistellung und Lohnfortzahlung gesetzlich zu regeln. Auch wenn das Ziel der Gleichbehandlung auch unterhalb der Katastrophenschwelle noch nicht er-

reicht sei, trage dieses erfreuliche Zeichen dazu bei, dass sich die Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes nicht als „Helfer zweiter Klasse“ fühlen müssten.

In ihrem Rückblick auf die Fußball-Weltmeisterschaft betonte die Präsidentin die angenehme Zusammenarbeit mit allen beteiligten Organisationen, die sich durch dieses Großereignis besser kennen und schätzen gelernt haben. Das Rote Kreuz habe durch seine Schlagkraft, Kompetenz und Begeisterung aus dem Sommermärchen auch ein Rotkreuzmärchen gemacht. Sie forderte die politisch Verantwortlichen nachdrücklich auf, die Ausstattung des Katastrophenschutzes nach der WM finanziell nicht aus den Augen zu verlieren.

Unparteilichkeit

Besondere Aufmerksamkeit zog am Samstag der Vortrag von Vertretern des israelischen Roten Davidsterns und des palästinensischen Roten Halbmonds auf sich. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, als sie ihre Erfahrungen und einsatztaktischen Konzepte mit den leider alltäglichen Terroranschlägen schilderten. Besonders eindrucksvoll war die Referenz auf einen zentralen Grundsatz der

weltweiten Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung: die Unparteilichkeit. Der Vortrag von Guy Caspi aus Israel wurde von lang anhaltendem Applaus unterbrochen, als er feststellte, dass im Einsatzfall trotz politischer Differenzen eines selbstverständlich sei: „Lives have to be saved - there are no boarders.“

Speerspitze des Bevölkerungsschutzes

BRK-Bezirksvorsitzender MdL Markus Sackmann, BRK-Präsidentin Christa von Thurn und Taxis sowie der Schirmherr, DRK-Präsident Dr. Rudolf Seifers, waren sich bereits vor Kongressbeginn einig, dass der Katastrophenschutz gerade durch die verstärkte Einbindung des Rettungsdienstes als „Speerspitze“ des Bevölkerungsschutzes gewinnt. Folgerichtig wurde deshalb erstmals der „1. Bayerische Fachkongress Rettungsdienst“ als professionelle Ergänzung mit veranstaltet. Auch hier erfolgten kritische Reflexionen zum aktuellen Strukturwandel im Rettungsdienst, besonders mit Blick auf die notwendigen Finanzmittel. Da der Bayerische Qualitätsstandard des Rettungsdienstes nicht in Zweifel gezogen werden darf, wurde mit Blick auf die Krankenkassen ein fairer Umgang bei den Kostenverhandlungen dringend angemahnt.

Die Tagung fand großen Zuspruch bei Leitungs- und Führungskräften der Hilfsorganisationen aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland. Eine Fachausstellung mit Ausstattung, Geräten und Fahrzeugen rundete das Programm ab. Der nächste Kongress findet im Frühjahr 2009 statt. DK

Schluss mit Illusionen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Städte und Gemeinden ab. Gerade für kleinere Kommunen ist es unverzichtbar, die interkommunale Zusammenarbeit vom EU-Vergaberecht freizustellen“, erklärte Brandl. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen sei eine bewusste Alternative zur Privatisierung und biete ein hohes Einsparpotential, um die Leistungen für die Bürger und Bürgerinnen effektiver und preiswerter zu erbringen. Diese interkommunale Aufgabenwahrnehmung gehöre zur Identität der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland. Sie müsse beachtet werden und dürfe nicht durch immer weitere Ausschreibungspflichten in Frage gestellt werden.

Private Partner

Zudem müsse es den Kommunen erleichtert werden, öffentliche Aufgaben auch gemeinsam mit privaten Partnern nach dem Prinzip „Partner: Staat und Privat!“ zu erledigen. Hier seien vor allem die EU-Vorgaben viel zu unflexibel, sie stellten vielmehr ein Hindernis für den allseits gewollten Ausbau partnerschaftlichen Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft dar. Nicht akzeptabel sei vor allem, dass die EU schon bei

geringen privatrechtlichen Beteiligungen ein zu starres Korsett des europäischen Binnenmarkts erzwingt. „Wir sind sicher“, so Brandl, „dass der Integrationsprozess in Europa misslingen wird, wenn sich die EU in die Kooperation von kleinsten Gemeinden einmischet und den Bürgern Vorgaben macht, die sie eindeutig nicht wollen.“

Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionen

Der Präsident warnte auch davor, strukturschwache ländliche Räume zur Restgröße europäischer Raumordnungs- und Wirtschaftsförderpolitik zu degradieren. Die territoriale Agenda der EU müsse ernst machen mit dem Ausgleich zwischen den verschiedenen Regionen, wie ihn der EG-Vertrag vorsieht. Gerade die strukturschwachen ländlichen Räume in Europa müssten, auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, unterstützt und ihr nach wie vor erhebliches wirtschaftliches Potential, wie beispielsweise der Anbau von Energiepflanzen und der Tourismus, genutzt werden. Über die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistungen werde im ländlichen Raum erbracht (siehe auch Kasten).

Brandl und Zellner fordern ein Gesamtkonzept

Gemeindetag für Kommission / Landkreistag möchte eigenes Ministerium für den ländlichen Raum

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und Landratspräsident Theo Zellner haben die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, ein Gesamtkonzept für den ländlichen Raum zu erstellen, um den Gemeinden Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Zunächst müsse ein Leitbild entwickelt werden und darauf aufbauend eine Überprüfung der vorhandenen Strukturen und die Entwicklung neuer Instrumente und Mechanismen erfolgen.

Bisher fehle es an einer instrumentalen Koordination der Maßnahmen für den ländlichen Raum. Die entsprechenden Aktivitäten liefen jeweils unter dem Dach der zuständigen Staatsministerien, die ihren Schwerpunkt auf Abgrenzung ihrer Zuständigkeitsphären und weniger auf Zusammenarbeit mit anderen Ressorts legen. Eine echte Koordination könne nur über eine mit Entscheidungskompetenz ausgestattete Stabsstelle erreicht werden. Wo diese im Bereich des Staatsaufbaus angesiedelt wird, ist laut Brandl dabei zweitrangig. Ein eigenes Ministerium sei allerdings nicht vonnöten.

Darüber hinaus sprach sich der Präsident für eine Schwerpunktbildung bei den Aktivitäten aus. Dabei sollten die Bereiche Arbeitsplätze und Infrastruktur sowie Demographie und Kinder/Bildung im Vordergrund stehen, ohne dabei die übrigen Aufgabenfelder aus dem Blick zu verlieren.

Zielführend wäre es, neue - vernetzte - Lösungsansätze zu suchen, so Brandl. Der Bayerische Gemeindetag regt an, eine „Kommission für den ländlichen Raum“ zu bilden, in der Experten aus Politik, Kommunen, aber auch und gerade der Wirtschaft vertreten sein könnten.

Schluss mit dem „Förderwettbewerb“ meint auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner. Im Gegensatz zum Gemeindetag fordern die Landkreise ein Ministerium für den ländlichen Raum in Bayern. „Nur mit einem bayerischen Ministerium für den ländlichen Raum können die Stärken und Chancen des ländlichen Raums optimal vorangebracht werden“, so Zellner.

Die aktuelle Diskussion zum ländlichen Raum und nicht zuletzt das „Programm für Bayerns ländlichen Raum“ der Bayerischen Staatsregierung zeigen überdeutlich, dass Handlungsbedarf besteht. Für die Entwicklung des ländlichen Raums bedarf es einer Gesamtstrategie. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags: „Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit, die Lebensqualität und vor allem die Zukunftsperspektiven des ländlichen Raums positiv weiterentwickeln.“

Mittlerweile wurden die Forderungen des Bayerischen Landkreistags aufgegriffen. Die sogenannten Gersthofener Thesen, die auf der letzten Jahrestagung des Verbandes entwickelt wurden und eine umfassende Betrachtung und Problemlösung des ländlichen Raums fordern, kommen nunmehr zum Tragen.

Die unübersichtliche Förderung der einzelnen Ministerien nach dem Gießkannenprinzip muss durch eine wirkungsvolle Strategie ersetzt werden. Die Staatsregierung ist nun mit ihrem Aktionsprogramm in die Diskussion eingestiegen. „Zwar ist dies in jedem Fall ein Schritt in die richtige Richtung, es ist jedoch nicht ausreichend, die einzelnen Handlungsfelder nur akademisch aufzubeheben“, so Zellner. „Wir brauchen einen Ansprechpartner für den ländlichen Raum und nicht vier Ministerien mit Teilständigkeiten, dies führt nur zu Reibungsverlusten und „Förderwettbewerb“. Entscheidend ist aus der Sicht der Landkreise, die Aktivitäten zu koordinieren und - am besten - in einem Ministerium für den ländlichen Raum zu bündeln. Nur so können die Landkreise auch bei fortschreitendem demographischen Wandel ein eigenständiger Arbeits-, Lebens- und Freizeitraum bleiben.“ **DK/GZ**

Neuverschuldung abbauen

Fatale Auswirkungen hätte es Brandl und Landsberg zufolge auch, vor dem Hintergrund der positiven Steuerschätzung vom Mai die zusätzlichen Einnahmen für neue Steuergeschenke zu verplanen. „Wir müssen endlich anfangen, nicht nur die Neuverschuldung zu verringern, sondern die angesammelten Schulden abzutragen. Das gilt nicht nur für die norddeutschen Länder, sondern auch für den Freistaat Bayern, wengleich die bayerischen Kommunen vergleichsweise gut dastehen“, bemerkte der Hauptgeschäftsführer Bund, Länder und Gemeinden seien mit der gigantischen Summe von 1,5 Billionen Euro verschuldet, was die Handlungsfähigkeit von Staat und Kommunen bedrohe. Bislang fehle ein Konzept, wie dieser gewaltige Schuldenberg abgetragen werden kann. „Das ist aber unverzichtbar, denn daran entscheidet sich die Zukunft unseres Landes. Auch wenn die Konjunktur wieder einmal schlechter läuft, brauchen wir Spielraum für die notwendigen Investitionen zum Beispiel in Bildung und Forschung, um in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig zu bleiben“, so Landsberg.

Einnahmen verbessern, Ausgaben reduzieren

Beide Kommunalvertreter warnten davor, sich der Illusion hinzugeben, dass allein ein Verschuldungsverbot in der Verfassung das Problem lösen könne. Der Weg aus dem Schuldenstaat bestehe darin, entweder die Einnahmen dauerhaft zu verbessern oder die Ausgaben zu reduzieren bzw. beides zu kombinieren. Vor diesem Hintergrund unterstützen sie die angekündigte Unternehmenssteuerreform. „Sie sollte zügig umgesetzt werden und nicht durch immer neue Forderungen der Wirtschaft aufgeweicht werden“, meinte Brandl.

Hohe Steuersätze belasten den Wirtschaftsstandort

In einer globalisierten Welt sei für Kapitalgesellschaften auch der nominale Unternehmenssteuersatz entscheidend, ob z. B. ein ausländischer Investor sich ent-

schließt, in Deutschland zu produzieren. Die tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften liege hierzulande mit 38,7 Prozent vergleichsweise hoch. Auch wenn der nominale Steuersatz häufig nichts über die tatsächlich gezahlten Steuern aussage, weil Unternehmen steuerliche Gestaltungen wählen, die den Steuersatz senken, belasteten nominal hohe Steuersätze den Wirtschaftsstandort Deutschland. Deshalb sei eine Reform notwendig.

Gewerbsteuer erhalten und verbessern

Die Städte und Gemeinden begrüßen besonders, dass die Gewerbebesteuer, als ihre wichtigste Steuer, durch den Gesetzentwurf erhalten und in ihrer Struktur verbessert werden soll. „Wir erwarten, dass im Gesetzgebungsverfahren die erweiterte Bemessungsgrundlage der Gewerbebesteuer und die Zinsschranke bei der Körperschaftsteuer nicht aufgeweicht werden“, stellte Landsberg klar. Diese beiden Bestandteile seien essentiell für die Reform, um Unternehmensgewinne in Deutschland hinreichend zu besteuern und das Ausweichen in eine Besteuerung im Ausland zu vermeiden.

Als Gradmesser für die Kommunalverträglichkeit der Reform nannte Brandl die Einhaltung der von der Koalition gegebenen Zusagen der Aufkommensneutralität für die Kommunen. Nach dem derzeitigen Stand werden die Städte und Gemeinden in den ersten fünf Jahren jährlich 330 Millionen an Steuern und 470 Millionen Euro an Zuweisungen (kommunale Finanzausgleiche) verlieren.

Finanzierung des geplanten Krippenplatzausbaus

Enttäuscht zeigten sich Bayerischer Gemeindetag und DStGB, dass das Spitzentreffen zwischen Familienministerin von der Leyen und Finanzminister Steinbrück kein verbindliches Ergebnis zur Finanzierung des geplanten Krippenplatzausbaus gebracht hat. Die große Koalition müsse endlich ein gemeinsames Konzept entwickeln, das die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung von Investitions- und Betriebskosten sicherstellt. Die entscheidende Belastung für die Kommunen seien

Schlagkräftigere Verwaltung bei geringeren Kosten

„Unabhängige“ Kommunen sprechen jetzt mit einer Stimme

Im Sinne ihrer Bürger setzen über 40 baden-württembergische Kommunen auf eine dezentrale, rechenzentrumsunabhängige, Kosten sparende Softwarelösung in ihren Bürgerämtern. Die kürzlich in Sindelfingen neu gegründete Anwendergemeinschaft „MESO-BW“ soll die Entwicklung beschleunigen.

Die Mitgliedskommunen verwenden in ihren Bürgerämtern eine so genannte autonome Software. Sie beschreiben damit einen Sonderweg. Fast alle Kommunen in Baden-Württemberg nutzen das landeseinheitliche Einwohnerinformationssystem (LEWIS), das auf einem Großrechner läuft. In anderen Bundesländern hat bereits seit längerem eine Entwicklung hin zu kleinen dezentralen (autonomen) Lösungen eingesetzt und sich bewährt. Die Mitglieder der neu gegründeten Anwendergemeinschaft nutzen die im Bundesvergleich marktführende Softwarelösung „MESO“. Aufgrund praktischer Erfahrungen der letzten Jahre ist man von besserer Funktionalität und erheblichen Kostenvorteilen überzeugt. Deshalb hatte die Nutzergruppe in den letzten Jahren ständig Zuwächse zu verzeichnen.

Mit der Gründung der Anwendergemeinschaft verbinden diese Städte und Gemeinden eine Bündelung der Interessen. Zugleich entsteht ein gewichtiges Sprachrohr gegenüber dem Land, den kommunalen Spitzenverbänden und natürlich auch gegenüber dem Software-Hersteller.

Klaus Bolsinger von der Stadt Aalen, Klaus Echtle von der Stadt Gengenbach und Jürgen Graf von der Gemeinde Moos wurden von der Anwendergemeinschaft einstimmig als Sprecher gewählt. Auch ein erster Aufgabenschwerpunkt wurde bereits festgeschrieben: die Klärung von derzeit offenen Fragen zum baden-württembergischen Meldeportal. □

die zusätzlichen dauerhaften Betriebskosten von über 3 Mrd. Euro pro Jahr. Dazu gehörten insbesondere die Personalkosten für qualifizierte Mitarbeiter, um das wichtige Ziel einer hochwertigen Betreuung und Erziehung zu erreichen. Der geplante Ausbau würde ca. 50.000 zusätzliche Erzieherinnen erfordern.

Keine zusätzliche Bürokratie

Die Vorstellungen der SPD, zusätzlich auch noch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab 2010 vorzusehen, lehnen Gemeindetag und DStGB ab. „Der Bedarf ist regional ganz unterschiedlich, die Kommunen vor Ort wissen selbst am besten, wie viel Plätze erforderlich sind und werden entsprechend handeln, wenn ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden“, erklärten Brandl und Landsberg. Ein Rechtsanspruch bringe nur zusätzliche Bürokratie und würde möglicherweise zusätzlichen Bedarf auslösen. Der Koalitionspoker müsse nun so schnell wie möglich beendet werden. **DK**

zept zur Einführung des elektronischen Personenstandsregisters zu entwickeln. Darüber hinaus sollen aber auch Daten und Informationen gewonnen werden, um eine fundierte politische Entscheidung treffen zu können für die etwaige Einführung einer zentralen Personenstandsbeurkundung. Die Machbarkeitsstudie wird weder eine Entscheidung für eine zentrale Registerführung bedeuten noch den Startschuss für eine Standesamtstrukturreform sein. Die Studie wird aber bereits frühzeitig aufzeigen, welche Auswirkungen sich auf die Standesämter ergeben, wie bei Beibehaltung der bisherigen Standesamtgliederung die elektronische Personenstandsregisterführung technisch umgesetzt werden kann sowie Aussagen zu den Auswirkungen einer zentralen Registerführung treffen.

Verhinderung von Scheinvaterschaften

Mit geplanten Maßnahmen zur Verhinderung von sog. Scheinvaterschaften befasste sich ein weiterer Vortrag in Gunzenhausen. Er behandelte ein Gesetzesvorhaben, das derzeit in Bundestag und Bundesrat beraten wird.

Neuerungen im Zuwanderungs- und Staatsangehörigkeitsrecht und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Standesbeamtinnen und Standesbeamten wurden ebenfalls erörtert. Auch dieses Thema stieß bei den Tagungsteilnehmern auf große Aufmerksamkeit, ist doch heute selbst bei den kleinsten Standesämtern ein hoher Auslandsbezug durch Aussiedler, ausländische Staatsangehörige und eingebürgerte Ausländer gegeben.

Namensrecht

Dieser Auslandsbezug wurde ebenso sichtbar bei weiteren Vorträgen, so zum internationalen Namensrecht und zur Rechtswahl zum Kindesnamen oder bei der Vorstellung von interessanten Neuerungen im Familienrecht anderer Staaten.

Die Bandbreite der standesamtlichen Arbeit zeigte sich ferner bei den Vorträgen zur Namensführung in der Ehe, zu Erfahrungen mit Eheaufhebungsverfahren sowie zur Benutzung der Personenstandsbücher durch professionelle Erbenermittler - letzteres ein weiteres Beispiel für die vielfältigen Aufgaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten in Bayern und in Deutschland. **DK**

Neue Regelungen in Sichtweite ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Bürger, ebenso wie durch die Forschung, wird vereinfacht. Auch dies ist Teil der umfassenden Bemühungen um Bürokratieabbau.

Etliche Zuständigkeiten werden in die örtlichen Standesämter verlagert, was wiederum den Bürgerinnen und Bürgern manche Wege ersparen wird. Beispielsweise können Personenstandsfälle von Deutschen im Ausland bald im örtlichen Standesamt beurkundet werden. Bisher ist dafür zentral das Standesamt I in Berlin zuständig.

Elektronisches Personenstandsregister

Die Bundesländer erhalten zusätzliche Regelungsmöglichkeiten. Durch eine so genannte Öffnungsklausel des Reformgesetzes kann künftig auf Landesebene, wenn für sinnvoll angesehen, zur Verwaltungsvereinfachung ein zentrales elektronisches Personenstandsregister eingerichtet werden. Für die Bürger hätte dies zum Beispiel den Vorteil, bei jedem der angeschlossenen Standesämter eine von ihnen benötigte Urkunde zu erhalten, unabhängig vom Beurkundungsort einer Geburt, einer Eheschließung oder eines Sterbefalles.

Die Umsetzung der Personenstandsreform hat allerdings für die Städte und Gemeinden als Träger der Standesämter organisatorische und finanzielle Auswirkungen. Ebenso sind vielfältige Anpassungen der bundes- und landesrechtlichen Vorschriften nötig. Deshalb werden einige Teile der neuen Reform, vor allem die Einführung der elektronischen Register, erst zum 1. Januar 2009 wirksam werden.

Erhebliche Einsparungen

46 Millionen Euro sollen die deutschen Standesämter pro Jahr langfristig an Personal- und Sachkosten durch die Personenstandsreform einsparen können, so die Zielsetzung im neuen Gesetz. Freilich sehen nicht alle dieses Vorhaben uneingeschränkt positiv: Wie Klaus Holub der Deutschen Presse-Agentur im Vorfeld der Tagung gegenüber betonte, werde das Speichern von Geburts- oder Heiratsurkunden in digitaler Form zwar Zeit sparen, aber auch das Risiko bergen, schneller verloren zu gehen. Die bisher üblichen Bücher mit Angaben zu Geburt oder Tod seien lange Zeit eine sichere Möglichkeit gewesen, Daten zu archivieren. Innenminister Dr. Günther

Beckstein hat sich mit seinem Ministerium intensiv bei den Vorarbeiten und den Beratungen des Reformvorhabens engagiert. „Der Bund hat mit dem neuen Personenstandsgesetz die Weichen zur Einführung elektronischer Personenstandsregister gestellt. Allerdings sind in der Umsetzung viele Fragen noch offen“, so der Minister. Im Rahmen einer ergebnisoffenen Machbarkeitsstudie erarbeite Bayern derzeit die Entscheidungsgrundlagen, ob und in welcher Form ein zentrales elektronisches Personenstandsregister eingeführt werden kann. In alle Entscheidungen zur Umsetzung des neuen Personenstandsrechts werden die kommunalen Spitzenverbände intensiv eingebunden. Auch nach Inkrafttreten des neuen Rechts werden die Standesämter in Bayern grundsätzlich bei den Gemeinden angesiedelt sein. Auch in Zukunft werden Eheschließungen von Bürgermeistern vor Ort vorgenommen werden können“, so Beckstein.

Fundierte politische Entscheidung

In der Machbarkeitsstudie geht es insbesondere darum, ein organisatorisches und datenverarbeitungstechnisches Grobkon-

Von der Konkurrenz zur Kooperation in Kommunalen Allianzen

Von Peter Czommer, Präsident der Direktion für ländliche Entwicklung, Regensburg

Die Zukunft unserer ländlichen Räume und Dörfer ist seit dem Jahr Dauerschlag in Vorträgen und politischen Diskussionsrunden. Zum Beispiel beim „Bundeskongress Ländliche Räume“ des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Oktober 2006), oder bei der Regionalkonferenz „Bayerns ländlicher Raum“ des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (September 2006). Ist es der Zyklus der Medienaufmerksamkeit, sind es die Wahlergebnisse? Denn in der „rauen Wirklichkeit“ zum Beispiel bei der Fortschreibung des Bayerischen Landesentwicklungsprogramms tun sich alle Seiten schwer, dem ländlichen Raum einen entsprechenden Stellenwert zuzuerkennen. Der Wirtschaftsgeograf M. Boesch aus St. Gallen spricht gar vom unrentablen ländlichen Raum und redet den Metropolen das Wort. Er ist nicht der Einzige.

Doch es gibt auch dem ländlichen Raum gegenüber gut Gesinnte. Die Salzburger Konferenz für Ländliche Entwicklung im November 2003 hat sehr deutlich unterstrichen, dass ein gesunder ländlicher Raum im Interesse der gesamten Bevölkerung des Staates liegen muss. Der damalige EU-Kommissar Franz Fischler hat im Anschluss an diese Konferenz die direkte Verantwortung und den Gestaltungsauftrag der lokalen Gemeinden für und bei der ländlichen Entwicklung eingefordert. Seine Nachfolgerin Mariann Fischer-Boel setzt diese Politik konsequent fort.

Programm Bayern 2020

In ihrem Programm „Bayern 2020 - Ländlicher Raum, Heimat mit Zukunft“ (2007) weist die CSU-Landtagsfraktion der Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihrer Integrierten Ländlichen Entwicklung, der Flurneuordnung und Dorferneuerung eine tragende Rolle bei der Stärkung des ländlichen Raumes und ihrer Gemeinden zu. In einem bereits vorher entworfenen Beschlusspapier erkannte sie an, dass gerade die Bayerische Flurbereinigungsverwaltung sehr bürgernah und im Sinne der neuen Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft frühzeitig tätig war.

Mit ihrem weltweit großartigen Instrumentarium des Bodenrechts und der Bodenordnung, das im Falle des Flurbereinigungsrechts noch um den Auftrag der gestaltenden Landentwicklung gestärkt wurde, gepaart mit dem Instrumentarium der EU-Förderung (ELER) steht nach ihrer Einschätzung den Gemeinden eine ausgezeichnete Partnerin zur Seite. Das erinnert geradezu an den Gestaltungsauftrag der EU-Kommission.

Die von der vorgenannten Verwaltung seit den 90er Jahren erprobten Regionalen Landentwicklungen (Kommunalen Allianzen) standen übrigens Pate für die heutigen **Integrierten ländlichen Entwicklungen (ILE)**. Die ILE wurde folgerichtig in Bayern der Verwaltung für Ländliche Entwicklung zugeordnet. Hierzu einige Ausführungen:

Räumliches Umfeld

Entschließen sich Kommunen zur Zusammenarbeit, dann müssen sie sich überlegen, in welchem räumlichen Umfeld sie sich ihre Partner suchen. Hilfreich sind dabei gemeinsame geographische Gegebenheiten, historische Entwicklungen oder überregionale wirtschaftsstrukturelle Projekte wie internationale Wasserstraßen (RMD) oder ICE-Trassen und dergleichen.

Beispiel Aktionsbündnis Cerchov (Schwarzkopf), LKr. Cham/Bezirk Pilsen, CR:

Zwischen Waldmünchen und Klenzsch mit ihrem umgebenden Dörfern und Landschaften bestanden bis 1945 wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verbindungen. Nach dem Krieg ent-

wickelten sich die beiden Landstriche unterschiedlich. Seit der Grenzöffnung leiden sie unter erheblichen strukturellen Problemen, die sie angesichts der ehemaligen engen Beziehungen gemeinsam lösen wollen.

Das Aktionsbündnis erstreckt sich auf bayerischer Seite über den Altlandkreis Waldmünchen und auf tschechischer Seite über die Mikroregion Chodská Liga - im Mittelpunkt Klenci pod Cerchovem (Klentsch).

Auf bayerischer Seite entscheidet in der „ARGE Cerchov“ ein Beschlussgremium bestehend aus den Bürgermeistern der sechs beteiligten Kommunen und dem Vorsitzenden. Ein Projektmanagement führt die Geschäfte, koordiniert zwischen dem Gremium und den verschiedenen Projektgruppen und steuert die Umsetzung.

Auf tschechischer Seite entscheiden in der Chodská Liga die Vertreter der 14 Mitgliedsgemeinden. Die bayerische ARGE Cerchov ist dort Vollmitglied, während die Liga auf Grund unserer überalterten rechtlichen Grundlagen nur beratendes Mitglied in der ARGE sein kann.

Entwicklungskonzept

Die ARGE Cerchov hat ein **Handlungs- und Strategiekonzept** erstellt, das mit dem Entwicklungskonzept der Chodská Liga abgestimmt ist. Es wurde vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz gefördert.

Das Handlungs- und Strategiekonzept entstand in verschiedenen Seminaren, u. a. mit der Schule der Dorf- und Landentwicklung Abtei Plankstetten, bei denen nach einem Sinnanspruch von Dorferneuerungspfarrer Walter Friedberger auch geträumt werden durfte.

Regionales Leitbild

Vertreter des öffentlichen Lebens, aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Bildung und Tourismus nahmen teil. Es kristallisierte sich sehr bald ein regionales Leitbild heraus: „Cerchov - Landschaft voller Energie“. Das Land soll sich zum Kompetenzraum für Holz und Energie, zum Natur- und Erlebnisraum, zum Kulturräum in Sachen Bauen, Landnutzung und Geschichte sowie zu einem Kooperationsraum mit der Chodská Liga entwickeln. Die wichtigsten Schlüsselprojekte sollten auf den fünf Handlungsfeldern „Wirtschaft/Bildung“, „regenerative Energien“, „Kulturlandschaft“, „Tourismus“ sowie „Dorf- und Siedlungsentwicklung“ umgesetzt werden.

Keine unverrückbaren Postulate

Handlungs- und Strategiekonzepte (ILE-Konzepte) sind nach dem Verständnis der Verwaltung für Ländliche Entwicklung keine unverrückbaren Postulate, sie entstehen in einem prozesshaften Verlauf, der aber sehr ziel- und ergebnisorientiert organisiert ist.

Aus dem **Handlungsfeld „Wirtschaft und Bildung“** ist als erstes ein neuer Ausbildungslehrgang zum Heizungsbauer mit dem Zertifikat Energiefachwirt hervorgegangen. Er entstand in Zusammenarbeit zwischen Berufsschule, IHK und FH Amberg/Weiden. Zurzeit besuchen 23 Berufsschüler diesen Lehrgang. Fünf Energiefachwirte sind bereits selbstständig tätig. Im März 2007 schloss die ARGE mit der FH Amberg/Weiden einen Kooperationsvertrag über ein offenes Technikum - eine Art Minicluster zwischen Wissenschaft und Betrieben, in dem auch die UNI Pilsen eingebunden ist.

Daneben sind weitere innovative Schlüsselprojekte auf diesem und den anderen Handlungsfeldern umgesetzt worden.

Schlüsselprojekte

In den anderen 13 Kommunalen Allianzen im Dienstgebiet des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberpfalz sind ebenfalls interessante Schlüsselprojekte aus den unterschiedlichsten Handlungsfeldern umgesetzt worden:

Handlungsfeld „Soziales/Bildung, Kunst, Kultur“ des Aktionsbündnisses Künisches Gebirge (Kralovsky hvost) mit fünf bayerischen Gemeinden im LKr. Cham und sechs tschechischen im Bezirk Pilsen, CR:

Dort konnte kurz nach der Gründung als sogenannte Einstiegsmaßnahme das Osserschutzhäuser saniert und die Zentrale der Bergwacht Lam für den Einsatz im Lamer Winkel und im tschechischen Grenzgebiet eingerichtet werden. Das Projektmanagement organisierte deutsch-tschechische Abenteuercamps für Jugendliche, gemeinsame Kinderwochen am Großen Osser, deutsch-tschechische Sprachkurse, das grenzüberschreitende Kunstprojekt „Berührsteine“ mit touristischem Effekt, grenzüberschreitende Loipenpflege usw.

Das Aktionsbündnis ist auch auf den Handlungsfeldern „Touristik“, „nachhaltige Landwirtschaft“ und „Umwelt/Natur“ tätig.

Demografische Entwicklung

Auf dem Handlungsfeld „Soziales“ beschäftigt sich die AOVE (nachfolgend näher beschrieben) mit den Auswirkungen der **demografischen Entwicklung**. Sie stellt derzeit in Zusammenarbeit mit ambulanten Pflegediensten, Hausärzten, Krankenhäusern usw. das Programm „Alt werden zu Hause“ auf.

Handlungsfeld „Ländliche Entwicklung“ in der Arbeitsgemeinschaft Obere Vils - Ehenbach (AOVE) mit neun Kommunen im LKr. Amberg-Sulzbach:

Dorfbewohner und Gemeinden frischten den Gemeinschaftsgeist und das kulturelle Engagement auf, verbesserten ihr ländliches Orts- und Flurstraßennetz, gestalteten Dorf-, Kirch-, Spiel- und Festplätze sowie Gemeinschaftshäuser und Kapellen, sanierten Bäche, mehrere Vils- und Ehenbachquellen und Dorfweiher. Privatbesitzer renovierten ihre Gebäude. Landwirte verbesserten mittels Flurneuordnung ihre Außenwirtschaft, stellten Flächen zur Biotopvernetzung bereit und organisierten die Direktvermarktung ihrer ökologischen Produkte.

Die AOVE ist mit dem Auerberg-Land und Jura 2000 die älteste bayerische Kommunale Al-

lianzen. Elf Dorferneuerungen in ihrem Gebiet bildeten 1993 die Keimzelle der Arbeitsgemeinschaft. Die Dorferneuerungsgemeinden und Teilnehmergemeinschaften hatten damals gemeinsame Probleme ausgemacht, demnach gemeindeübergreifend Vortragsreihen organisiert, interkommunale Arbeitskreise eingerichtet und die Arbeitsgemeinschaft gegründet. Nach verschiedenen Klausurtagungen hatten sich Bürgermeister und Meinungsträger aus Verbänden und Organisationen in einem Strategieseminar auf die vorläufigen Handlungsfelder „Wirtschafts- und Infrastruktur (u. a. Verfahren der Ländlichen Entwicklung)“, „Intakte und funktionsfähige Umwelt“, „Kulturelle Vielfalt“ und „Regionale Identität und Vermarktung“ geeinigt. Im Jahr 2006 definierte die AOVE neue Handlungsfelder, wie „Regenerative Energien“ und „Nahtourismus“.

Auf Grund ihres dauerhaften Wirkens erhielt die AOVE den Auftrag, im Jahr 2005 die 8. Bayerischen Dorfkulturtag auszurichten.

Netz „Natura 2000“

Handlungsfeld „Landschaft und Tourismus“ des Zweckverbandes Oberpfälzer Seenland, LKr. Schwandorf.

Das Prackendorfer und Kulzer Moor wurde 1998 als Gebiet von europäischer Bedeutung in das Netz „Natura 2000“ und das Förderprogramm „Life - Natur“ der Europäischen Union aufgenommen. Voraussetzung war ein Träger des Vorhabens, in diesem Falle der „Verband zum Schutz wertvoller Bestandteile in der Oberpfalz“. Die Teilnehmergemeinschaft konnte mittels Landzwischenwerb und Bodenordnung die ehemals 135 einzelnen Privatgrundstücke in einer geschlossenen Fläche von 41 ha an den Verband übereignen und dadurch helfen, die Flächen zeitnah zu rekultivieren und die Förderung zu sichern. Jetzt pflegen die Bauern unter sachkundiger Leitung und gegen Lohn das Moor und organisieren Führungen. Es ist heute ein Anziehungspunkt für viele Naturfreunde und für Schulklassen.

Weitere Handlungsfelder des Zweckverbandes sind „Landwirtschaft“ und „Verkehr“.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Kommunale Allianz „Waldnaab“ im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, in

Wissenschaftspreis der ConSozial-Messe:

Jetzt bewerben!

Nürnberg. Auf der ConSozial 2007 - Deutschlands größter Sozialmesse - werden bereits zum vierten Mal vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen die jährlichen ConSozial-Preise verliehen.

Der ConSozial Wissenschafts-Preis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten im Sozialmarkt wird von der Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG, Wernberg-Köblitz, gestiftet. In ihrer Begründung für die Preisstiftung betont Geschäftsführerin Sandra Loew: „Erfolgreiche Unternehmen zeichnen sich heute nicht allein durch gute Ideen und innovative Projekte aus. Jedes erfolgreiche Unternehmen braucht auch Anreize von außen.“

Erkenntnisse der Wissenschaft sollen Impulse setzen, die für die Erbringung sozialer Dienstleistungen richtungsweisend sein können. Der ConSozial Wissenschafts-Preis wird vergeben für eine sozialwissenschaftliche Arbeit aus dem Bereich Sozialwirtschaft und Sozialmanagement, die das Potenzial hat, die Praxis der Sozialen Arbeit maßgeblich zu beeinflussen. Besonderer Wert wird auf konkrete Vorschläge und Methoden, sowie Originalität und Praktikabilität für die Umsetzung und deren ökonomischer Nutzen im Alltag gelegt.

Der ConSozial Management-Preis für herausragende Innovationen im Sozialmarkt, gestiftet von der Ernst & Young AG, Stuttgart - 2007 zum vierten Mal ausgeschrieben - will konkrete Antworten auf die Fragen geben: „Welche Management-Potenziale stecken in Unternehmen der Sozialwirtschaft? - Wie können soziale Organisationen ihre Ressourcen noch besser nutzen?“

In Zeiten gesellschafts- und sozialpolitischer Veränderung und abnehmender öffentlicher Mittel gilt es, innovative Kräfte zu stärken um soziale Dienstleistungen zukunftssicher zu gestalten. Best Practice Beispiele aus den Feldern Sozialer Arbeit und Pflege sollen positive Signale setzen, für andere Anbieter gleichermaßen wie für die breite Öffentlichkeit.

Der ConSozial Management-Preis prämiert innovative Projekte aus Personalentwicklung, Qualitätsmanagement, Finanzierung, Controlling, IT-Einsatz, Wissensmanagement, Umweltmanagement, wertorientiertes Management, Vernetzung und anderen managementorientierten Tätigkeitsfeldern.

Beide Preise sind mit jeweils 8.000 EUR dotiert. Die Preisträger werden von einer unabhängigen Jury ermittelt.

Die Anmeldefrist läuft bis zum **30.06.2007**. Weitere Informationen im Internet unter: <http://www.consozial.de> sowie unter <http://www.dr.loew.de>.

der die Gemeinden und Teilnehmergemeinschaften u. a. ein Bundesnaturschutzgroßprojekt gemeinsam realisieren.

Qualitätskriterien Wunderbares Deutschland

Handlungsfeld „Netzwerk Natur und Landwirtschaft“ von Jura 2000 mit vier Kommunen im LKr. Neumarkt i. d. OPf.

Das Konzept „Wanderwelt Jura 2000“ bindet regionale und lokale Aktionen in das Angebot des bundesweit bekannten Tourismusverbandes „Naturpark Altmühltal“ ein. Zum Beispiel der „Altmühltal Panoramaweg“. Er führt über 200 km von Gunzenhausen nach Kelheim quer durch den Naturpark. Sehenswürdigkeiten abseits des Weges werden durch sogenannte „Schlaufen-Wanderwege“ angebunden. Damit vernetzt ist auch die „Jura-2000-Tour“. Für alle Wege gelten die Qualitätskriterien „Wunderbares Deutschland“. Gaststätten und Beherbergungsbetriebe zum Beispiel qualifizieren sich deshalb zu „Wan-

derhotels bzw. -gasthöfen“. Flurneuordnung und Dorferneuerung („Dorf in der Region“) sowie die Förderung der Direktvermarktung und von Urlaub auf dem Lande erhöhen wie in allen anderen Kommunalen Allianzen die Attraktivität des Angebotes und binden neben dem Gewerbe auch die bäuerlichen Familien in das Projekt ein.

Weitere Handlungsfelder von Jura 2000 sind „Bewusstseinsbildung und Identität“ sowie „Wirtschaft und Infrastruktur“.

Nur das eine „**Handlungsfeld Hochwasserschutz und Wasserrückhaltung in der Fläche**“ weist die Allianz Krumbach mit der Stadt Amberg und drei angrenzenden Kommunen im LKr. Amberg-Sulzbach bislang auf. Neben der dazu erforderlichen Bodenordnung durch die Ländliche Entwicklung deutet sich jedoch schon jetzt eine Dorferneuerung mit ihrem gesamten Spektrum in Steininglohe, einem Dorf im Gebiet der Stadt Hirschau, an. Zur Zeit fordern immer mehr Kommunen diese Dienstleistungen an. □

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Regional- und Standortentwicklung
- Immobilienentwicklung
- Wohnungsbau / Einheimischen-Modelle

Ihre Ansprechpartner:

Franken:	Herr Grauer	Tel. 0911 / 23 20 929
	Herr von Imhoff	Tel. 0911 / 23 20 920
Oberbayern und Schwaben:	Herr Danninger	Tel. 089 / 23 87-0
Niederbayern und Oberpfalz:	Herr Müllner	Tel. 0941 / 78 00 116
Regional- und Standortentwicklung:	Herr Streng	Tel. 0921 / 78 42-0



Wussten Sie eigentlich, dass bei der BLS unter anderem Stadtplaner, Architekten, Landschaftsplaner, Agraringenieure und Immobilienkaufleute tätig sind? Dieses kompetente Team bietet Ihnen umfassende Dienstleistungen „aus einer Hand“!

Bayerische Landessiedlung GmbH



Deutscher Landkreistag zu Kreisfinanzen 2007:

Keine Trendwende in Sicht

Knapp die Hälfte der Kreishaushalte bleibt unausgeglichen
Steuerertragsbeteiligung gefordert

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat zum elften Mal in Folge seinen jährlichen Kreisfinanzbericht vorgelegt. DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) bezeichnete die Haushaltslage als nach wie vor ernst. „Trotz guter Entwicklung der öffentlichen Steuereinnahmen ist für die Kreise leider keine Entwarnung zu geben.“

Duppré stellte mit großer Sorge fest, dass in diesem Jahr abermals voraussichtlich 142 von 323 Landkreisen einen unausgeglichenen Haushalt haben würden. Für 2007 sei aufgrund der aufgelaufenen Verbindlichkeiten sogar ein neuer Höchststand der Kassenkredite von 6,6 Mrd. Euro zu erwarten. „Daraus muss die Politik endlich und unbedingt Schlüsse ziehen und die Einnahmehäufigkeit der Kreise stärken. Dies bedeutet auch, die Frage nach einer Steuerbeteiligung der Landkreise in der Föderalismuskommission II auf die Tagesordnung zu setzen.“

Die aktuellen Daten zur Finanzsituation werden in diesem Monat in der Zeitschrift „Der Landkreis“ sowie ab sofort auszugswise auf der DLT-Homepage unter www.landkreistag.de veröffentlicht. Grundlage ist eine Erhebung des DLT, an der sich 96,9 % der insgesamt 323 Landkreise (einschließlich der Region Hannover und des Stadtverbands Saarbrücken) beteiligt haben.

Zunehmende Belastung

2007 werden nach jetzigem Stand bundesweit 142 der 323 Landkreise einen unausgeglichenen Haushalt aufweisen. Bereits 2006 konnten 154 Landkreise nicht den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben - auch unter Ausschöpfung der Verschuldung - erreichen. Im Einzelnen haben unausgeglichene Haushalte:

- in Bayern 1 von 71 Landkreisen,
- in Brandenburg 10 von 14 Landkreisen,
- in Mecklenburg-Vorpommern 9 von 12 Landkreisen,
- in Niedersachsen 30 von 38 Landkreisen,
- in Nordrhein-Westfalen 10 von 31 Kreisen,
- in Rheinland-Pfalz 19 von 24 Landkreisen,
- im Saarland 6 von 6 Landkreisen,

- in Sachsen 7 von 22 Landkreisen,
- in Sachsen-Anhalt 20 von 21 Landkreisen,
- in Schleswig-Holstein 9 von 11 Kreisen
- und in Thüringen 1 von 17 Landkreisen.

Von der anziehenden Konjunktur profitieren die Landkreise nur unterproportional. Während Städte und Gemeinden 2006 ihr Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um über 5 Mrd. Euro verbesserten und einen deutlichen Finanzüberschuss verzeichnen konnten, verbesserte sich das Finanzergebnis der Landkreise nur um 310 Mio. Euro, so dass sie 2006 zum vierten Mal in Folge ein Milliardendefizit verkraften mussten. Auch 2007 werden die Landkreise unter dem Strich mit einem Defizit von voraussichtlich 250 Mio. Euro abschließen. Die Fehlbeträge, die aufgrund nicht gedeckter Ausgaben entstehen und künftige Haushalte vorbelasten, stagnieren bei den Landkreisen in diesem Jahr auf dem Vorjahresniveau von 4,3 Mrd. Euro. Damit nimmt die Belastung zukünftiger Haushalte auch 2007 zu.

Höchststand bei Kassenkrediten

Die Kassenkredite, die eigentlich nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gedacht sind, jedoch mehr und mehr dazu genutzt werden müssen, die Fehlbeträge zwischen zu finanzieren, sind 2006 um 31,8 % oder 1,35 Mrd. Euro auf einen besorgniserregenden Höchststand von 5,6 Mrd. Euro gestiegen und werden voraussichtlich in diesem Jahr einen neuen Rekord von mindestens 6,6 Mrd. Euro erreichen. Mittlerweile machen die Kassenkredite ein Viertel der Gesamtverschuldung der Landkreise aus.

Die Einnahmen der Landkreise werden 2007 um 4,9 % auf 46,29 Mrd. Euro zunehmen. Geschuldet ist der Anstieg vor allem der Zunahme der Einnahmen aus der Kreisumlage um

7 %, in der sich der Gewerbesteueranwuchs der vergangenen Jahre nur deutlich abgeschwächt zeigt. 40 % der ostdeutschen Landkreise müssen sogar mit sich verschmälernden Kreisumlagegrundlagen umgehen. Enttäuschend ist die Entwicklung der Zuweisungen der Länder. Trotz der sprudelnden Steuereinnahmen und der zusätzlichen Gelder aus der Mehrwertsteuererhöhung sowie der über die Länder weitergeleiteten und 2007 greifenden höheren Beteiligung des Bundes an den Wohnkosten im Rahmen von Hartz IV nehmen diese nur um 5 % zu, in den neuen Bundesländern sogar gerade mal um 0,9 %. Auch 2007 greift eine Reihe von Bundesländern in den kommunalen Finanzausgleich oder verlangt ihren Kommunen weiterhin offen „Solidarbeiträge“ zur Sanierung der Landeshaushalte ab.

Anstieg bei den Ausgaben

Die Ausgaben werden 2007 um 2,3 % auf 46,54 Mrd. Euro steigen. In dem Ausgabeanstieg ist die Übertragung der Aufgaben des überörtlichen Sozialhilfeträgers in Schleswig-Holstein vom Land auf die Kreise enthalten. Nach wie vor sind die Belastungen der Landkreise durch ihre Aufwendungen für soziale Leistungen erdrückend; über ein Drittel der Gesamtausgaben entfallen auf diesen Bereich (z. B. Eingliederungshilfe für Behinderte oder Grundsicherung im Alter). Mit Sorge blicken die Landkreise deshalb auf die anstehenden Tarifverhandlungen. „Die Kreishaushalte können nicht noch weitere Belastungen auf sich nehmen“, mahnt Hans Jörg Duppré.

Im Ergebnis vermindert sich die Deckungslücke in den Kreishaushalten gegenüber 2006 auf ein Finanzierungsdefizit von 250 Mio. Euro. Duppré: „Damit ist jedoch keine strukturelle Verbesserung oder gar Gesundung der Kreisfinanzen verbunden, da an einen Abbau der bislang aufgelaufenen Defizite nicht zu denken ist. Die ostdeutschen Landkreise verharren vielmehr im Defizit und auch den westdeutschen Landkreisen gelingt es trotz verbesserter Einnahmen lediglich, ihr jahresbezogenes Defizit zu vermindern.“

Tief in roten Zahlen

Und weiter: „Der Befund ist damit derselbe wie in den Jahren zuvor: Auch 2007 bleiben die Landkreise tief in den roten Zahlen. Damit dauert die Finanzkrise an, die sie seit 2003 vor eine ihrer schwersten Bewährungsproben gestellt hat. Strukturelle Verbesserungen sind noch immer nicht in Sicht. Wann sollen denn die Landkreise aber ihre Defizite abbauen können, wenn nicht jetzt?“ Sämtliche Konsolidierungsmöglichkeiten seien ausgeschöpft und finanzielle Spielräume nicht mehr vorhanden, so dass für wichtige Investitionen in Schulen und Straßen das Geld fehle.

Er äußerte in diesem Zusammenhang die Erwartung an Bundes- und Landespolitik, die strukturellen Fehlentwicklungen des Kreisfinanzsystems endlich in den Blick zu nehmen und einer Lösung zuzuführen. „Eine direkte Steuerertragsbeteiligung würde die Eigenfinanzierung der Landkreise stärken und deren Abhängigkeit von staatlichen Zuweisungen verringern. Zudem könnte so die Kreisumlage als mittlerweile wichtigste Finanzierungsquelle entlastet werden. Darüber muss im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform unbedingt offen gesprochen werden.“

Auf den Spuren bayerischer Tradition

3. „Heimat und Brauchtum“ vom 17. bis 20. Mai auf dem Haupt- und Landgestüt Schwaiganger

Auch dieses Jahr freuen sich die Veranstalter der „Heimat und Brauchtum“ auf vielerlei Prominenz, wie zum Beispiel Christine Neubauer, Elmar Wepper, Christian Wolff, Rosi Mittermeier und Christian Neureuther. Diesjähriger Schirmherr der 3. „Heimat und Brauchtum“ ist der bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller.

Pünktlich zum Vatertag am 17. Mai ist es wieder soweit: die 3. „Heimat und Brauchtum“ öffnet ihre Pforten. Messefreunde, Pferdeliebhaber und Brauchtumsbegeisterte kommen hier voll auf ihre Kosten: Rund 180 Aussteller und über 70 Musik- und Tanzgruppen sorgen für abwechslungsreiche Unterhaltung rund um die bayerische Lebensart und lassen alte Traditionen wieder aufleben.

Federkielsticker, Messermacher, Gamsbartbinder, Schreiner, Sattler, Dirmdlschneider und viele mehr zeigen ihre Handwerkskunst. Auch kulinarische Spezialitäten dürfen auf der 3. „Heimat und Brauchtum“ natürlich nicht fehlen.

Auch die beiden Skilegenden Rosi Mittermaier und Christian Neureuther lassen sich die Leckereien nicht entgehen: am Eröffnungstag, den 17. Mai, geben sie im Bauernhofcafé eine Autogrammsunde und verraten Tipps und Tricks rund um die Trendsportart Nordic Walking.

Vier Tage lang bietet ein buntes Rahmenprogramm spannende Unterhaltung und einmalige Erlebnisse: Das traditionsreiche Bayerische Haupt- und Landgestüt fasziniert mit einer eindrucksvollen Pferdeschau, am Schießstand der Hauptschützengesellschaft München 1406 können Berufs- und Hobbyschützen ihre

Treffer sicherheit unter Beweis stellen, bayerische Klöster ermöglichen den Besuchern Einblicke in das Leben hinter den Klostermauern und bei der Modenschau des Vereins „Urlaub auf dem Bauernhof in Bayern“ zeigen Landfrauen die Trachten unserer Vorfahren im Vergleich zu heute.

Doch nicht nur bayerisches Brauchtum findet dieses Jahr in der malerischen Kulisse Schwaigangers seinen Platz: Auch das diesjährige Gastland Ungarn stellt mit einem eindrucksvollen Fanfaren- und Trommlerzug auf den edlen, weltberühmten Arabern, sein Nationalgestüt Bábolna vor.

Auch der beliebte bayerische Schauspieler Elmar Wepper lässt sich das vielseitige Programm nicht entgehen und besucht die Messe am 19. Mai - ein Molke-Weihenstephan Familientag. Dieser eignet sich besonders für einen Familienausflug mit den Kleinen: Im Kinderland können die Kinder Basteln und Werken, der bekannte Haustierzirkus Liberta zeigt erstaunliche Kunststücke mit über 70 heimischen Tieren, das oberbayerische Kasperletheater sorgt für spannende und lustige Unterhaltung und bei der Familienolympiade können Familien beim Hufeisenwerfen, Wettmelken und vielen anderen Spielen ihre Geschicklichkeit testen.



Märchenschlösser sind nur ein kleiner Teil dessen, was der Weitwanderweg an reizvollen Höhepunkten zu bieten hat. □

Weitwanderweg Romantische Straße:

Start in die erste Saison

Highlights von Weltrang zwischen Main und Alpen auf knapp 500 Kilometern

Dinkelsbühl - Die Romantische Straße, eine Genießer- und Erlebnisroute vom Main bis an den Fuß der Alpen, ist um eine Attraktion reicher. Der neu eröffnete Weitwanderweg bietet auf knapp 500 Kilometern Länge Tradition und Trend gleichermaßen: Die Tour beginnt im bayerischen Füssen, erstreckt sich über Landsberg am Lech, Augsburg, Dinkelsbühl, Rothenburg ob der Tauber und mündet in Würzburg - oder umgekehrt. Auf jeden Fall jedoch ist die Romantische Straße die schönste Verbindung zwischen den beiden Städten Füssen und Würzburg. Der Reiz der Strecke liegt vor allem in den Ortschaften, die bei der Wanderung durchquert werden.

Aufgereiht wie auf einer Perlenkette passieren Wanderer kleine Fachwerkdörfer und malerische Städte, historische Ortskerne, mittelalterliche Ruinen, Adelsitze sowie Kirchen und sogar Märchenschlösser. Doch auch an Natur hat die Strecke einiges zu bieten: Von Weinbergen am Main und im Taubertal über die Auwälder der Donau bis hin zum Alpenvorland präsentieren sich wilde Flusstäler, Hochmoore und Wälder ebenso wie der urzeitliche Meteoritenkrater (Ries) oder der ebenso eindrucksvolle wie unvergleichliche Anblick des Ammergebirges und der Allgäuer Alpen, bis zum Weltkulturerbe Wieskirche.

Vier Wochen

Wer die gesamte Strecke erwandern möchte, benötigt dafür circa vier Wochen. Die Gesamtlänge beträgt exakt 474 Kilometer und verläuft sowohl auf bestehenden Wanderwegen als auch auf neu ausgearbeiteten Strecken. Die Wege sind ausgeschildert und eignen sich auch als Tages- und Wochenend-Touren.

Wandern ohne Gepäck

Die bequemste Art, die Romantische Straße zu erwandern, sind die Wandertouren für Individualisten, die vom Verkaufsbüro der Romantischen Straße organisiert werden. Alle Touren und Etappen werden nach den jeweiligen Wünschen der Wanderer zusammengestellt und enthalten die Fahrt mit dem Europabus Romantische Straße, den Gepäcktransport von Hotel zu Hotel, die Unterbringung in guten Mittelklassehotels in den gewünschten Orten bzw. Streckenabschnitten, Übernachtung mit Frühstück und eine Notfallnummer für „Pannenhilfe“. 3-Tages-tour mit 2 Übernachtungen ab 199 Euro.

Der Wanderführer „Weitwanderweg Romantische Straße“ gibt zudem Tipps für einzelne Etappen, An- und Abreise, Einkehr- und Übernachtungsmöglichkeiten und vieles mehr. Bestellung unter <http://www.romantischestrassen.de>.

Premiere: Gotthilf Fischer dirigiert das erste Chorfest der Romantischen Straße

Chorfest als Höhepunkt

Der Veranstaltungs-Höhepunkt 2007 ist das „Chorfest Romantische Straße“: Erstmals werden in diesem Jahr alle Mitgliedsorte die Romantische Straße musikalisch präsentieren. Das Repertoire der beinahe 30 unterschiedlichen Chöre reicht von sakraler Musik über alpenländische und heimatliche Melodien bis zu traditionellem Liedgut, Pop, Rock, Gospel und Jazz. Das Chorfest steht unter der Schirmherrschaft von Dr. Thomas Goppel, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Forschung und Kunst. Zur Abschlussveranstaltung mit gemeinsamem Singen auf dem Marktplatz konnte Gotthilf Fischer als Dirigent gewonnen werden. Das Chortreffen findet am 1. Juli in Feuchtwang statt. Das Programm findet sich als pdf-Dokument unter www.romantischestrassen.de/upmedia/Chorfest.pdf.

Über die Romantische Straße

Die Romantische Straße wurde 1950 ins Leben gerufen und ist somit die älteste Ferienstraße, zudem auch die erfolgreichste touristische Route in Deutschland. Im Ausland ist sie sogar bekannter als im eigenen Land selbst. Besonders Amerikaner („Romantic Road“) und Japaner stellen den prozentual höchsten Besucheranteil - laut einer Umfrage aus den 90er-Jahren war neun von zehn „reisefähigen“ Japanern die „Romantische Straße“ ein Begriff. Die Romantische Straße führt durch 27 Ortschaften und ist auch bei Autofahrern vor allem als Alternative zur Autobahnstrecke überaus beliebt. Es besteht zudem ein Radfernweg Romantische Straße, der über Nebenstraßen und Radwege führt und bestens ausgeschildert ist. Auch Dampfzug- und Schienenbusfahrten zwischen Nördlingen, Dinkelsbühl und Feuchtwang werden das ganze Jahr über angeboten. □

Erste Europäische Kulturstrategie vorgelegt

Die EU-Kommission hat erstmals eine Europäische Kulturstrategie vorgeschlagen. Damit erkennt sie die zentrale Rolle der Kultur im europäischen Integrationsprozess an und schlägt gleichzeitig eine Strategie für Europa und seine Beziehungen mit Drittländern vor.

EU-Kulturkommissar Ján Figel sagte: „Da Kultur und Kreativität ein wichtiger Antrieb für die persönliche Entwicklung, den sozialen Zusammenhalt und das wirtschaftliche Wachstum in Europa sind, wird mit der verabschiedeten Strategie auch ein europäischer Rahmen vorgeschlagen, mit dem das Wachstum und das interkulturelle Verständnis gefördert und Europa seinen Bürgern näher gebracht werden.“

EU-Entwicklungskommissar Louis Michel ergänzte: „In einer globalisierten Welt ist es wichtiger denn je, die kulturelle Vielfalt und den Dialog zwischen Kulturen als Quelle der Entwicklung und der Bereicherung zu erhalten und zu fördern.“

Die Mitteilung „Eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ erläutert zahlreiche Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Kultur. Drei Hauptziele, die zusammen

eine „gemeinsame“ Kulturstrategie bilden, sollen die kulturelle Vielfalt und den interkulturellen Dialog, Kultur als Katalysator der Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon und Kultur als wesentliches Element der internationalen Beziehungen der Union fördern.

Systematischer Einbau

Zudem zielen die vorgeschlagenen Maßnahmen darauf ab, Kultur noch stärker in den politischen Dialog mit Partnerländern und Regionen in der ganzen Welt einzubeziehen, den kulturellen Austausch zu fördern, und die Kultur systematisch in Entwicklungsprogrammen und -projekten einzubauen.

Die europäische Kulturstrategie wird durch weitere Initiativen im kulturellen Bereich ergänzt, etwa dem bevorstehenden Europäischen Jahr für den interkulturellen Dialog 2008. □

Öffentlicher Nahverkehr weiterhin auf Erfolgskurs:

Fahrgastzahlen und Einnahmen deutlich gesteigert

GZ-Gespräch mit Gerrit Poel, Geschäftsführer der Landesgruppe Bayern im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV)

Die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs für Stadt und Region hat Gerrit Poel, Geschäftsführer des VDV, Landesgruppe Bayern, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung verdeutlicht. Das Potenzial des ÖPNV sei allerdings noch längst nicht ausgereizt, insbesondere in den Zeiten außerhalb der Rush Hour. Wichtig seien vor dem Hintergrund des Klimawandels unter anderem attraktive Tarife, moderne Fahrzeuge, guter Service und eine deutliche Stärkung des ÖPNV.

Im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen sind u. a. die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs mit Schwerpunkt Eisenbahngüterverkehr in Deutschland organisiert. Der Verband existiert in seiner heutigen Form seit Anfang 1991, nachdem der Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV), der Bundesverband Deutscher Eisenbahnen, Kraftverkehre und Seilbahnen (BDE) sowie der VÖV der ehemaligen DDR den Zusammenschluss zum VDV beschlossen hatten. Die Geschichte des Verbandes begann mit dem 1846 gegründeten „Verband der Preussischen Eisenbahnen“ und dem 1895 gegründeten „Verein Deutscher Straßen- und Kleinbahnverwaltungen“.

Europaweit guter Ruf

Dem Verband, der laut Poel „europaweit einen ausgesprochen guten Ruf besitzt“, gehören bundesweit derzeit ca. 540 ordentliche Mitglieder an. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl außerordentlicher Mitglieder in vielen europäischen Ländern. Dazu gehören auch zahlreiche österreichische Verkehrsunternehmen und Verbundgesellschaften, die der Landesgruppe Bayern zugeordnet sind.

Wie Poel betonte, besteht aufgrund der thematischen Verbundenheit ein „traditionell gutes Verhältnis zu kommunalen Spitzenverbänden auf Bundes- und Landesebene“. Zu den Verbänden der privaten Buswirtschaft pflege der VDV ein „fachlich vernünftiges Verhältnis“, das mitunter geprägt sei von durchaus „unterschiedlichen Interessenslagen“. Der Geschäftsführer machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass zahlreiche private Busunternehmen „von unserem Dasein durchaus profitieren“, in dem sie sich als Subunternehmer der Kommunalunternehmen des VDV in den großen und mittel-

großen Städten betätigen. Dies sichere ihnen in der Regel ein gutes Auskommen. Poel zufolge



Gerrit Poel.

„sind wir ein sehr zuverlässiger Vertragspartner für diese Klientel und dieses oft über einen sehr langen Zeitraum“.

Kommunaler Querverbund

Der Umstand, „dass des Öfteren auch gegen unsere Unternehmen gewettet wird, weil sie einen Vorteil durch den kommunalen Querverbund haben“, ist für Poel zwar begrenzt nachvollziehbar, aber: Bei dieser Querfinanzierung handle es sich schließlich um ein „legales Instrument, das es den Städten ermöglicht, öffentlichen Nahverkehr in der Stadt zu finanzieren“. Somit käme es vor allem den Bürgern zugute und eben nicht nur primär Unternehmen und ihren Mitarbeitern.

Im Gegenzug seien die kommunalen Unternehmen in der Frage, was sie tun und wo sie es tun, sehr stark beschränkt, fuhr der Geschäftsführer fort. Ihnen seien die Hände gebunden, wenn es beispielsweise darum gehe, Fernreiseverkehr anzubieten oder aber Autohäuser bzw. Fahrschulen zu betreiben. „Die Bayerische Gemeindeordnung begrenzt uns sehr stark in unserem Tun und auf unser eigenes Territorium“, machte Poel deutlich. Andere Bundesländer und Stadt-

staaten sehen dieses wesentlich liberaler.

Fahrgastzuwachs

Dass dieses Feld allerdings in den vergangenen Jahren hervorragend beackert wurde, steht für ihn außer Frage. Eine Vielzahl von Maßnahmen habe zu einem kontinuierlichen Fahrgastzuwachs geführt. So beförderten die VDV-Mitgliedsunternehmen bundesweit im Jahr 2006 9,53 Mrd. Fahrgäste, davon entfallen über eine Milliarde Fahrgäste auf den Freistaat. Gerade der Münchner Verkehrsverbund MVV verzeichne „erfreuliche Zuwächse“, wie der Geschäftsführer erläuterte.

Insgesamt sind etwa rund 27 Mio. Fahrgäste pro Tag bundesweit zu verzeichnen; diese ersetzen täglich ca. 18 Mio. Pkw-Fahrten „und vermeiden somit eine große Menge des klimaschädlichen CO₂“.

Attraktive Tarife und Leistungen

Als beispielhafte Maßnahmen führte Poel die Einführung attraktiver Tarife (z. B. übertragbare Zeitkarten) und Fahrzeuge (z. B. die dritte Generation der Münchner U-Bahn-Züge) sowie ein interessantes Leistungsangebot an. Immer mehr Kunden würden zu Stammkunden und seien mit Zeitkarten wie etwa der MobiCard unterwegs. Zunehmend gibt es diese Zeitkarten auch in zielgruppenspezifischer Ausprägung.

Orientieren an der Spitze

An diesem Punkt brachte Poel aber auch ein grundsätzliches Problem des öffentlichen Nahverkehrs zur Sprache: „Wir sind gezwungen, unseren Betriebsmittelbestand an der Spitze auszurichten.“ In der relativ kurzen Hauptverkehrszeit (HVZ) zwischen 7 und 9 Uhr morgens ergebe sich der höchste Fahrzeug- und Fahrerbedarf. Hingegen seien viele Kapazitäten außerhalb der HVZ nicht ausgelastet. Deshalb setzen die Unternehmen und Verbundgesellschaften bei Tarifen an, „die ab 9 Uhr deutlich günstiger werden“, betonte der Geschäftsführer. Auch am Wochenende sei es „das Bestreben unserer Unternehmen, ihre Verkehrsmittel zu füllen“.

Interessante Netze

Poel zufolge sind „unsere Netze vor allem in Bayern in der Regel so interessant, dass sie auch für den Freizeitverkehr attraktiv sind - gerade am Wochenende, wenn der Berufsverkehr völlig außen vor ist“. Als sehr aktiv habe sich hierbei der VGN erwiesen, dessen Umsetzung des Marketingansatzes „attraktive Fahrtenangebote + ausgearbeitete Freizeitvorschläge = erlebnisorientierte Freizeitgestaltung“ sogar ausgezeichnet wurde. Der VGN arbeite laut Poel Kataloge und Ziele aus, es gibt ein Freizeitnetz, das sich an dem Freizeitangebot orientiert, zudem Freizeit- und Ausflugstipps im Internet.

Neue Vertriebswege

Es sind aber auch die neuen Vertriebswege, die zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV beitragen können, bemerkte Poel. So sollen die Bürger mit dem Handy künftig ihren „persönlichen Fahrkartenautomaten“ für Busse und Bahnen in der Tasche haben. Seit kurzem bieten elf Nahverkehrsregionen (darunter Nürnberg) in einem gemeinsamen zweijährigen Pilotprojekt den Fahrkartenkauf per Handy nach einem einheitlichen Verfahren an. Neue Vertriebswege, Schlichtungs- und Ombudsstellen(n), individualisiertes Marketing, Garantieverprechen, Park & Ride, Bike & R, Kiss & Ride, regionale Sondertarife (z. B. Werdenfels-Ticket) sowie eine bundesweite Tarifharmonisierung zählen zu den weiteren angestoßenen Maßnahmen.

Selbstverpflichtung

Es sei in diesem Angebot z. B. eine Selbstverpflichtung des Verbandes und seiner Mitglieder enthalten, sich wie in den vergangenen Jahren auch mit ganzer Kraft für weitere Kostensenkungen und Ertragssteigerungen und damit zur Entlastung öffentlicher Kassen einzusetzen. Dabei betone der Verband ausdrücklich die Notwendigkeit, das „Ob“ und „Wie“ aller bisherigen Verkehrsangebote auf den Prüfstand zu stellen. Dazu werde ein konzeptioneller Weg aufgezeigt, wie in Zeiten dramatischer Entwicklungen öffentlicher Haushalte ein angemessenes ÖPNV-Grundangebot in den Städten und Regionen aufrechterhalten werden könne. Auch sei Bürokratieabbau das Gebot der Stunde.

Zwar sehe die Politik Tarifierhöhungen im Nahverkehr nicht gern, drehe aber den Geldhahn sukzessive zu, kritisierte Poel. Ende 2003 haben Bund und der Freistaat Bayern damit begonnen, die Mittel zurückzuführen. Davon betroffen seien sowohl die Aufgabenträger als auch die Verkehrsunternehmen. Dies sei umso verwunderlicher, als ständig von Klima- und Lärmschutz

Pakt für bezahlbare Mobilität

Bereits 2005 habe sich der VDV mit einem konstruktiven Angebot zu Wort gemeldet und

einen Pakt für bezahlbare Mobilität unter dem Titel „Neuer Konsens zur Finanzierung des ÖPNV“ angemahnt. Dabei habe er Bund und Ländern vorge schlagen, die 2007 mit Wirkung für 2008 gesetzlich vorgesehene Revision der Regionalisierungsmittel für eine umfassende Diskussion über ein angemessenes und ökologisch erforderliches Grundangebot von Bussen und Bahnen sowie deren Finanzierung zu nutzen.

Selbstverpflichtung

Es sei in diesem Angebot z. B. eine Selbstverpflichtung des Verbandes und seiner Mitglieder enthalten, sich wie in den vergangenen Jahren auch mit ganzer Kraft für weitere Kostensenkungen und Ertragssteigerungen und damit zur Entlastung öffentlicher Kassen einzusetzen. Dabei betone der Verband ausdrücklich die Notwendigkeit, das „Ob“ und „Wie“ aller bisherigen Verkehrsangebote auf den Prüfstand zu stellen. Dazu werde ein konzeptioneller Weg aufgezeigt, wie in Zeiten dramatischer Entwicklungen öffentlicher Haushalte ein angemessenes ÖPNV-Grundangebot in den Städten und Regionen aufrechterhalten werden könne. Auch sei Bürokratieabbau das Gebot der Stunde.

Zwar sehe die Politik Tarifierhöhungen im Nahverkehr nicht gern, drehe aber den Geldhahn sukzessive zu, kritisierte Poel. Ende 2003 haben Bund und der Freistaat Bayern damit begonnen, die Mittel zurückzuführen. Davon betroffen seien sowohl die Aufgabenträger als auch die Verkehrsunternehmen. Dies sei umso verwunderlicher, als ständig von Klima- und Lärmschutz

gesprächen werde, durch den Wegfall der Busförderung aber nunmehr eine zunehmend alternde Fahrzeugflotte eingesetzt werden müsse, anstatt diese im Zuge notwendiger Ersatzbeschaffungen auf den neuesten Stand der Antriebs- und Abgas-technik zu bringen. Für Poel ist es „sowohl umwelt- als auch verkehrspolitisch völlig kontraproduktiv, dass man die Fahrzeugförderung jetzt zumindest für zwei Jahre (2007 und 2008) ausgesetzt hat“. Wie es weitergehe, sei völlig ungewiss. Im Sinne eines wirksamen und bezahlbaren Klimaschutzes setzt der Verbandsvertreter darauf, dass die Politik den ÖPNV mehr als bisher als Mobilitätspartner befreit.

Warten auf den großen Knall

Diese problematische Entwicklung seit Ende 2003 wäre, so stellte der Geschäftsführer klar, noch viel dramatischer, „wenn sie nicht durch diverse Effekte wie konjunktureller Aufschwung, Anziehen des Tourismus, Rationalisierungsprozesse in den Unternehmen, Tarifsteigerungen sowie steigende Benzinpreise überlagert worden wäre“.

Die betroffenen Verkehrsunternehmen haben es zwar geschafft, „den Mittelausfall so zu verteilen, dass der große Knall bislang ausgeblieben ist“. In vielen Fällen handelt es sich dabei aber um Maßnahmen, die man nur einmal ergreifen kann. Manches von dem, was getan wurde, wird in der Konsequenz auch erst später sichtbar. Doch wie, mahnte Poel abschließend an, heiße es so treffend: „Der Tod kommt auf leisen Sohlen.“ **DK**

BUSSE UND BAHNEN. GUTE LOGISTIK FÄNGT SCHON BEIM ARBEITSWEG AN.



Wer schnell und zuverlässig arbeiten soll, muss auch schnell und zuverlässig zur Arbeit kommen. Und das am besten pünktlich, stressfrei, günstig und umweltfreundlich. Kein Wunder also, dass gerade da die Wirtschaft in Fahrt kommt, wo Busse und Bahnen fahren.



Damit Deutschland mobil bleibt Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de

VDV zur Regierungserklärung von Umweltminister Gabriel:

„Bedeutung von Bussen und Bahnen nicht voll erkannt!“

„Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat leider die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs für den Klimaschutz noch nicht voll erkannt“, kommentierte VDV-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann die Regierungserklärung des Bundesumweltministers. Gabriel habe sich ausschließlich mit Autos und dem Fernverkehr befasst, den Nahverkehr jedoch vollständig ausgeblendet.

„27 Millionen Fahrgäste nutzen täglich Busse und Bahnen. Damit vermeiden sie jeden Tag 18 Millionen Autofahrten und sparen so über 50 Prozent Kohlendioxid im Vergleich zum Pkw ein“, so Müller-Hellmann. „Es ist schade, dass der Bundesumweltminister bei seiner wichtigen Initiative diese Leistung von 27 Millionen Bürgern nicht anerkannt hat.“ Gerade im Berufsverkehr leisteten Busse und Bahnen aktiven Klimaschutz: „In der Verkehrsspitze beträgt die CO₂-Emission eines Linienbusses pro Fahrgast und 100 km weniger als zehn Prozent der vergleichbaren Pkw-Emission“, sagte Müller-Hellmann. „Jeder, der in der Rushhour anstelle eines Autos den Linienbus nimmt, vermeidet mehr als 90 Prozent CO₂.“

Doch statt den ÖPNV zu fördern, würden die Finanzmittel seit Jahren ständig gekürzt. Gerade im letzten Jahr seien die Regionalisierungsmittel des Bundes um 3,3 Milliarden Euro bis 2010 reduziert worden. Die zugesagte Kompensation um 500 Millionen Euro ließe seitdem auf sich warten. „Es ist sicherlich richtig, sich mit der Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes von Pkw zu befassen. Doch man sollte dabei nicht vergessen, dass es bereits eine klimafreundliche Mobilitätsalternative gibt: Busse und Bahnen.“

Startschuss für Cluster Bahntechnik in Nürnberg:

Stärken bündeln, Marktpotenziale erweitern

Wirtschaftsminister Huber: „Bahnland Bayern bestens positioniert“

Das Thema „Chancen der Bahntechnik“ stand im Mittelpunkt der Auftaktveranstaltung des Clusters Bahntechnik in Nürnberg, mit der die Clusterplattform offiziell ihre Aktivitäten startete. Im Rahmen der Cluster Offensive Bayern wurde dem CNA (Center for Transportation & Logistics Neuer Adler) e.V. das Management der Clusterplattform für Bahntechnik übertragen. An der Auftaktveranstaltung in den Räumen der IHK Nürnberg für Mittelfranken nahmen rund 200 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teil.

Hochkarätige Referenten beleuchteten in ihren Vorträgen - aus Sicht der Verkehrsunternehmen, Betreiber, Hersteller und Zulieferer - die Chancen, die mit dem Aufbau der Clusterplattform für Bahntechnik in Bayern verbunden sind. In einer begleitenden Ausstellung wurde das Innovations- und Leistungspotenzial im Bereich Bahntechnik präsentiert.

Bahnland gut positioniert

„Das Bahnland Bayern ist für die Bahn des 21. Jahrhunderts gut positioniert“, hob Wirtschaftsminister Erwin Huber hervor. Damit diese Stärken konsequent genutzt werden, habe die Bayerische Staatsregierung das Cluster Bahntechnik ins Leben gerufen, das aus folgenden Gründen von großer Bedeutung sei:

1. Bahntechnik-Produkte gelten auch heute noch in vielen Teilen der Welt als Inbegriff technologischen Know-hows. Branchenrelevante Zulieferunternehmen sind auch in anderen Märkten wie dem Fahrzeug- oder Anlagenbau tätig. Diese haben insgesamt eine hohe Bedeutung für Bayern. Unternehmen, die sich im Cluster Bahntechnik engagieren, profitieren hiervon auch auf verwandten Märkten.

2. In der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft ist Mobilität ein entscheidender Erfolgsfaktor. Gerade Bayerns Unternehmen mit ihrem hohen Exportanteil sind auf gute Mobilität angewiesen. Hinzu kommt eine steigende Nachfrage nach Mobilität auch in der Freizeit. Für diesen weiterhin steigenden Mobilitätsbedarf werden immer leistungsfähigere Verkehrsträger benötigt.

3. Alle derzeit verfügbaren Verkehrsprognosen gehen von weiteren Verkehrszuwächsen aus, die nicht allein durch die Straße bewältigt werden können. Sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr wird künftig noch wesentlich stärker auf die Schiene gesetzt werden müssen.

4. Gleichzeitig wird die umweltverträgliche Bewältigung des Verkehrs immer wichtiger. In Bayern ist der Verkehr mit über einem Drittel am CO₂-Ausstoß beteiligt. Hier sind künftig mehr denn je auch alternative Verkehrsträger mit geringerem spezifischem CO₂-Ausstoß gefordert.

Wichtige Branche

Dass das Clustermanagement für das Cluster Bahntechnik in Nürnberg angesiedelt wurde, komme nicht von ungefähr, so Huber weiter. Nürnberg habe sich zu einem Cluster der Verkehrs- und Logistikbranche entwickelt. So stelle der Verkehrs- und Logistikbereich im Raum Nürnberg heute rund 770 Firmen mit 75.000 Arbeitsplätzen und einem Umsatz von rund 20 Mrd. Euro pro Jahr. Damit gehöre er zu den wichtigsten Branchen der Region.

Viele Mittelständler

Global Player im Bereich Verkehr und Telematik wie Siemens Transportation Systems, Siemens Automations and Drives und MAN seien hier ebenso beheimatet wie viele kleine und mittelständische Spezialisten. Nicht zu vergessen die Technologieführer im Fahrwegbau wie Rail.One und Max Bögl. Auch der Logistiksektor sei in der Region besonders stark vertreten. Nicht nur die großen Unternehmen wie Dachser und Schenker, sondern auch eine erhebliche Zahl von Mittelständlern arbeiteten von hier aus sehr erfolgreich.

Win-Win-Situation

Auch Nürnbergs Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Bahntechnik und die Win-Win-Situation, die sich durch die Aufgaben und Chancen des Clusters Bahntechnik für Bayern und die Metropolregion Nürnberg als Bahnstandort der Zukunft ergibt.

Leistungsstarkes Netzwerk

„Zielsetzung ist es, ein leistungsstarkes Netzwerk für Bahntechnik in Bayern aufzubauen, um die Innovationsfähigkeit und Produktivität der Unternehmen zu steigern“, betonte Dr.-Ing. Holger Schulze-Halberg, Sprecher Cluster

Bahntechnik. „Zusätzlich soll der Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Industrie intensiv gefördert werden“, ergänzte Dr.-Ing. Werner Enser, Geschäftsführer des CNA e.V.

Die große Teilnehmerzahl unterstrich eindrucksvoll die Bedeutung der Bahntechnik. Die Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Bahntechnik in Deutschland erzielten 2003 mit 40.600 Beschäftigten einen Umsatz von 9,9 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Weltmarktanteil von etwa 15 Prozent - damit gehört die deutsche Bahnindustrie zu den technologischen Weltmarktführern. **DK**

Kongress für Standort- und Regionalmanagement

euregia bodensee stellt Zukunftsfragen 18. und 19. Juni 2007

In Friedrichshafen findet am 18. und 19. Juni im Kongresszentrum Graf-Zeppelin-Haus die 3. „euregia bodensee“ statt. Der Kongress ist Treffpunkt der vier Bodensee-Anrainerstaaten Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein und steht unter der Überschrift „Denkregion Bodensee“. Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft, Interessierte aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft sowie Kommunalpolitiker aus Deutschland, der Region und aus den Nachbarländern setzen sich mit aktuellen Fragen des Standortmanagements auseinander.

Beim Innovationsindex rangiert der Bodensee-Raum nach dem Anteil hoch qualifizierter Angestellter und Patentanmeldungen ausmacht bereits unter den Top-Rankingplätzen.

In neun Veranstaltungen diskutieren und präsentieren hoch qualifizierte Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter Lösungen zu den Themen Fachkräftemangel und -rekrutierung, Verwaltungsmodernisierung als zentraler Standortfaktor, die Bedeutung von Regionalflughäfen sowie die Marken-Proflierung und Regionalvermarktung als Wirtschaftsfaktor für die Bodenseeregion.

Am 18. Juni ab 17 Uhr haben Gäste freien Eintritt zum SZ-Forum Spezial, einer Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Schwäbischen Zeitung. Chefredakteur Joachim Umbach begrüßt Otmar Hasler, Regierungschef von Liechtenstein, Gerhard Stübe, Geschäftsführer der Bregenzer Festspiele und Peter Jany, Rektor der Hochschule Ravensburg-Weingarten zu einer Talkrunde, die sich mit den zukunftsrelevanten Kompetenzen der Region auseinandersetzt.

Das detaillierte Fachprogramm findet sich unter www.euregia-bodensee.de

euregia bodensee Kongressbüro
Josef Bühler/ Gerda Peuling, neuland+ Tourismus-, Standort-, Regionalentwicklung GmbH & Co KG
Esbach 6, 88326 Aulendorf
Telefon: 07525-91044, Mobil: 0175-5803150
buehler@neulandplus.de www.neulandplus.de

Europäisches Parlament:

Neue Regeln für Öffentlichen Nahverkehr

Neue Mindestschwellen zur Ausschreibungspflicht Sonderregeln für kleine und mittelständische Betriebe

Brüssel (pm). Die Regeln zur Vergabe von Aufträgen an Bus- oder Bahnunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr sollen geändert werden. Dies hat das Europäische Parlament beschlossen. Davon sind auch die bayerischen Kommunen betroffen. Vorgesehen sind unter anderem neue Schwellenwerte zur öffentlichen Ausschreibung von Aufträgen.

„Mit den neuen Regeln soll die Wettbewerbsfreiheit gewahrt sein, ohne zusätzliche Bürokratie für die Kommunen zu schaffen. Zugleich bekommen kleine Busunternehmen vor Ort eine faire Chance“, sagte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber.

Ferber betonte, es konnten vor allem Erleichterungen für kleine und mittelständische Unternehmen durchgesetzt werden. Beteiligt zum Beispiel ein ortsanhängiges Busunternehmen nicht mehr als 23 Fahrzeuge, kann die Kommune an dieses Unternehmen Aufträge ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Einzige Voraussetzung ist, dass das durchschnittliche Auftragsvolumen unter 2 Millionen Euro jährlich (bzw. 600.000 Kilometer Personenverkehrsleistung) liegt. Normalerweise liegt dieser Schwellenwert bei 1 Million Euro

pro Jahr (bzw. 300.000 km Personenverkehrsleistung). „Die neuen Regeln erleichtern Kommunen die Vergabe von Beförderungsaufträgen an Busunternehmen vor Ort. Gleichzeitig wird das Wettbewerbsrecht gewahrt“, so Ferber.

Um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen, sollen Aufträge für Busunternehmen maximal 10 Jahre vergeben werden können. Für den Schienenverkehr soll die maximale Laufzeit der Konzessionen 15 Jahre betragen. Unternehmen, die unmittelbar von Kommunen betrieben oder kontrolliert werden, dürfen dabei nicht außerhalb des festgelegten Territoriums Aufträge annehmen. „Das schafft einen fairen Wettbewerb. Damit verhindern wir, dass staatlich beschützte Unternehmen aus dem Ausland lokale Bus- oder Schienenunternehmen vom Markt verdrängen“, so Ferber. **□**



V. l.: Margarethe Dünisch (stellv. Landrätin Bad Kissingen), Thomas Habermann (Landrat Rhön-Grabfeld), Harald Leitherer (Landrat Schweinfurt), Rudolf Handwerker (Landrat Haßberge) und Tamara Bischoff (Landrätin Kitzingen). Foto: Tonya Schulz

Unterfränkische „Radregion“ hat die Nase vorn:

Auf zwei Rädern durch fünf Landkreise

Radfahren ist in: Rund 30 Mio. Deutsche schwingen sich - vorzugsweise im Urlaub - auf den Drahtesel. Die lukrative Zielgruppe der Radtouristen bewerben auch die Franken bereits seit längerem, laden doch die abwechslungsreiche Landschaft mit mäßigen Steigungen, windungsreichen Flüssen und romantischen Städtchen in idealer Weise zu Entdeckungstouren auf zwei Rädern ein. Grenzenloses Radvergnügen verspricht nun speziell die Region Unterfranken mit den Landkreisen Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Main-Steigerwald und Kitzingen.

Mit Unterstützung des EU-Förderprogramms LEADER+ wurde ein ganzes Maßnahmenbündel initiiert, um die positive Entwicklung in diesem touristischen Bereich langfristig zu sichern und auszubauen.

Was die Radregion zwischen Kitzingen und Bad Neustadt, Hassfurt und Bad Kissingen rund um das „Drehkreuz Schweinfurt“ künftig zu bieten hat, präsentierten die Landräte Rudolf Handwerker (Haßberge), Harald Leitherer (Schweinfurt), Tamara Bischoff (Kitzingen), Thomas Bold (Bad Kissingen) und Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld) im Rahmen des 1. Unterfränkischen Radtourismus-Symposiums unter dem Motto „5 Landkreise - 1 Radregion“ in Hassfurt. Weiterhin motivierten zahlreiche Experten die rund 150 Teilnehmer aus Fremdenverkehr, Gastronomie, Hotellerie, Wirtschaft und Politik ihr Engagement für Radtouristen auszubauen.

Optimiertes Angebot

Das Premiumprodukt „Main-Radweg“ stellte Olaf Seifert, Geschäftsführer Tourismusverband Franken e. V., als beispielhaft vor. Welche Kriterien für die BHG-Klassifizierung „Fahrradfreundlicher Gastbetrieb“ zu erfüllen sind, erläuterte Silke Leimser, Bayer. Hotel- und Gaststättenverband e. V. Wie man zur ADFC-Klassifizierung Fahrradfreundlicher Gastbetrieb „Bett & Bike“ kommt, erklärte Gabriele Irrek, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub Bayern e. V. Aus der Praxis eines fahrradfreundlichen Gastronomie- und Beherbergungsbetriebs berichtete schließlich Peter Pietz, Hotel Gasthof Pietz, Steinbach am Wald.

Im Mittelpunkt des optimierten Angebots für Radtouristen steht ab sofort ein völlig überarbeitetes und miteinander vernetztes „Radwegkonzept Rhön - Haßberge - Steigerwald - Maintal“. Pedalfritter finden nun eine einheitlich aufeinander abgestimmte Beschilderung nach ADFC-Richtlinien der qualitativ überarbeiteten Radwanderwegen vor. Mehr als 3.900 km Rad(wander-)wege durchziehen nun die 4.700 qm große Region der fünf Landkreise. Aktivurlauber wählen dabei zwischen Radfernwegen (wie z. B. Main-Radweg oder Rhönradweg), regionalen Zielverbindungen (wie z. B. Gerolzhofen - Geiselwind), Themenrouten (z. B. Mühlen- oder Schlössertouren) sowie Verbindungen

von Ort zu Ort. Ebenso gibt es nun zahlreiche Rast- und Informationsmöglichkeiten mit sog. Rad-Info-Punkten an zentralen Stellen mit Orientierungshilfen wie Kartenausschnitten, Hinweise auf radfahrerfreundliche Gastronomen und Hotellers. Zudem wird das Radangebot der Region künftig mit vereinten Kräften gemeinsam vermarktet, um eine höhere Aufmerksamkeit zu erzielen. Hierfür entstanden neue Radwegekarten und Radwegeführer.

Ein Milliardenmarkt

„Ganzheitliche Qualität ist bei Radtouristen gefragter denn je“, unterstrich Silke Leimser vom Bayerischen Hotel- und Gaststättenverband. Gäste erwarteten ein stimmiges Angebot von den Radwegen über die Beschilderung bis zur Einkehrmöglichkeit und Unterkunft. Bisher tragen rund 40 Betriebe in den fünf Landkreisen das Bayerische Qualitätssiegel „Fahrradfreundlicher Hotel- und Gastronomiebetrieb“, in Franken insgesamt sind es rund 155. Ausbaufähig sei auch noch die Zahl der Mitgliedsbetriebe bei der ADFC-Initiative „Bett & Bike“. Zwar sind die meisten der bisher 800 Mitgliedsbetriebe in Franken zu finden, in den Landkreisen Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Schweinfurt und Kitzingen sei das Netz aber noch etwas weitmächtig, so Frank Hofmann vom Reiseveranstalter TUI. Das Engagement lohnt sich: Radler sind im Urlaub überdurchschnittlich spendabel und reisen auch gerne in der Nebensaison, betonte er. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Radreisen Qualitätstourismus bedeuten und ein Markt mit starken Wachstumspotenzialen sind. So werden in diesem Jahr rund 2,5 Mio. Bundesbürger eine Radreise unternehmen; die Hälfte davon bleibt im eigenen Land. Zusammen mit den rund 100 Mio. Radausflügen spreche man von einem Volumen von ca. 5 Mrd. EURO.

Am Ziel sehen sich die Landkreise allerdings noch lange nicht, betonten die Landräte bei der Veranstaltung unisono. Die Radregion soll weiter wachsen und so noch attraktiver werden. Angedacht ist beispielsweise eine Ausdehnung des radtouristischen Angebots nach Ober- und Unterfranken. Derzeit laufen bereits die Vorbereitungen zur Bewerbung für die neue Förderperiode LEADER in ELER von 2007 bis 2014. **□**

Friedrichshafen
18. - 19. Juni 2007

euregia
bodensee

Kongress für Standort- und Regionalmanagement mit Fachausstellung

Zukunftsfragen lösen - in der Denkregion Bodensee!

Fachkräftemangel: Rekrutierung und Qualifizierung
Zukunftsfähig?
Verwaltungsmodernisierung!
Touristisch: Marken-Proflierung im globalen Markt
Regionalflughäfen: Motor oder Fass ohne Boden?
Regionalvermarktung: Wirtschaftsfaktor
Veranstalter: Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben, Uni St. Gallen, Land Vorarlberg
www.euregia-bodensee.de

Kongressbüro:
neuland+ GmbH & Co KG
Tel. 0049(0)7525-91044
info@euregia-bodensee.de

Verkehrspolitik für die ostbayerische Region:

Schlüsselposition im Visier

Wirtschaftsminister Erwin Huber referierte vor dem Wirtschaftsbeirat der Union, Bezirk Regensburg

„Die Bayerische Staatsregierung ist der verlässliche Partner der Region. Wir werden die Menschen und die Unternehmen in Ostbayern auch im Bereich der Verkehrspolitik weiterhin bestmöglich unterstützen“, betonte Wirtschaftsminister Erwin Huber beim Wirtschaftsbeirat der Union, Bezirk Regensburg. Im Verkehrsbereich sei die Überwindung der europäischen Teilung besonders augenfällig. Überquerten vor dem Fall des Eisernen Vorhangs weniger als eine Million Kraftfahrzeuge diese Grenze, sind es heute fast 24 Millionen Fahrzeuge. Vor allem der grenzüberschreitende LKW-Verkehr nehme weiter stetig zu.

So stieg die Zahl der Lastwagen in Ost-West-Richtung von 2,2 Millionen im Jahr 2003 innerhalb der vergangenen drei Jahre auf über 3,5 Millionen Fahrzeuge. Diese Zahlen zeigen Huber zufolge den dringenden Handlungsbedarf. Um das auch weiterhin steigende Verkehrsaufkommen bewältigen zu können, werde neben der Straße vor allem auch eine stärkere Verkehrsverlagerung auf Schiene und Wasserstraße benötigt. Ein weiterer Ausbau dieser beiden Verkehrsträger sei daher besonders wichtig.

Fertigstellung der A 6

Was den Straßenbau in Ostbayern angeht, verwies Huber u. a. darauf, dass mit der Fertigstellung der A 6 zwischen der A 93 und Waidhaus sowie auf tschechischer Seite der Umgehung Pilsen im Oktober 2006 sich eine deutliche Verlagerung des Schwerverkehrs hin zum Grenzübergang Waidhaus ergeben habe. Über Waidhaus rolle heute mehr als die Hälfte der bayerischen Lkw-Verkehre nach Osten. „Die durchgehende Fertigstellung der A 6 bis zum Herbst 2008 hat deshalb für die Bayerische Staatsregierung höchste Priorität.“

Ausbau der B 85

Gerade für die Anbindung des Landkreises Cham und des Grenzübergangs Furth im Wald an das Autobahnnetz komme dem Ausbau der B 85 eine Schlüsselstellung zu, fuhr Huber fort. Ein erster zweibahniger Abschnitt zwischen Cham und Roding soll noch heuer dem Verkehr übergeben werden. In Richtung Süden stelle wiederum die B 20 die Lebensader dar. Sie werde durch punktuelle Maßnahmen wie den Ausbau von Knotenpunkten und den Anbau von dritten Fahrstreifen Schritt für Schritt aufgewertet.

Auch mit der baureifen Ortsumgehung Furth i. Wald könne noch heuer begonnen werden, wenn das Bundesverkehrsmini-

sterium grünes Licht gibt. Die B 15 neu zwischen Regensburg und Rosenheim stelle einen der wesentlichen Bausteine für die Fernverkehrsbindung Ostbayerns dar. Im Abschnitt Saalhaupt-Neufahrn werde seit dem vorigen Jahr endlich gebaut. Eine stärkere Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene sei unabdingbar, um die zukünftigen Verkehrszuwächse zu bewältigen, hob der Minister hervor. Dies erfordere auch den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur. Dabei komme den europäischen Verbindungen gerade für die Standortattraktivität Ostbayerns eine besondere Bedeutung zu.

Unzureichende Dotierung

Leider sei die Dotierung des Bundesverkehrswegeplans nach wie vor unzureichend. So seien nicht einmal die Projekte des Vordringlichen Bedarfs finanziert, geschweige denn darüber hinausgehende neue Projekte.

Huber nannte in diesem Zusammenhang die Vorhaben Donau-Moldau-Bahn und die Anbindung an den Flughafen München.

Schienenkorridor

Der Schienenkorridor München - Regensburg - Schwandorf - Furth i. Wald - Prag, die so genannte Donau-Moldau-Bahn, habe bislang keinen Niederschlag im Bundesverkehrswegeplan gefunden. Eine entsprechend bayerische Anmeldung wurde im Rahmen der letzten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans im Jahr 2003 vom Bund abgelehnt. Aus Sicht des Bundes komme eine Realisierung vor 2015 nicht in Betracht. Dennoch ist Huber der Auffassung, „dass der Ausbau dieses grenzüberschreitenden Korridors nach Tschechien weiter vorangebracht werden muss“.

Für die weitere Entwicklung

Ostbayerns sei die Schienenanbindung an den internationalen Verkehrsflughafen München immens wichtig. Die Staatsregierung setze sich für eine deutliche Verbesserung ein. Ein erster Schritt dazu werde das Projekt Erdinger Ringschluss einschließlich Neufahrner Gegenkurve sein. Damit werde es eine direkte S-Bahnverbindung von Freising zum Flughafen geben. Langfristig bleibe auch eine Verbindungsspanne von der Schienenstrecke München - Landshut zum Flughafen östlich Freising in Höhe der Gemeinde Marzling auf der Agenda.

Binnenschifffahrt

Als Schlüssel für die Bewältigung der zusätzlichen Verkehrsströme von und nach Osteuropa bezeichnete Erwin Huber die Binnenschifffahrt. Diese verfüge über genügend Kapazitätsreserven, um Engpässe anderer Ver-

kehrsträger zu bewältigen. Seit vielen Jahren unternehme die Bayerische Staatsregierung deshalb große Anstrengungen zur Beseitigung des letzten Engpasses der europäischen Rhein-Main-Donau-Wasserstraße in Bayern zwischen Straubing und Vilshofen.

Neuer Schwerpunkt

Hubers Fazit: „In Ostbayern stehen wir durch die EU-Osterweiterung vor großen wirtschafts- und verkehrspolitischen Herausforderungen. Wir werden die Region weiterhin fördern, um sie wirtschaftlich zu stärken und wettbewerbsfähig zu halten. Dabei setzen wir mit der „Allianz Bayern Innovativ“ einen neuen Schwerpunkt. Jetzt müssen die Weichen für die erfolgreiche Zukunft Ostbayerns gestellt werden. Lassen Sie uns dafür gemeinsam arbeiten!“ **DK**

/ absicherung kann ganz schön einengen /
INTELLIGENTE WERTSICHERUNGS-KONZEPTE NICHT. SIE LASSEN IHR ANLAGE-
PORTFOLIO FRISCHE BÖRSENLUFT SCHNUPPERN – UND ERFÜLLEN HAUS-
HALTSRECHT! 100% SIND ENDE JEDEN JAHRES IMMER 100%. MINDESTENS!
/ ideen nach vorn /

COMMERZBANK 

! Holen Sie sich jetzt Ihr individuelles Angebot! !

EU genehmigt Regionalflughäfen

Brüssel (pm). Die Europäische Kommission hat keine Einwände gegen den Ausbau der beiden Regionalflughäfen Augsburg und Memmingerberg. Diese Entscheidung fiel bei der wöchentlichen Tagung der EU-Kommissare in Brüssel. Damit steht dem geplanten Zuschuss durch den Freistaat Bayern von 4,4 Millionen Euro für Augsburg und 7,3 Millionen Euro für Memmingerberg nichts im Weg.

Der Bezirksvorsitzende der CSU Schwaben, der Europaabgeordnete Markus Ferber, hatte sich bei der EU-Kommission für eine Genehmigung der Zuschüsse eingesetzt. Ferber: „Die Entscheidung entfernt einen weiteren Stolperstein auf dem Weg zum Ausbau der beiden Regionalflughäfen. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Region.“

Wirtschaftsminister Erwin Huber:

Bayern setzt auf Telematik

Überlegungen im Vorfeld der 11. Internationalen Fachmesse für Logistik, Telematik und Verkehr in München

Die 11. internationale Fachmesse für Logistik, Telematik und Verkehr präsentiert vom 12. bis 15. Juni 2007 in München das ganze Spektrum der Transport- und Logistikbranche: Telematik, innerbetrieblichen Transport und Materialfluss, Logistik und Güterverkehr. Im Vorfeld der Messe äußerte sich Wirtschaftsminister Erwin Huber zu den aktuellen Verkehrsplanungen und zukünftigen Vorhaben seines Ministeriums. Das Interview führte Anja Behringer.

Seit der EU-Osterweiterung wird Bayern verstärkt zum Transit-Land. Wie kann vor allem der Straßenverkehr mit geringstmöglichen Beeinträchtigungen für Bevölkerung und Umwelt gelenkt werden?

Huber: „Im Straßenverkehr sind auch künftig Zuwächse zu erwarten. Die Straßeninfrastruktur muss daher bedarfsgerecht weiterentwickelt werden, um die Belastung für Bevölkerung und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Dafür ist eine Reihe von Maßnahmen erforderlich. Wir müssen zum Beispiel die Verkehrsströme weiter bündeln und einen zügigen Verkehrsfluss gewährleisten. Hier ist vor allem die Beseitigung neuralgischer Engstellen erforderlich. Allein durch einen Ausbau der Infrastruktur lässt sich die Problematik der Verkehrszuwächse jedoch nicht in den Griff bekommen. Bayern setzt deshalb parallel dazu auf den weiteren Ausbau der Telematik. Zudem streben wir an, so viel Verkehr wie möglich auf die weniger ausgelastete Schiene und Wasserstraße zu verlagern.“

Wasser und Schiene

Welche Möglichkeiten ergreifen Sie um die Transportwege Wasser und Schiene zu stärken?

Huber: „Eine leistungsfähige Infrastruktur bei Schiene und Wasser ist nötig, um Verkehrsströme verlagern zu können. Wir setzen uns deshalb gezielt für einen weiteren Ausbau dieser beiden Verkehrsträger ein. Im Bereich Schieneninfrastruktur drängen wir beim zuständigen Bund auf den weiteren Ausbau insbesondere der europäischen Hauptverkehrsachsen. Für Verbesserungen bei der Binnenschifffahrt ist die Beseitigung des Donau - Engpasses zwischen Straubing und Vilshofen das vordringlichste Vorhaben. Zudem muss ein guter Zugang zu den Verkehrsträgern Wasser und Schiene sowie ein problemloser Wechsel zwischen den einzelnen Verkehrsträgern gewährleistet sein. Die Zukunft gehört dem intermodalen Verkehr. Die Bayerische Staatsregierung fördert deshalb ein weit

reichendes Netz von Güterverkehrszentren, Containerterminals und Binnenhäfen.

Nadelöhr Brenner

Ein Nadelöhr des transalpinen Verkehrs ist der Brenner. Wie wollen die Anrainerstaaten dem zukünftig auf Straße und Schiene begegnen, welche Kooperationen gibt es dafür?

Huber: „Auf der Schiene haben die neu hinzugekommene private Konkurrenz und eine verbesserte Zusammenarbeit der Bahngesellschaften im Rahmen des „Aktionsplans Brenner 2005“ die Pünktlichkeit und Qualität in den letzten Jahren bereits deutlich verbessert. Die dauerhafte Lösung des Problems schaffen wir aber nur mit dem Bau des Brennerbasistunnels. Er ist mittlerweile auf gutem Weg. Die Planungen und vorbereitenden Arbeiten kommen gut voran. Beim nördlichen Zulauf zum Brennerbasistunnel müssen wir allerdings noch etwas zulegen. Ich habe deshalb im letzten Jahr mehrfach beim Bund die rasche Einleitung der aus bayerischer Sicht notwendigen ersten Planungsschritte eingefordert. Bayern hat sich mit den Regierungen und Handelskammern Verona, Trient, Südtirol und Tirol zur Aktionsgemeinschaft Brennerbahn zusammengeschlossen. Sie versucht seit vielen Jahren, die Verwirklichung des Brennerbasistunnels voranzubringen. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Eine enge Zusammenarbeit auf der Straße gibt es dagegen leider nicht.“

Cluster Logistik

2006 wurde das Cluster Logistik in Bayern von Ihnen installiert. Lassen sich für dieses Kompetenznetzwerk bereits messbare wirtschaftliche Erfolge vermelden? Konnten schon bayerische Positionen der Exzellenz und Alleinstellung im nationalen und internationalen Vergleich aufgebaut werden?

Huber: „Bayern ist mit rund 600.000 Beschäftigten bereits heute ein führender Logistikstandort in Deutschland. Wir verfügen bei der Logistik-

Kompetenz über hervorragende Standortvoraussetzungen. Unser Ziel ist es, diese Standortqualitäten durch eine noch stärkere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft weiter auszubauen und damit vor allem die Innovationsdynamik der Branche zu steigern. Das Logistikcluster hat letzten Herbst die Arbeit aufgenommen. Im Mittelpunkt sollen zunächst u.a. folgende Themenfelder stehen: Automobil-, Bau- und Health Care Logistik, Logistik für öffentliche Einrichtungen, RFID sowie Verkehrs- und Transportlogistik. In regelmäßigen Arbeitskreisen soll ein Erfahrungsaustausch-Transfer von Informationen über aktuelle Entwicklungen und Trends in der Logistik stattfinden. Mittelfristig können aus diesen Aktivitäten Verbundprojekte initiiert werden.“



Verpackung ist mehr als nur ein Werbeträger.

Verpackungen mit Grünem Punkt:

Hohe Recyclingqualität senkt Preise

Automatische Sortierung und Kunststoffartentrennung zahlen sich aus / Kunden und Verbraucher profitieren

Anders als die Lebenshaltungskosten sinken die Lizenzentgelte, die Industrie und Handel für das Verpackungsrecycling bezahlen, immer weiter. Gegenüber vor zehn Jahren bezahlt der Kunde der Duales System Deutschland GmbH (DSD) dafür heute im Durchschnitt 35 Prozent weniger. Was das konkret heißt, machen einzelne Beispiele deutlich: Eine Kunststofftragetasche kostet aktuell sogar 63 Prozent weniger als 1997.

Lag damals der Recyclingpreis für den Beutel bei 3,33 Cent, beträgt er 2007 nur noch 1,23 Cent. Beachtlich ist auch die Preisentwicklung bei einem Joghurtbecher mit Aludeckel. Kostete er den Lizenznehmer des Grünen Punkts 1997 noch 1,39 Cent, so bezahlt er dafür heute nur noch 0,9 Cent, also 35,5 Prozent weniger. Und der Recyclingpreis für einen Buntstiftkarton schlägt jeden Vergleich: Mit 0,16 Cent liegt er 2007 um 74,5 Prozent unter dem Preis von 1997, da waren es noch 0,61 Cent.

Wie ist diese Preisoptimierung möglich? „Günstig auf die Entgelte für den Grünen Punkt wirkt sich zum einen der technische Fortschritt aus. Die Einführung der automatischen Sortierung mit hohen Wertstoffausbeuten und größtmöglicher Sortenreinheit sowie eine hochwertige Verwertung zu wettbewerbsfähigen Sekundärrohstoffen stehen dabei ganz vorn. Zum anderen hat auch der Wettbewerb um die Entsorgungsleistungen bei der Ausschreibung von Sammlung und Sortierung die Kosten reduziert“, erklärt DSD-Chef Stefan Schreiter. Klar im Vorteil ist das Recycling außerdem gegenüber den steigenden Energiekosten, z. B. für die Erzeugung von Neukunststoff. Nach allen Höhen und Tiefen, die DSD bei dem Aufbau des Verpackungsrecy-

Messe als Plattform

In welcher Form nutzen Sie die Messe transport logistic 2007, um die aktuellen Planungen und zukünftigen Vorhaben Ihres Ministeriums vorzustellen?

Huber: „Wir nutzen die Messe in vielfältiger Weise. Gemeinsam mit dem Logistikcluster und der DVWG Südbayern sind wir mit einem Forum im Rahmenprogramm der Messe vertreten. Ich werde diese Plattform nutzen, um die Allianz Bayern Innovativ und insbesondere das Cluster Logistik vorzustellen. Das Cluster Logistik wird sich zudem auf dem Messestand der Bayern Innovativ GmbH der interessierten Öffentlichkeit präsentieren. Unsere Stabsstelle für Ansiedlung und Standortmarketing Invest in Bavaria ist auf der transport logistic 2007 gemeinsam mit bayerischen Logistikregionen mit einem eigenen Messestand vertreten. Dort besteht die Möglichkeit, sich über aktuelle Planungen und zukünftige Vorhaben bayerischer Verkehrspolitik zu informieren.“



Diskutierten in Augsburg die Zukunft des ÖPNV (von links): Mark Hogenmüller, (Reutlinger Stadtverkehrsgesellschaft), Thorsten Schwäger (IHK Reutlingen), Schwabens Europaabgeordneter Markus Ferber, Frank Wiest (Hechinger Verkehrsbetriebsgesellschaft), Mathilde Hörmann, Philipp Hörmann und Xaver Hörmann (Hörmann-Reisen).

MdEP Markus Ferber:

Grundrecht auf Mobilität

„Mobilität ist ein Grundrecht.“ Schwabens Europaabgeordneter und Mitglied des EU-Verkehrsausschusses Markus Ferber vertritt eine klare Meinung zu Fragen des Öffentlichen Personennahverkehrs in den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg. Bei einem Treffen mit der Geschäftsführung von Hörmann-Reisen und Vertretern des privaten Bussektors aus Baden-Württemberg informierte sich Ferber über die derzeitige Situation und die Zukunftsperspektiven des ÖPNV in Süddeutschland.

Hintergrund ist die anstehende Novellierung der ÖPNV-Richtlinie in Europa, und damit auch in Schwaben. Die EU-Kommission fordert aus Wettbewerbsgründen eine künftige Vergabe des ÖPNV über Ausschreibungen, wobei stets der kostengünstigste Anbieter den Zuschlag erhalten soll. „In Bayern und Baden-Württemberg erfolgt die Vergabe jedoch vorrangig über Konzessionen, die bestimmten Standards für die ÖPNV-Nutzer wie auch für die Angestellten der Busunternehmen unterliegen“, berichtet Ferber.

Fuhrparkmodernisierung

So hat beispielsweise Hörmann-Reisen in der jüngsten Vergangenheit 3,2 Millionen Euro in seine Fuhrparkmodernisierung investiert: 14 barrierefreie Niederflerbusse sind heute im Überlandverkehr im Einsatz und bedienen im AVV-Auftrag 140 Haltestellen in 48 Städten und Ortschaften im Raum Augsburg und im Landkreis Aichach-Friedberg. Für dieses Engagement wurde Hörmann-Reisen im letzten Jahr vom Landkreis Aichach-Friedberg ausgezeichnet. Außerdem werden die Fahrer nach Tarifvertrag bezahlt und nehmen regelmäßig an ADAC-Trainingsmaßnahmen zur Fahrersicherheit teil.

ÖPNV-Leistungen erhalten

Zunehmend, so Ferber, sei jedoch seit der anstehenden ÖPNV-Novellierung zu beobachten, dass sich kommunale Verkehrsbetriebe aus ihren Heimatmärkten herausbewegen auf Ausschreibungen oder bisherige Konzessionen in den angestammten Tätigkeitsfeldern des privaten Busgewerbes. „Diese out-of-area-Einsätze“, so Ferber, „können nicht im Interesse der Steuerzahler sein“. Negativbeispiel ist in diesem Zusammenhang Hessen, das als einziges deutsches Bundesland den Weg der öffentlichen ÖPNV-Ausschreibung zum Mindestpreis bereits eingeschlagen hat.

Fahrgäste als Nutznießer

Ferber: „Seitdem wurden die ÖPNV-Leistungen dort kontinuierlich schlechter.“ Diese negativen Zukunftsaussichten will Ferber für das Augsburger Umland und für den Landkreis Aichach-Friedberg verhindern. Bei der zweiten Lesung der ÖPNV-Richtlinie unterstützte der Parlamentarier deswegen klar die berechtigten Forderungen des privaten Bussektors. „Denn die Fahrgäste sollen auch weiterhin vor allem Nutznießer des ÖPNV und seines guten Leistungsangebotes sein.“

Konzertierte Aktion Sauberes Bayern:

Gemeinsam gegen Vermüllung

Landauf, landab wird gemeinsam aufgeräumt - dieses Jahr erstmals unter der gemeinsamen Dachmarke „Aktion Sauberes Bayern“. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard bei der Auftaktveranstaltung in Aiterhofen.

Bernhard: „Die zahlreichen Müllsammel-Einzelaktionen finden jetzt in Zusammenarbeit von Umweltministerium und kommunalen Spitzenverbänden unter einem gemeinsamen Logo statt. Wir hoffen, dass so noch mehr Gemeinden, Städte, Landkreise und Vereine zum Mitmachen angespornt werden oder ihre guten Ideen an andere vermitteln.“

Umweltbewusstsein schaffen

Um die Effizienz aller Aktionen zu verbessern, hat das Ministerium eigens eine Internetplattform <http://www.sauberes.bayern.de> eingerichtet. Hier kann jeder Informationen über bevorstehende Aufräumvorhaben einstellen und zur Teilnahme animieren. Außerdem werden gezielt saisonale Säuberungsschwerpunkte gesetzt. „Aufzuräumen gibt es das ganze Jahr über etwas - beispielsweise Bachreinigen im Frühjahr, Badeseen säubern im Sommer und Wanderwege aufräumen im Herbst. Alle Bevölkerungsgruppen - von Kindern bis zu Senioren - sollen ins Boot geholt werden. Ziel ist, Umweltbewusstsein zu schaffen, um gedankenlose Müllbeseitigung von vorneherein zu vermeiden“, so der Staatssekretär. In diesem Zusammenhang dankte Bernhard den kommunalen Spitzenverbänden für ihre Bereitschaft, gemeinsam mit dem Umweltministerium die Schirmherrschaft für diese bayernweite Initiative zu übernehmen.



Neuer Reisemobil-Stellplatz in Treuchtlingen

Im Beisein zahlreicher Gäste und Vertreter des öffentlichen Lebens eröffnete Treuchtlingens Bürgermeister Wolfgang Herrmann (3. v. r.) einen neuen Reisemobil-Stellplatz. Der Rathauschef gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass am Ende Handel, Gastronomie, Dienstleistungsbereich, Tourismus und nicht zuletzt die Altmühltherme von dieser neuen Einrichtung profitieren. Die Kosten für den Stellplatz (inklusive Sanitärhäuschen, Begrünung usw.) beliefen sich laut Herrmann auf rund 700.000 Euro.

DSD-Umweltleistungsbilanz 2006:

Schere zwischen verwerteter und lizenzierter Menge wird größer

Finanzierungsbeiträge für haushaltsnahe Sammlung rückläufig
Verwertungsleistung bei Kunststoff trotzdem massiv gesteigert

Die Zahl der Trittbrettfahrer und Selbstentsorger beim Verpackungsrecycling steigt weiter an, die Rahmenbedingungen für die haushaltsnahe Wertstoffsammlung haben sich im Jahr 2006 weiter verschlechtert. Das bestätigt die jetzt vorgestellte Mengstrombilanz der Dualen System Deutschland GmbH (DSD) für das Jahr 2006.

Während die beauftragten Entsorger bei privaten Haushalten und vergleichbaren Anfallstellen mit 5,24 Millionen Tonnen sogar etwas mehr Verkaufsverpackungen gesammelt haben als im Vorjahr, ging die bei DSD lizenzierte Menge mit 3,57 Millionen Tonnen binnen eines einzigen Jahres um rund 500.000 Tonnen oder 12,2 Prozent zurück.

Gravierende Schiefelage

„Dass wir im gleichen Zeitraum bei der Gesamtverwertungsquote zehn Prozentpunkte auf nunmehr 105 Prozent zugelegt haben, besagt außerdem, dass neuerdings die absolute Menge der verwerteten Verpackungen die der bezahlten Verpackungen übersteigt. Das Verhältnis zwischen Entsorgungsleistung und Einnahmen

befindet sich inzwischen in einer gravierenden Schiefelage“, erläuterte Stefan Schreiter, Vorsitzender der DSD-Geschäftsführung. Die Zahl der Trittbrettfahrer und Selbstentsorger, die für die Sammel-, Sortier- und Verwertungskosten ihrer Verpackungen im Rahmen der haushaltsnahen Entsorgung nicht aufkommen, wächst also weiter. Und damit verschlechtert sich die Finanzierungssituation der haushaltsnahen Sammlung insgesamt.

System könnte bald an seine Grenzen stoßen

Schreiter äußerte die Befürchtung, dass bei einer Fortschreibung des Trends das gesamte System bald an seine Grenzen stoßen könnte: „Es droht das Ende des Wettbewerbs der dualen Systeme, kurz nachdem die-

ser erst im vergangenen Jahr richtig begonnen hat. Die Schlupflöcher müssen jetzt zügig geschlossen werden. Die Politik hat es in der Hand, für klare Verhältnisse zu sorgen. Es ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die bewiesene Leistungsstärke der haushaltsnahen Wertstoffsammlung aufrecht zu erhalten und den Trittbrettfahrern die rote Karte zu zeigen. Deutschland braucht die Novelle, und zwar jetzt“, so das Fazit von Schreiter.

Rolle als Marktführer

Trotz aller Schwierigkeiten mit missbräuchlichen Entwicklungen im Markt wird DSD seiner Rolle als Marktführer gerecht und hat die anspruchsvolle Kunststoffverwertung noch deutlich ausgebaut. 598.000 Tonnen Verkaufsverpackungen aus Kunststoff konnten im Jahr 2006 verwertet werden, das entspricht einer Verwertungsquote von 103 Prozent. Zum Vergleich waren es im Jahr davor lediglich 472.000 Tonnen bzw. 75 Prozent. 62 Prozent der lizenzierten Kunststoffverpackungen wurden werkstofflich verwertet, d. h. zu neuen Produkten verarbeitet. Ermöglicht wurde dies dadurch, dass DSD im bundesweiten Systemwettbewerb nicht mehr,

wie davor, einer Begrenzung auf die bloße Einhaltung der gesetzlichen Verwertungsquoten unterworfen ist. Das hat sich außerdem positiv auf den Rückgang der Sortierreste ausgewirkt. Und mit dem Inkrafttreten der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) am 1. Juni 2005 haben sich die Zeiten ohnehin geändert, in denen Beseitigen billiger als Verwerten war. Heute ist es weitaus preiswerter, mehr Wertstoffe sorgfältig auszusortieren, um sie anschließend qualitativ hochwertig zu verwerten, als Abfälle zu beseitigen.

Hohe Umweltentlastung durch Verpackungsrecycling

Durch das Recycling von Verkaufsverpackungen hat DSD im Jahr 2006 etwa 76,5 Milliarden Megajoule an Primärenergie eingespart sowie die Emission von 1,7 Millionen Tonnen an CO₂-Äquivalenten vermieden. Die Primärenergie würde ausreichen, um den Primärenergieverbrauch von fast 1,1 Millionen Durchschnittshaushalten in Deutschland fürs Heizen, Waschen, Kochen, Fernsehen usw. zu decken.

Die Menge an Treibhausgasen, deren Ausstoß durch die Abfalltrennung vermieden wurde, entspricht derjenigen, die der Hin- und Rückflug von fast 3,6 Millionen Passagieren von Köln/Bonn nach Teneriffa erzeugen würde. „Das macht deutlich, dass eine sorgfältige Abfalltrennung zu Hause spürbar zum Klimaschutz beiträgt“, betonte Schreiter. „Auch diese Effekte sind ohne eine schnelle Novelle der Verpackungsverordnung gefährdet.“

Getrennte haushaltsnahe Sammlung ein Erfolgsmodell

Zu der von der DSD GmbH in Auftrag gegebenen Untersuchung des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement (INFA), Ahlen, erklärt der Präsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Burkhard Landers: „Getrennte haushaltsnahe Sammlung ist ein Erfolgsmodell. Das Ergebnis dieser aktuellen Untersuchung zeigt einmal mehr, dass die getrennte Sammlung von Verpackungsabfall ein Erfolg ist.“

Eine überwältigend große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger beteiligt sich Landers zufolge an der getrennten Sammlung. Und das aus gutem Grund: „Wer wertvolle Sekundärrohstoffe in guter Qualität gewinnen will, kommt an der getrennten haushaltsnahen Sammlung von Verpackungen nicht vorbei. Die

Beteiligten sollten dieses erfolgreiche Modell stärken und nicht durch kleinliche Streitereien zerreden. Die privaten Recycling- und Entsorgungsunternehmen erledigen die Sammelaufträge der Dualen Systeme seit vielen Jahren in hervorragender und konstanter Qualität. Die Unternehmen unserer Branche liefern täglich beste Arbeit ab und das ständige Gerede von den angeblich vermüllten Städten wird durch Wiederholung nicht wahr.“

Übergangsprobleme, die entstehen können, wenn ein Vertrag von dem einen Unternehmen auf ein anderes Unternehmen übergeht, seien nicht immer zu vermeiden. Wer diese Einzelfälle generalisiert, schade der Sache und stärke nicht unbedingt die eigene Glaubwürdigkeit.



Gelbe Säcke warten auf Abholung.

Haushaltsnahe Wertstofffassung:

Bundesweit in Gefahr

BDE nimmt Stellung zur Bilanz des DSD

Wenn die geplante Novelle der Verpackungsverordnung nicht rasch verwirklicht wird, ist die haushaltsnahe Wertstofffassung in Deutschland nicht mehr lange zu halten. Mit dieser Warnung antwortet der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) auf die gestern vom Dualen System Deutschland (DSD) vorgestellte Umweltbilanz 2006. Das DSD hat festgestellt, dass sich die Schere zwischen verwerteter und lizenzierter Menge weiter öffnet und die Finanzierungsbeiträge für die haushaltsnahe Sammlung zurückgehen.

Wenn die haushaltsnahe Wertstofffassung beibehalten werden soll, müssen sich nach Überzeugung des Verbands alle an der Finanzierung des Systems beteiligen. Nach den aktuellen Zahlen ging die beim DSD lizenzierte Menge 2006 mit 3,57 Millionen Tonnen binnen eines einzigen Jahres um rund 500.000 Tonnen oder 12,2 Prozent zurück, während die beauftragten Entsorger bei privaten Haushalten mit 5,24 Millionen Tonnen sogar etwas mehr Verkaufsverpackungen sammelten als im Vorjahr. Nur ein Teil der Differenz wurde bei alternativen dualen Systemen lizenziert.

„Trittbrettfahrer“

Inzwischen landen in den gelben Tonnen und Säcken sowie in den Altglascontainern zu rund einem Drittel Verpackungen, für die es keinen Finanzier gibt. Im Wesentlichen handelt es sich hier um die „Trittbrettfahrer“, die ihre Verpackungen gar nicht mehr lizenzieren, etwa indem sie sie beim einen dualen System ab-, beim anderen aber nicht mehr anmelden. Ihre Entsorgung zahlen die Ehrlichen, die immer weniger werden. Aber auch viele so genannte Selbstentsorger sind in Wahrheit keine, weil die Verpackungen, die sie entsorgen müssten, nicht in ihren Läden zurückgegeben werden, sondern in der Wertstoffsammlung landen. Ein Beispiel dafür sind zahlreiche Drogeriemärkte.

„Um diesen Missbrauch einzudämmen, muss dringend die Verpackungsverordnung novelliert werden“, sagte BDE-Präsi-

dent Peter Hoffmeyer. Er forderte das Bundesumweltministerium zum sofortigen Handeln auf. Der vorliegende Entwurf des Ministeriums müsse so rasch als möglich von der Bundesregierung verabschiedet und dann in den Bundesrat eingebracht werden. Nach dem Entwurf sollen die Geschäftsfelder der dualen Systeme und der Selbstentsorger klar voneinander getrennt werden. Verpackungen, die in privaten Haushalten anfallen, sind danach komplett den dualen Systemen zuzuschreiben. Nur bei den gewerblichen Anfallstellen soll in Zukunft Selbstentsorgung stattfinden.

Für bessere Transparenz

Der BDE-Präsident hob hervor, dass die privaten Entsorger es gewesen seien, die das Verpackungsrecycling in Deutschland etabliert hätten. „Die privaten Entsorger tragen die Kreislaufwirtschaft, sie sorgen für weltweit höchste Recyclingquoten, sie haben in den letzten Jahren erheblich investiert und das führende Recyclingsystem der Welt aufgebaut. Das darf jetzt nicht gefährdet werden.“ An die dualen Systeme richtete der BDE-Präsident die Forderung nach einer deutlich besseren Transparenz für die Sammler und Sortierer über die lizenzierten Mengen. „Wir erleben von Seiten des DSD einen knallharten Ausschreibungswettbewerb, ohne dass die Entsorger einschätzen können, wie viel Geld für die Sammlung und Sortierung tatsächlich zur Verfügung steht.“

10. bvse-Alt Kunststofftag in Bad Neuenahr

Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. veranstaltet in diesem Jahr seinen Internationalen Alt Kunststofftag in Bad Neuenahr. Das zentrale Branchentreffen findet am 19./20. Juni 2007 im Steigenberger Hotel mit einem interessanten und anspruchsvollen Programm statt.

Zum einen wird in einem Workshop der Weg thematisiert, Kunststoffe aus der Sortierung von Verpackungen, Gewerbe, Bau- und Abbruch-Abfällen direkt an die Kunststoffaufbereiter und Kunststoffverwerter weiterzugeben. Zum anderen stellen die Maschinen- und Anlagenbauer ihre Neuerung für das Kunststoffrecycling im Innovations- und Technologieforum vor.

In der Hauptveranstaltung am 20. Juni 2007 werden die Themen „Recyclingkunststoffe als Ressource der Gegenwart und Zukunft“ sowie „Potenziale des Kunststoffrecyclings“ behandelt. Zum Abschluss der bvse-Tagung findet die Podiumsdiskussion zur „Zukunft der Dualen Systeme“ statt.

Aktuelle Informationen zur Veranstaltung unter www.alt-kunststofftag.bvse.de.

Die Tagungsgebühr beträgt für Mitglieder des bvse, der bvse-Entsorgungsgemeinschaft und für Behördenvertreter 289 Euro, ansonsten 489 Euro zzgl. 19% Mehrwertsteuer. Die Veranstaltung wird im Auftrag des bvse von der bvse-recyconsult GmbH durchgeführt. Für Fragen zur Anmeldung oder zur Organisation steht Frau Claudia Gräfen, Tel.: 0228/98849-13, E-Mail: graefen@bvse.de zur Verfügung.

Die inhaltliche Leitung der Veranstaltung obliegt Dr. Thomas Probst, Telefon: 0228/98849-20, E-Mail: probst@bvse.de



"Endlich hab ich absolute Redefreiheit in alle Netze.*"

Neu!

Mit der BASE Flatrate telefonieren
Sie für 90€ im Monat:*

- unbegrenzt
- kostenlos
- in alle Netze*

BASE

Die neue Redefreiheit

Suchen Sie sich die Flatrate aus, die zu Ihnen passt. www.BASE.de, 01802-776 000** und in allen E-Plus Shops.

*Dieses Angebot gilt nur bei Abschluss eines Mobilfunkvertrages mit der E-Plus Service GmbH & Co. KG im Tarif BASE 5 mit 24-monatiger Mindestvertragslaufzeit, einmaliger Anschlusspreis 25 €, monatlicher Paketpreis 90 € für innerdeutsche Gespräche in alle Netze (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). SMS in alle deutsche Mobilfunknetze kosten 0,19 € pro SMS (ohne Sondernummern und (Mehrwert-)Dienste). Dual- oder Tribandhandy erforderlich; Handy ggf. freischalten bzw. SIM-Lock-Sperre aufheben lassen; dafür fallen ggf. Kosten an. **0,06 €/Anruf aus dem Festnetz der T-Com.

Regionaltreffen Süd der DGAW e.V.:

Zukunftswege der Abfallentsorgung

Zwischenlager für Abfälle - politisch nicht erwünscht, aber praktisch ein Muss

In einer gemeinsamen Veranstaltung mit der DECHEMA (Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie) befasste sich die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft (DGAW e.V.) in Frankfurt mit den Zukunftswegen der Abfallentsorgung. In seinem Beitrag über die Zukunft der biologischen Abfallbehandlung bezeichnete Prof. Gerhard Rettenberger von der FH Trier die derzeit an Anlagen zur mechanisch-biologischen Abfallbehandlung aufgetretenen Probleme als vorübergehend und beherrschbar und für neue technologische Entwicklungen nicht außergewöhnlich. „Elchtest-Effekte“ seien bedauerlicher Weise nicht vermeidbar.

Auch die Kompostierung sei ein Selbstläufer und habe ihren Stellenwert bei der Humussicherung, fuhr Rettenberger fort. Eine Nutzung der Bioabfälle als Ersatzbrennstoffe sei nicht immer technisch sinnvoll und unter Umweltsichtspunkten nicht immer die günstigste Alternative.

Abfall und Nichtabfall

Dr. Martin Engler vom Regierungspräsidium Darmstadt diskutierte vor dem Hintergrund neuer europarechtlicher Entwicklungen die Frage, wie Abfälle zu bewerten sind. Die Abgrenzung zwischen Abfall, Nichtabfall oder Produkt sei im Fluss und biete in der Praxis häufig Anlass zu Diskussionen. Ebenso werde die neue fünfstufige Abfallhierarchie neues Denken erfordern.

Neues System

Gewöhnen müssen wird man sich nach der Novelle des Nachweisrechtes auch daran, dass es

zunehmend nur noch gefährliche und nicht gefährliche Abfälle gibt, so der Tenor. Dr. Manfred Wieduwil von der Infraserw GmbH und Co Höchst KG machte an seinem neu entwickelten System zur elektronischen Nachweisführung deutlich, dass mit solchen Methoden der bürokratische Aufwand zwar deutlich gesenkt und Fehlerquellen ausgeschaltet werden können, die Implementierung jedoch aufgrund der Komplexität der überwachten Abläufe durchaus über ein Jahr erfordern kann.

Erprobtes Verfahren

Der Essener Professor Dr. Bernd Neukirchen betonte erneut, dass es sich bei der Abfallverbrennung um ein erprobtes und auf hohem technischem Niveau befindliches Verfahren handelt, so dass auch hier von einer Abfallverbrennung zu sprechen sei. Die Verbrennung von Ersatzbrennstoffen infolge zu hoher schädlicher Anteile (vor allem

Chlor) im Abfall bringe schon jetzt erkennbar erhebliche Probleme mit sich. Ob die stoffliche Verwertung dagegen eine sichere Alternative sein kann, diskutierte Dr. Hans-Joachim Sander am Beispiel des Sustec Verwertungs-Zentrums Schwarze Pumpe in Spreetal. Nach entsprechender Entwicklungszeit sei dort ein Verfahren entstanden, das sicher in der Lage sei, u. a. Methanol herzustellen. Sander zufolge ist zu hoffen, dass solche hochwertigen Verfahren im Rahmen der Entsorgung und der Rohstoffversorgung auch tatsächlich genutzt werden.

Zwischenlagerkapazitäten

Last but not least untersuchte Thomas Obermeier (DGAW), wie sich die aktuelle Entsorgungslandschaft darstellt. Hierbei stand die Frage nach dem Er-

Landkreis Augsburg:

Vogele für verlässliche und nachhaltige Abfallpolitik

Müllgebühren können voraussichtlich um knapp 20 Prozent sinken

Voraussichtlich um knapp 20 Prozent werden zum 1. Januar 2008 die Müllgebühren im Landkreis Augsburg sinken. Darüber herrscht im Augsburger Kreistag weitgehend Einigkeit. Möglich wird die Gebührensensenkung durch die gute Auslastung der Augsburger Abfallverwertungsanlage (AVA) und die erfolgreiche Bewirtschaftung der Deponie Hegnenbach. Die guten Geschäfte der letzten beiden Jahre ermöglichen nunmehr die dritte Gebührensensenkung in Folge seit dem Jahr 2000.

Nach den Worten von Landrat Dr. Karl Vogele hätten die von ihm forcierten Beschlüsse zur Öffnung der AVA und der Deponie Hegnenbach für Fremdmüll dazu geführt, dass die AVA heute bestens ausgelastet sei und die Deponie seit zwei Jahren ebenfalls wieder Überschüsse erwirtschaftete, die nunmehr an die Bürger in Form von niedrigeren Müllgebühren weiter gereicht werden können. AVA-Geschäftsführer Dr. Walter Michale und der Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebs, Günther Prestele, haben mit ihren Mitarbeitern, so Vogele, und gemeinsam mit dem zuständigen Werkausschuss unter Vorsitz des Vizelandrats Fritz Hölzl sowie mit Begleitung von Verwaltungsdirektor Michael Püschel beste Arbeit geleistet.

Politik mit Weitsicht

Vogele verweist in einer Stellungnahme zu der abermächtig Gebührensensenkung auf die weitsichtige Abfallpolitik, die während seiner Amtszeit im drittgrößten Landkreis Bayerns betrieben worden sei. Als andernorts noch angesichts der Abfallberge auf Mülllexporte ins benachbarte Ausland gesetzt worden sei, habe der Landkreis Augsburg mit der Errichtung der Deponie Hegnenbach, der Einführung der inzwischen 53 Wertstoffsammelstellen und dem Bau der AVA gegen große Widerstände die Abfallentsorgung frühzeitig gesichert. „Entsorgungssicherheit zu bezahlbaren Abfallgebühren war stets unser oberstes Gebot“, so Vogele. Mit der Einführung des Gelben Sackes im Jahr 2004 sei die Erfolgsgeschichte der kommunalen Abfallwirtschaft weiter gegangen.

Vogele nimmt auch Gersthofens Bürgermeister und Kreisrat Siegfried Deffner gegen den Kreisvorsitzenden der

fordern von Zwischenlagerkapazitäten im Mittelpunkt seiner Erörterungen. Trotz Exporten vor allem in skandinavische und osteuropäische Länder können die Abfälle bzw. Sekundärbrennstoffe mit den existierenden Kapazitäten in Deutschland nicht vollständig verarbeitet werden, so dass Zwischenlagerkapazitäten erforderlich sind und auch existieren. Die tatsächlichen Kapazitäten seien öffentlich nicht bekannt, da sie auch teilweise stark zerstreut, bis hin zu einzelnen Containern auf Betriebsgeländen, seien. Verschiedene Szenarien zeigten, dass trotz eines Booms neuer Ersatzbrennstoff-Projekte die Zwischenlager wohl erst nach 2010 bis 2012 verschwunden sein werden.

Eine Illusion

In der Diskussion nannte es Rettenberger eine Illusion zu glauben, man könne auf Zwischenlagern verzichten. Bei den Schwankungen im anfallenden Abfall müssten ansonsten die Kapazitäten in der Spitze über 20 Prozent über dem Durchschnittswert liegen, was sich aber aus Kostengründen derzeit niemand wünsche. DK

Freien Wähler, Dr. Markus Brem, in Schutz. Dieser hatte Deffner „Doppelzüngigkeit“ im Zusammenhang mit der jetzt geplanten Gebührensensenkung vorgeworfen, weil Deffner die Senkung, die er heute befürwortete, noch 2005 abgelehnt habe. Vogele: „Die Müllgebühren werden immer für drei Jahre im Voraus kalkuliert. Da ist es besonders wichtig, auf verlässliche Zahlen und gesicherte Entwicklungen bauen zu können. Politisch motivierte Spekulationen sind da fehl am Platz.“ Brem kenne zwar die Erfolgsgeschichte, so der Landrat, nicht aber deren Ursprünge und schon gar nicht die Entwicklung des Ergebnisses. „Zuerst muss der Bär erlegt sein, bevor sein Fell verteilt wird. Auf jeden Fall wollen wir eine Berg- und Talfahrt der Müllgebühren vermeiden“, so Vogele.

Gebühren senken

Nach Vorlage aktueller Daten und Fakten sei es jetzt an der Zeit, die Gebühren nachhaltig, möglichst nicht nur für die nächsten drei Jahre, sondern über das Jahr 2010 hinaus, zu senken. Das habe rein gar nichts mit den Kommunalwahlen im kommenden Jahr zu tun. „Eine verlässliche Abfallpolitik schafft Vertrauen, das wir nicht aus wahltaktischen Gründen aufs Spiel setzen dürfen“, ist sich Vogele sicher. Deshalb sei es auch nicht vertretbar, die Müllgebühren aus Mitteln der sogenannten Klärschlamm-trocknungsrücklage künstlich kurzfristig weiter zu entlasten. Sonst sei eine Gebührenerhöhung bald schon wieder vorprogrammiert. Die Rücklage solle vielmehr zum Schutz der Gebührenkalkulation und zur Absicherung des Kreishaushaltes verwendet werden, wenn es zum Beispiel darum geht, Altlasten zu beseitigen. □

Die Bundesregierung ist jetzt gefordert!

bvse zu den Beschlüssen des Europäischen Parlaments zur Abfallrahmenrichtlinie

„Bundesregierung und EU-Kommission haben noch viel Arbeit vor sich, um aus dem Beschluss des Europäischen Parlaments zur Abfallrahmenrichtlinie tatsächlich eine gute Basis für die Weiterentwicklung der Recycling- und Entsorgungswirtschaft in Deutschland und Europa zu machen“, erklärte der Präsident des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V., Burkhard Landers.

Erwartungsgemäß sei die Mehrzahl der vom federführenden Umweltausschuss des Europäischen Parlaments vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Kommissionsentwurf zur Novelle der Abfallrahmenrichtlinie im Plenum des Europäischen Parlaments durchgewunken worden. Landers: „Diese Änderungen führen zu mehr Bürokratie, sind innovationsfeindlich, behindern die Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftsraums und sind ökologisch alles andere als fortschrittlich. Während EU-Kommissionsmitglied Günter Verheugen überflüssige Regelungen abzuschaffen, werden an anderer Stelle neue Bürokratien aufgebaut.“ Daher wird insbesondere die Deutsche Bundesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft eine tragfähige Lösung anzustreben.

Hierarchie entschlacken

Hierzu gehört, dass die grundsätzlich zu begrüßende fünfstufige Abfallhierarchie (Vermeidung - Wiederverwendung - Recycling - andere Verwertungsverfahren - Beseitigung) entschlackt wird von den Lebenszyklusbetrachtungen. „Wir brauchen eine klare Abfallhierarchie, das ist auch in Deutschland schon lange gute Übung, aber das bürokratische Monster der Lebenszyklusanalysen wird im Ergebnis das Recycling in Deutschland nicht erleichtern, sondern behindern. Insbesondere für mittelständische Entsorgungsunternehmen ist dieser Aufwand nicht zu leisten“, machte bvse-Präsident Burkhard Landers deutlich.

Nötige Korrekturen

Die EU-Parlamentarier halten an der zentralen neuen Vorschrift über das Ende der Abfalleigenschaft einige Korrekturen für notwendig. Es soll nach ihrer Auffassung unter Beteiligung des Parlamentes erlassene Rechtsakte geben, die für bestimmte Stoffe (z. B. Granulate, Glas, Textilien) nähere Anforderungen im Hinblick auf ein Entlassen aus dem Abfallrechtsregime festlegen. Der Ansatz, für bestimmte Stoffgruppen die strengen abfallrechtlichen Regelungen nicht über den gesamten Recyclingprozess gelten zu lassen, ist aus Sicht des bvse wegen der damit verbundenen positiven Marktneize zu begrüßen. Aber auch hier wird laut bvse der gute Ansatz erstickt, weil versäumt worden sei, Sekundärroh-

stoffe gleichzeitig aus dem Regelungsumfang der REACH-Verordnung zu entlassen. „Den Recyclingunternehmen dürfen über ein Entlassen aus dem Abfallrechtsregime nicht 'Steine statt Brot' gegeben werden. Denn die hiermit verbundenen Vorteile würden durch die neuen Anforderungen von REACH komplett zu nichte gemacht werden. Dies kann nicht die Absicht des Parlamentes sein.“, betonte Landers.

Transparentes Verfahren

Der bvse begrüßt in seiner Stellungnahme ausdrücklich, dass das Parlament sich die Mitentscheidung darüber vorbehalten will, welche Stoffe aus dem Abfallregime letztlich entlassen werden. Diese wesentlichen und für die Praxis höchst bedeutsamen Entscheidungen müssen in einem öffentlichen und transparenten Verfahren vorbereitet und beschlossen werden und nicht, wie ursprünglich geplant, „nichtöffentlich im Hinterzimmer“.

Als „schwer nachvollziehbar“ bezeichnete der bvse die Beschlüsse des Parlaments zur Altölaufbereitung. Im Gegensatz zur Kommission, die die Altölrichtlinie und mit ihr den Vorrang der Aufbereitung abschaffen wolle, sprachen sich die Abgeordneten auch hier für mehr Bürokratie und für einen unnötigen Eingriff in einen funktionierenden Markt aus.

Kein Regelungsbedarf

Nach Ansicht des bvse und im übrigen auch des Bundesumweltministeriums, gibt es hier ersichtlich keinen Regelungsbedarf. Der Beschluss des Europäischen Parlaments störe zudem das Gesamtsystem der Altölentsorgung. Landers: „Die Bundesregierung muss hier energisch Einfluss nehmen.“ Durch den funktionierenden Wettbewerb der verschiedenen Verwertungsverfahren werde die Sammlung großer Mengen an Altölen gewährleistet.

Mehrere nationale wie europäische Studien hätten zudem bewiesen, dass es aus ökologischer Sicht keinen Grund für eine Regelung gebe, die einseitig den Vorrang für die Aufbereitung von Altöl vorschreibe. Auch aus rechtlicher Sicht spricht der durch den EG-Vertrag garantierte freie Warenverkehr gegen die Anordnung des Vorrangs, da dieser die Verkehrsfreiheit ohne sachliche Rechtfertigung beeinträchtigen würde. □

Umweltstationen in Bayern

Das Netzwerk Augsburg für Naturschutz und Umweltbildung „NANU“ reiht sich ein in die Erfolgsgeschichte der bayerischen Umweltbildung. Dies betonte Umweltstaatssekretär Otmar Bernhard bei der Eröffnung der Umweltstation und Verleihung der Dachmarke „Umweltbildung.Bayern“ in Augsburg.

Bernhard: „Mit 'NANU' sind es 40 Einrichtungen, die seit dem Start des bayerischen Förderprogramms im Jahr 1995 als Umweltstation anerkannt wurden.“

Innovative Strukturen

Durch staatliche Förderung einerseits und viel Eigeninitiative sowie Mitverantwortung bei den Einrichtungen und Netzwerken andererseits ist es seither gelungen, leistungsfähige, effiziente und innovative Strukturen der

BioModellstadt Nürnberg

Auf klarem Erfolgskurs befindet sich die Arbeitsgemeinschaft BioModellstadt Nürnberg, die seit 2004 erfolgreich über gesunde Ernährung und Bio-Lebensmittel aufklärt und sich zum Ziel gesetzt hat, deren Anteil in städtischen Einrichtungen und bei Veranstaltungen bis 2008 auf zehn Prozent zu steigern.

Ohne eigenes Budget, dafür aber mit jeder Menge Engagement, Sponsorenmitteln, ehrenamtlicher Arbeit und etwas staatlichen Fördermitteln, führte die Arbeitsgemeinschaft im vergangenen Jahr viele Aktionen und Informationsveranstaltungen für Kinder und Erwachsene durch. „Im Dezember 2006 wurde Nürnberg sogar als erste deutsche Kommune Mitglied bei ‚Citta del BIO‘“, berichtet Umweltbürgermeister Dr. Klemens Gsell voller Stolz.

Vier Schwerpunkte

Unter Federführung des Umweltamts der Stadt Nürnberg arbeiten das Gesundheitsamt, das Marktamt, das Amt für Volksschulen und Förderschulen, das Umweltpädagogische Zentrum sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Verbänden, Vereinen und ehrenamtlich Engagierte an vier Schwerpunkten: Schulen und Kindertagesstätten, Großverbraucher, Märkte und Veranstaltungen sowie Verbraucherinformationen.

Für gesundes Pausenbrot

Besonders wichtig ist den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft BioModellstadt Nürnberg die junge Generation, die weg von Fast-Food wieder Geschmack an natürlichen und einfachen Lebensmitteln und einer frischen, gesunden Ernährung finden soll. So wirbt die Biobrotboxaktion seit 2005 jedes Jahr zum Schulanfang bei Erstklässlern für ein gesundes Pausenbrot. 2006 konnten 9.000 Erstklässler mit schmackhaft gefüllten Biobrotboxen mit Äpfeln,

Vollwerbrötchen, Studentenfutter und mehr versorgt werden.

In der „Sinnesschule“ lernten Kinder bis zur sechsten Klasse, wie frische Lebensmittel schmecken und wann welches Obst oder Gemüse wächst. Einzelne Schulen und Kindertagesstätten konnten sogar davon überzeugt werden, ihre Mittagsverpflegung auf Bio umzustellen. Unter dem Titel „Erlebnis Essen - Ökologisch“ führte das Umweltpädagogische Zentrum Veranstaltungen für Kinder, Eltern und Großeltern durch. Im WM-Jugendcamp wurden 200 junge Leute aus der ganzen Welt mit Bioessen verköstigt.

Mehr Bioprodukte

Aber auch Erwachsene sollen mehr Biolebensmittel zu sich nehmen, weshalb sich die AG seit etwa zwei Jahren um mehr Bioprodukte im Rathaus-Treff und beim Klinikum bemüht. Bis 2008 soll ein Zehn-Prozent-Anteil an Bioprodukten erreicht werden. Auch bei Veranstaltungen können die Besucher immer mehr Bioprodukte genießen, wie bei der Blauen Nacht, beim Bardentreffen, dem Christkindlesmarkt oder auf den Bayerischen Öko-Erlebnistagen und dem Bio-Erlebnistag. Auf der BioFach 2007 veranstaltete die BioModellstadt Nürnberg einen Workshop zum Austausch mit anderen Städten.

2007 plant die AG neben anderen Aktionen am 21. September erneut eine Biobrotboxaktion und am 5. Oktober einen Bio-Erlebnistag auf dem Hauptmarkt. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.biomodellstadt.de DK

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlungen Oberbayern und Schwaben:

Das Spiel mit der Zeit

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, hat es bei den Bezirksversammlungen Oberbayern und Schwaben seines Verbandes in Ingolstadt bzw. Dillingen begrüßt, dass Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Krippenplatz zur Verfügung stellen will. Zugleich wies er die Forderung des Bundes zurück, dass die „Entlastungen“ aus Hartz IV mit bei der Finanzierung der Krippen einzurechnen sind.

„Die versprochenen 2,5 Milliarden Euro sind Teil einer kommunalen Finanzreform und müssen den Kommunen, ohne dass sie durch den Bund verplant sind, gewährt werden“, stellte Schaidinger fest. Davon abgesehen seien von diesen Entlastungen in Bayern nur 118 Millionen Euro angekommen. Wende man die vom Bund vorgegebene Quote von 60 Prozent an (1,5 Mrd. Euro für Kinderkrippen von 2,5 Mrd. Entlastung), könnte Bayern nur mit 70 Millionen Euro für den Krippenausbau rechnen.

Krippenausbau

Dieser relativ geringen Entlastung stünden erhebliche Investitions- und Betriebskosten gegenüber: Derzeit gibt es in Bayern für knapp 10 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Um die von der Bundesfamilienministerin vorgeschlagenen 33 Prozent zu erreichen, wären zusätzlich ca. 80.000 neue Krippenplätze für Bayern erforderlich.

Erhebliche Kosten

Wie die Kosten dafür bezahlt werden sollen, ist Schaidinger zufolge noch völlig unklar. Geht man von Investitionskosten pro Krippenplatz von 37.000 Euro aus (Schätzung des Bundes), so betragen die Investitionskosten allein für die 80.000 zusätzlichen Krippenplätze in Bayern rund 3 Milliarden Euro. Die von der Bundesfamilienministerin genannten 3 Milliarden insgesamt reichen also gerade für den Krippenausbau in Bayern. Auch die jährlichen Betriebskosten sind nicht finanziert. Nach

Grundsteinlegung in Abensberg:

Hundertwasser-Turm wird Realität

Im niederbayerischen Abensberg entsteht nach langem Hin und Her jetzt doch ein Vermächtnis des im Jahr 2000 verstorbenen Künstlers und Architekten Friedensreich Hundertwasser. Vor kurzem wurde der Grundstein für einen 35 Meter hohen Hundertwasser-Turm gelegt. Die Pläne für den Bau hatte der österreichische Künstler noch selbst entworfen. Bauherr des Projekts ist die Abensberger Weißbierbrauerei Kuchlbauer.

Der Turm wird über 1700 Kubikmeter umbauten Raum verfügen. In 25 Metern Höhe gibt es eine Aussichtsplattform. Eine goldene Kugel mit zehn Meter Durchmesser markiert den höchsten Punkt des Turmes. Bis zu 80 Personen können dort an Veranstaltungen teilnehmen. Außerdem wird eine Sammlung mit rund 4200 Weißbiertgläsern ausgestellt. Das Millionen-Projekt soll mindestens 60.000 Besucher pro Jahr anlocken.

Erlebniswelt rund um Kunst, Kultur und Bier

„In einem Jahr möchten wir die Eröffnung feiern“, erklärte der Brauereibesitzer und Bauherr Leonhard Salleck. Der Hundertwasser-Turm soll im Mittelpunkt einer Erlebniswelt rund um Kunst, Kultur und Bier stehen. „Mit schönen Farben und Formen wollte Friedensreich Hundertwasser den Menschen Freude und Glück bereiten“, sagte Salleck, „und das passt sehr gut zur bayerischen

Schätzung des Bundes betragen die laufenden Kosten eines Ganztagskrippenplatzes pro Jahr rund 12.000 Euro. Das bedeutet, dass die zusätzlichen 80.000 neuen Krippenplätze in Bayern jährlich zusätzlich rund eine Milliarde Euro erfordern.

Kommunen nicht überfordern

Schaidinger appellierte an die Bundesregierung, endlich ein realistisches Finanzierungsmodell auf den Tisch zu legen, aus dem die Belastungen für Bund, Länder und Kommunen ersichtlich sind. Er warnte davor, die Städte und Gemeinden finanziell zu überfordern. Schließlich sei es „immer leicht, Wohltaten zu verkünden und andere den Löwenanteil zahlen zu lassen“.

Reform der Hauptschule

Das von Kultusminister Siegfried Schneider verfolgte Ziel, mit einer grundlegenden Reform der Hauptschule die Ausbildungs- und Berufschancen für die Schulabgänger zu erhöhen, wurde hingegen allgemein begrüßt. Massive Kritik übte der Städtetagschef allerdings an den vorgesehenen Finanzierungsplänen der Staatsregierung. Schaidinger: „Anstatt richtig Gas zu geben, spielt die Staatsregierung offensichtlich auf Zeit.“

Mangelhafte Umsetzung

Nach dem Beschluss des Ministerrats wird erst bis 2012/2013 ein bedarfsgerechtes und flächendeckendes Angebot gebundener Hauptschulen aufgebaut. Dieser fünfjährige Übergangszeitraum ist für den

Lebensart und Brautradition.“

Um das Projekt hatte es jahrelang heftige Streitigkeiten gegeben. Ursprünglich hatte Salleck deswegen vor zwei Jahren angekündigt, den Turm nicht mehr in Abensberg bauen zu wollen. Lange Zeit gab es Differenzen mit dem Abensberger Bürgermeister Uwe Brandl. Die Auseinandersetzungen zwischen beiden beschäftigten auch mehrfach die Gerichte. Mittlerweile unterstützt Brandl allerdings das Projekt. Seiner Ansicht nach ist es „eine touristische Attraktion von überregionaler Bedeutung“.

In der Vergangenheit hatte sich auch Bayerns Generalkonservator Egon Greipl gegen das Hundertwasser-Projekt am Rande der Abensberger Altstadt ausgesprochen. Die Denkmalschützer waren der Ansicht, dass der märchenhafte Turm nicht zu dem historischen Stadtbild passe. Um den Kritikern entgegenzukommen, hatte Salleck die Turmpläne mehrfach ändern lassen. DK

Bayerischen Städtetag angesichts des Reformdrucks zu lang und mit Blick auf die Zukunftsperspektiven der heutigen Hauptschülergeneration nicht zu rechtfertigen. Schaidinger: „Wer bessere Bildungsangebote will, muss konsequenterweise auch viel Geld in die Hand nehmen. Aber Bildungsinvestitionen zahlen sich mit Zins und Zinseszins aus, weil in einer globalisierten Welt gut ausgebildete Menschen der wichtigste ‘Rohstoff’ sind. Das Ziel des Kultusministers ist gut, die Umsetzung mangelhaft.“

Der Bund als Vorbild

Derzeit liegen rund 190 Anmeldungen für den Ausbau von Hauptschulen zu rhythmisierten Ganztagschulen vor. Mangels entsprechender Haushaltsmittel werden im nächsten Schuljahr jedoch nur 50 weitere Schulen zum Zuge kommen. Allein im Regierungsbezirk Oberbayern liegen bereits 60 Anträge für Ganztagschulen vor. Die Städte vermissen eine ausreichende finanzielle Beteiligung des Staates an den Investitionskosten für den Ausbau der Schulhäuser. Das Land sollte sich ihrer Meinung nach am Vorbild des Bundes orientieren und ein zusätzliches Investitionsprogramm „Ausbau der Ganztagschule“ auflegen. Allein für den Ausbau der Ganztagschulen in Bayern ha-

Europa der Regionen bietet gemeinsame Heimat

100. außerordentliche Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) im Würzburger Rathaus

„Where is the Ratssaal, please?“. Diese Frage konnte man vor kurzem häufig im Rathaus hören, wahlweise auch auf französisch, niederländisch oder italienisch. Die Frage gehörte meist den Teilnehmern der 100. außerordentlichen Präsidiumssitzung des Ausschusses der Regionen (AdR), die auf dem Weg zum Veranstaltungsort waren.

Vor einem vollbesetzten Plenum erläuterte Gastgeberin Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann die Rolle der Kommunen und Würzburgs im europäischen Kontext: „Wir wissen, wie wichtig die europäischen Regionen sind. Nur ein Europa der Regionen kann seinen Bürgerinnen und Bürgern eine gemeinsame Heimat und Identität bieten. Und wir wissen, wie wichtig der Ausschuss der Regionen für das Gelingen des Projekts Europa ist: als Stimme der Kommunen und Regionen im institutionellen Gefüge der europäischen Region und als Mittler zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.“

Weiterhin sei eine erfolgreiche Politik in und für Europa nur möglich, wenn die gemeinschaftliche, die nationale, die regionale und die kommunale

be der Bund rund 600 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel seien inzwischen allerdings für den Ausbau des achtstufigen Gymnasiums verbraucht.

Realistische Netzkosten

Mit allem Nachdruck bat der Vorsitzende schließlich Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung darum, die Eingriffe bei den Strompreisen so zu gestalten, dass die Stadtwerke überleben können. Die Städte erwarteten vom Bayerischen Wirtschaftsministerium, dass sie realistische Netzkosten in ihre Preisgestaltung einsetzen dürfen.

Anreizregulierung

Zusätzlich könnten die kommunalen Stadtwerke bedroht sein, wenn das derzeit auf Bundesebene diskutierte neue Verfahren für die Netzentgeltgenehmigungen, die sog. Anreizregulierung, in Kraft tritt: Dieses Verfahren nehme den Unternehmen die Möglichkeit, ihre konkreten Kosten anzusetzen zu können und verursache einen enormen unwirtschaftlichen Verwaltungsaufwand.

Schaidinger: „Wenn schon Anreizregulierung, dann müssen wenigstens für die mittleren und kleineren Energieversorgungsunternehmen vereinfachte Regulierungsanforderungen gelten. Sie muss praktikabel sein und Investitionen in die Netze belohnen. Wir setzen darauf, dass Wirtschaftsminister Huber uns hier gegenüber dem Bund unterstützt!“ DK



Bürgermeisterin Christine Strobl bei der Eröffnung der neuen Familieninformation im Rathaus.

München beschließt Leitlinie:

Familien im Fokus

Die Landeshauptstadt München hat die Leitlinie Kinder- und Familienpolitik verabschiedet. Im Rahmen der Perspektive München bündelt sie künftige Aufgaben kommunaler Kinder- und Familienpolitik und gibt Anstoß für viele Projekte. Dafür wird der Stadtrat für neue Projekte zur Kinderfreundlichkeit Münchens 1,2 Mio. Euro zur Verfügung stellen.

Die Angebote für Familien und Kinder sind so vielfältig wie in kaum einer anderen Großstadt: Stadt und freie Träger bieten Spielaktionen, Ferienmaßnahmen, Familienberatung und vieles mehr. Es gibt viele Broschüren und Infos, doch man muss die richtigen finden. Beim 1. Kinder- und Familienforum im Oktober 2006 wünschten viele eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund um Kinder und Familie.

Familienpass vermittelt Bildung

Ab 2008 soll es für sechs Euro einen Münchner Familienpass geben. Er ist eine Kombination aus Information, Bildungsangeboten und finanzieller Entlastung für Familien. Geplant sind zum Beispiel Familienworkshops für Kochen, Familienausflüge oder Rabatte beim Einzelhandel.

Informationsplattform für familienfreundliches Bauen

In der Öffentlichkeitsphase spielte Wohnen eine wichtige Rolle. Manche Familien mit kleinen Kindern ziehen aus der Stadt weg, um mehr Grün, mehr Platz, weniger Verkehr und geringere Lebenshaltungskosten zu haben. Das Sozialreferat und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung werden in den nächsten fünf Jahren in zwei bis vier Stadtgebieten untersuchen, wie Kinder- und Familienfreundlichkeit bereits bei Planungen umgesetzt werden kann. Ziel ist eine neue Grundeinstellung gegenüber Familien beim Thema Wohnen zu erreichen.

Gebündelte Informationen

Erstellt werden eine Broschüre und ein Internetauftritt, woran sich Bauherren künftig orientieren können. Daneben werden alle Informationen gebündelt, die für das familienfreundliche Wohnen eine Rolle spielen. Enthalten sind auch Tipps, wie Hausmeister im Alltag Kinder und Familienfreundlichkeit umsetzen können, wie Wohnungen je nach Bedürfnis der Familie flexibel umgestaltet werden können oder welche Fördermodelle es für Familien gibt, wenn sie Eigentum in der Stadt erwerben wollen. Dafür stellt die Stadt 150.000 Euro zur Verfügung.

Arbeitsmodelle unterstützen

Zeit ist im Familienalltag eine wertvolle Ressource. Alternative Arbeitsmodelle sollen die

Lebensqualität von Familien und Beschäftigten steigern. Hier wird das Referat für Arbeit und Wirtschaft zusammen mit der städtischen Beratungs- und Qualifizierungsgesellschaft Verbund Strukturwandel GmbH, in enger Kooperation mit der IHK München und Oberbayern und dem DGB, kleine und mittelständische Unternehmen informieren, beraten und qualifizieren, wie familienfreundliche Arbeitszeiten auch in kleinen und mittleren Unternehmen umgesetzt werden können. Daneben werden zwischen interessierten Unternehmen Netzwerke geknüpft, um die langfristige Nachhaltigkeit der erarbeiteten Modelle abzusichern.

Ausbau von ÖPP

Zusätzlich wendet sich das Projekt an Betriebsräte und auch Beschäftigte. Das Projekt kostet rund 200.000 Euro im Jahr und soll mit Mitteln des Referates für Arbeit und Wirtschaft und des ESF (Europäischer Sozialfond) finanziert werden. Ausgebaut werden sollen auch Öffentlich Private Partnerschaften mit Firmen, um mehr Kinderbetreuung anbieten zu können.

Hausbesuche für Risikofamilien

Mehr als 3.000 Kinder werden jährlich von Kinderkrankenschwestern des Referates für Gesundheit und Umwelt betreut. Für die erfolgte Aufstockung auf 14,5 Stellen im Rahmen des Leitprojekts zahlt die Stadt zusätzlich 150.000 Euro pro Jahr. Die Kinderkrankenschwestern unterstützen Familien während der ersten drei Lebensjahre der Kinder. Sie geben Tipps zu Ernährung, Gesundheitsvorsorge, Entwicklungsförderung, Unfallverhütung oder Schreien. Betreut werden hauptsächlich Familien in schwierigen Lebenslagen. Ziel ist, sozialer und gesundheitlicher Benachteiligung entgegenzuwirken, allen Kindern gleiche Entwicklungschancen zu geben und nicht zuletzt Vernachlässigung und Gewalt vorzubeugen.

Aktionsforum Familie und Familienbericht

Noch vor der Sommerpause wird die Stadt mit der IHK und der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege ein Aktionsforum gründen, um Ideen für München als Kinder- und Familienstadt zu entwickeln. Wie all die Maßnahmen wirken, wird ab 2008 ein Münchner Kinder- und Familienbericht dokumentieren. □



Der Präsident des AdR, Michel Delebarre, beim Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Würzburg. Links Staatsministerin Emilia Müller, rechts Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann. Foto: Ole Kruse

2. Frankenkonferenz der SPD-Landtagsfraktion:

Mit Vielfalt und Stärken punkten

„Bayern besteht nicht nur aus Schloss Neuschwanstein, Alpenpanorama und Oktoberfest“, erklärte SPD-Fraktionschef Franz Maget bei der 2. Frankenkonferenz der SPD-Landtagsfraktion in Bamberg mit Blick auf die „oberbayernlastige Tourismuswerbung“. Nicht nur als Wirtschafts- und Forschungsstandort solle sich Franken profilieren, mehr als bisher müsse es auch im Tourismus punkten. Maget forderte eine stärkere Berücksichtigung Frankens in der Fremdenverkehrswerbung, Messen und Kongresse seien ein Schlüssel, um weitere touristische Potenziale zu erschließen.

Angesichts von 25,4 Millionen Übernachtungen im Jahr 2006 ist der Tourismus schon jetzt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, stellte die oberfränkische Sprecherin der Landtags-SPD, Christa Steiger, fest. Rund 170.000 Menschen in Franken hätten damit ihren Lebensunterhalt verdient. Die Ferienregionen zwischen Rhön und Altmühltal müssten sich selbstbewusst auf ihre Vielfalt besinnen und dabei ihre Besonderheiten noch besser herausstellen. Wichtig sei es, sich auf gemeinsame Stärken zu besinnen, ergänzte Mittelfrankens SPD-Regionalsprecherin Helga Schmitt-Bussinger.

Die Voraussetzungen dafür seien gut. Nürnberg, das 2006 mit mehr als zwei Millionen Übernachtungen einen Rekord erzielte, habe längst gezeigt, dass es mehr als Christkindlesmarkt und ein mittelalterliches Stadtbild zu bieten hat.

Resolution

Konkrete Maßnahmen, um die touristischen Potenziale Frankens besser zu nutzen und weiterzuentwickeln, forderte die Frankenkonferenz der SPD-Landtagsfraktion in einer von ihr verabschiedeten Resolution. Danach sei Franken mit seiner Vielfalt an Kunst, Kultur, interessanten und historischen Städten, seiner abwechslungsreichen Natur und Landschaft, mit neun Naturparks, die zum Genießen und zu sportlichen Aktivitäten einladen, mit attraktiven Bädern, Kur- und Wellnessangeboten, drei UNESCO-Weltkulturerbestätten und einer ausgezeichneten regionalen Küche ausgesprochen attraktiv und besitze eine Fülle an touristischen Angeboten.

Gewichtiges Stück Bayern

Tourismus in Franken stelle einen wichtigen und zukunfts-trächtigen Wirtschaftsfaktor dar - sowohl für den ländlichen Raum wie auch für die Städte, die Kur- und Heilbäder sowie im Kongress- und Messewesen. Bayern sei das Tourismusland Nummer eins und Franken ein gewichtiges Stück Bayern. Franken nehme den zweiten Platz bei den gesamt-bayerischen Gästezahlen ein.

Zum Tag der Franken
Flagge zeigen

Wolfgang Hoderlein startet Initiative

Frühzeitig hat der oberfränkische SPD-Abgeordnete Wolfgang Hoderlein mit Schreiben an alle Bürgermeister eine Initiative gestartet, damit am 1. Juli beim diesjährigen „Tag der Franken“ alle Rathäuser seines Heimatstimmkreises Kulmbach-Bayreuth mit Frankenfahnen beflaggt werden.

Hoderlein hatte schon im vergangenen Jahr angeregt, dass an allen öffentlichen Gebäuden Frankens der fränkische Rechen wehen sollte. Die Staatsregierung hatte dies unter Hinweis auf einschlägige Rechtsgrundlagen abgelehnt, da die Frankenfahne kein Hoheitszeichen sei.

Diese Absage beziehe sich nur auf staatliche Gebäude und Behörden, Rathäuser seien aber ebenso wenig Staatsgebäude wie Stadthallen, Kulturzentren und dergleichen, betont Hoderlein und fährt fort: „Wir Franken haben eine eigene kulturelle und geschichtliche Identität, die auch nach 200-jähriger Zugehörigkeit zum Staat Bayern nicht aufgehoben ist.“ Deswegen wünscht sich der Abgeordnete auch, dass die Heimat- und Kulturvereine „Flagge zeigen“. **DK**

„Franken Rechen“
für Prof. Gerhäuser

Im Anschluss an die Konferenz verlieh die SPD-Landtagsfraktion den „Franken Rechen 2007“ an Prof. Dr.-Ing. Heinz Gerhäuser für seine Verdienste um Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer. Die



Blick in das Zentrum von Feuchtwangen.

Mittelstands Union
analysierte WirtschaftslageInnovative Wirtschaftsentwicklung und
zukunfts-trächtige Arbeitsplätze in Oberfranken

Bei der jüngsten Vorstandssitzung stellte der Arbeitskreis Wirtschaft der Mittelstands Union fest, „dass wir in einer Zeit des Aufschwungs leben und hierbei nicht nur der Export, sondern auch die Inlandsgeschäfte boomen“. Wie der Bezirksvorsitzende der Mittelstands Union, Reinhard Giegold, betonte, seien die Auftragsbücher der Firmen voll. Die gesamte Wirtschaft entwickle sich positiv. Innovation werde groß geschrieben und sei Voraussetzung, um gegen Niedrigpreis- und Niedriglohnländer bestehen zu können.

Beim EU-Gipfel in Hof wurden für die Förderperiode 2007 bis 2013 die Verträge für ein Fördervolumen von 350 Milliarden Euro unterzeichnet. Deutschland erhält 26 Milliarden Euro und davon 576 Millionen der Freistaat Bayern. Für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sowie Bestandspflege und Neuan-siedlung im Bereich der ehemaligen Grenzregionen ist dies eine gute Grundlage, fordert aber weitere Bemühungen in Bezug auf Bildung und Ausbildung.

Pro Ganztagschule

Deshalb sind Giegold zufolge kurzfristig wirtschaftsbezogenere Lehrpläne in der Hauptschule dringend erforderlich. Die Ganztagschule gehe in die richtige Richtung und trage dazu bei, mehr Schulabgängern einen qualifizierten Hauptschulabschluss zu ermöglichen und sie als ausbildungsfähige junge Menschen in das Berufsleben zu entlassen. Firmen benötigten dringend diese Jugendlichen.

Dann dürfe aber auch eine wohnortnahe Beschulung nicht fehlen, meinte der Bezirksvorsitzende, „denn nur, wenn nicht noch mehr Kosten auf die Unternehmer zukommen, fühlen sie sich in die Lage versetzt, weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen“. Das jetzt vorgestellte Programm „Zukunft Bayern 2020“ lasse hoffen, da die Staatsregierung den ländlichen Raum in der Priorität weit vorn angesiedelt hat.

Giegold zufolge „sind wir manchmal im Wettbewerb mit anderen Regionen bei der Ansiedlung neuer Firmen nur zweiter Gewinner“. Ursache hierfür seien die besser geförderten angrenzenden Gebiete Thüringen und Sachsen, vor allem aber Tschechien. Bei den Förderanträgen komme die noch im Überfluss vorhandene Bürokratie dazu. Zu bemängeln seien:

- Umfang der Anträge

Laudatio hielt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, der Erlanger Abgeordnete Wolfgang Vogel. Mit dem „Franken Rechen“ zeichnen die fränkischen SPD-Landtagsabgeordneten alle zwei Jahre eine Persönlichkeit aus, die in und für Franken eine herausragende innovative Leistung auf wissenschaftlichem, kulturellem, technischem oder wirtschaftlichem Gebiet erbracht hat und für ein modernes Frankenbild steht. **DK**

Startschuss für Metropolregion München:

Initiative soll Kräfte bündeln

Die Oberbürgermeister kreisfreier Städte und Landräte des Großraums München haben gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und Unternehmen sowie der Bayerischen Staatsregierung die Initiative Europäische Metropolregion München (EMM) gestartet. Ziel ist es, durch gemeinsame Projekte die Kräfte zu bündeln und damit die Attraktivität des gesamten Wirtschaftsraums weiter zu steigern.

Der Großraum München ist die bundesweit erfolgreichste Wirtschaftsregion. Damit Wirtschaftskraft und Lebensqualität auch in Zeiten globaler Konkurrenz und immer kürzerer Innovationszyklen für die Zukunft gesichert werden können, haben auf Einladung von Münchens Oberbürgermeister Christian Ude die Oberbürgermeister Augsburgs, Ingolstadt, und Landshuts, Dr. Paul Wengert, Dr. Alfred Lehmann und Hans Rampf, die Oberbürgermeisterin Rosenheims, Gabriele Bauer, die Landräte der Landkreise von Augsburg, Donau-Ries, Landsberg/Lech, Landshut und München, Dr. Karl Voegel, Stefan Rößle, Walter Eichner, Josef Eppeneder und Heiner Janik, der IHK-Hauptgeschäftsführer von München und Oberbayern sowie die IHK-Präsidentin von Schwaben, Dr. Reinhard Dörfner und Hannelore Leimer, die Initiative für die Europäische Metropolregion München ins Leben gerufen. Bereits hinzugewonnen werden konnten die Stadt Kaufbeuren, die Landkreise Aichach-Friedberg, Mühldorf, Ostallgäu und Rottal-Inn.

Standortmarketing

Die Initiative EMM definiert sich über die konkrete Mitarbeit: Alle Partner der Initiative EMM aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Verwaltung engagieren sich in Arbeitsgruppen, die regional bedeutsame Projekte in den Bereichen Wissen, Wirtschaft, Mobilität sowie Umwelt und Gesundheit umsetzen. Hierzu gehört beispielsweise:

- ein weltweites Standortmarketing der EMM über Internet und Präsentationen auf Fachmessen;
- eine Initiative, die den Ausbau alpenquerender Bahnverbindungen und transeuropäischer Schienennetze unterstützt;
- die Vernetzung hochkarätiger Bildungseinrichtungen und innovativer High-Tech-Unternehmen.

Hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen die Projekte der Arbeitsgruppen. So stehen der Ar-

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Der neue Bürgermeister von Zeitlarn im Landkreis Regensburg heißt Franz Kröniger von der SPD. Er setzte sich mit über 54,6 Prozent der Stimmen gegen Konkurrent Josef Weinmann von der CSU durch. Kröniger war bisher schon 2. Bürgermeister in Zeitlarn. Die Wahl war nötig geworden, weil der bisherige Amtschef Fritz Meng vergangenen Sommer aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niedergelegt. Die Wahlbeteiligung lag bei über 63 Prozent.

Auch Pressath im Landkreis Neustadt an der Waldnaab hat einen neuen Rathauschef: Der SPD-Kandidat Konrad Merkl gewann die Wahl deutlich mit 67,7 Prozent der Stimmen. Merkl's Kontrahent Josef Stock von der CSU musste sich mit 32 Prozent unerwartet deutlich geschlagen geben. Erstmals nach 23 Jahren sitzt in Pressath damit wieder ein SPD-Mann auf dem Chefessel im Rathaus. Die Wahl war auch hier notwendig geworden, weil der langjährige Amtsinhabers Anton Gareis von der CSU aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. **DK**

beitsgruppe Wirtschaft bereits jetzt der Vorstandsvorsitzende von MAN-Roland, Prof. Gerd Finkbeiner, der geschäftsführende Gesellschafter der Kathrein-Werke, Prof. Dr. Anton Kathrein, und der Vorstandsvorsitzende der AUDI AG, Rupert Stadler, unterstützend zur Seite.

Einladung zur Mitarbeit

Die Arbeitsgruppen werden zunächst Projekte definieren und mit Projektpartnern bearbeiten. Der Lenkungskreis wird im Herbst weitere Schritte beraten. Noch in diesem Jahr, am 27. November, wird eine öffentliche Metropolkonferenz in Augsburg veranstaltet, um den Ideen- und Meinungsaustausch aller Akteure zu intensivieren. Alle interessierten Akteure in der Europäischen Metropolregion München sind zur Mitarbeit eingeladen. **DK**

Bayerische
Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 41 vom 01.01.2007

Anzeigenschlufstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Geopark Ries und die Wissenschaft:

Grundlagen für Zusammenarbeit stehen

Wie kann der Geopark die Wissenschaft, wie die Wissenschaft den Geopark unterstützen? Unter dieser Leitfrage wurden beim Geopark-Management Workshop in Nördlingen konkrete Vereinbarungen getroffen. Der Geopark sieht sich dabei in der Hauptsache als Plattform und Schnittstelle für die wissenschaftlichen Prozesse, nicht als wissenschaftlicher Akteur. Dies war die einhellige Meinung der anwesenden Vertreterinnen und Vertreter des Geopark-Managements.

„Wir sehen es als unsere Aufgabe und wir werden dafür sorgen, dass das, was die Wissenschaft tut, im Gebiet des Geoparks für alle besser sichtbar und nachvollziehbarer wird, wenn wir die hierfür erforderlichen Informationen seitens der Wissenschaft erhalten“. Das ist die Überzeugung der Geschäftsführung. Die beiden Geowissenschaftler der Humboldt Universität Berlin, Prof. Dr. Wolf Uwe Reimold und Dr. Thomas Kenkmann sehen den Geopark als regionalen Partner wie bisher schon das Rieskratermuseum.

„...so der allgemeine Tenor. Alle zwei Jahre sollen die aktuellen Forschungsergebnisse des Geoparks Ries und des Geoparks Schwäbische Alb vorgestellt und ausgetauscht werden. Zudem möchte man die Entwicklungen der Geoparks sichtbar machen und unterstützen.“

Erforschung geht weiter

Hochmotiviert durch die vereinbarten Ziele stellte Dr. Kenkmann sofort die derzeitigen Forschungsaktivitäten zur Veröffentlichung zusammen.

forschung des Rieses schuf die Basis des heutigen Verständnisses von Impaktprozessen. So konnte z.B. durch Prof. Stöffler am Beispiel des Rieskraters geklärt werden, wie Minerale und Gesteine durch die extremen Drucke und Temperaturen bei einem Meteoriteneinschlag verändert werden. Hierzu verglich er die Veränderungen im Krater mit Mineral- und Gesteinsveränderungen, die unter bekannten Drucken in Schockexperimenten auftraten. Insgesamt interpretierte man den irdischen Rieskrater in gleicher Weise wie die Mondkrater.

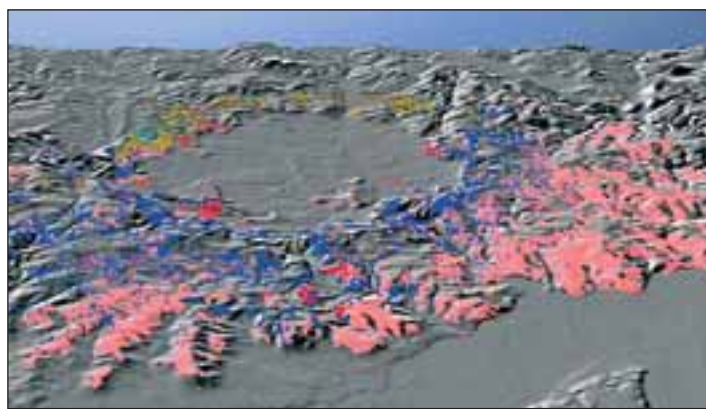
Mit dem Ende der bemannten Mondmissionen wurde es auch im Ries ruhiger. Die Anzahl wissenschaftlicher Publikationen nahm in den 80 und 90er Jahren rapide ab. Dabei waren noch längst nicht alle Fragen geklärt. So ist z.B. ungewöhnlich, wa-

Öffnung für die Bevölkerung

Jetzt sei auch der richtige Zeitpunkt, um das Konzept des wissenschaftlichen Bereiches im Internetauftritt des Geoparks so zu gestalten, dass er der Wissenschaft selbst optimal dienen kann. Die Rolle des ZERINS (Zentrum für Ries- und Impaktkraterforschung Nördlingen) im Geopark ist Institutsleiter Dr. Kenkmann ein besonderes Anliegen. Das ZERIN bereitet sich darauf vor, sich zunehmend der Bevölkerung zu öffnen. Es beteiligt sich bereits an der Nacht der Museen und hat einige Ausstellungsbereiche im Institut geschaffen. Die Diskussion mit dem Geopark-Management zeigte ganz klar, dass das ZERIN im Paket mit dem Rieskratermuseum das Herz der geologischen Forschung im Geopark sind. Enge gegenseitige Unterstützung wünschen sich beide Seiten.

Wissenschaftliche Symposien im Ries

Die projektbezogene Einbindung von Geowissenschaftlern begrüßen beide Seiten sehr. Die Rahmenbedingungen sind noch zu definieren. Alle Beteiligten haben ein Lieblingsziel: Wissenschaftliche Symposien im Ries. Um dies besser realisieren zu können, wurde bereits an eine Zusammenarbeit mit dem Geopark schwäbische Alb gedacht. „Gemeinsam schaffen wir das!“



Im digitalen Aufrissmodell des Rieses (Blick aus dem Süden) ist der Einschlagkrater des Meteoriten deutlich zu erkennen.

Bild: Earth Impact Database

Die Erforschung des Rieskraters geht weiter. Der Rieskrater hat nichts an seiner Aktualität und Bedeutung für die Forschung eingebüßt. Die grundlegenden Prozesse von Meteoriten-Einschlägen wurden in den 60er und 70er Jahren im Nördlinger Ries erforscht. Meteoritenkrater waren damals durch die Apollo-Missionen auf den Mond in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Davon profitierte auch die Erforschung des Rieses.

Astronautentraining

Astronauten wurden im Ries auf ihre Raumfahrt-Missionen vorbereitet und lernten in verschiedenen Steinbrüchen diejenigen Gesteine kennen, die ihnen auf dem Erdtrabanten wohl auch begegnen würden. Die Er-

rum es im Zentrum des Rieskraters keine zentrale Erhebung gibt, die andere Krater dieser Größe aufweisen. Unklar blieb auch, wie der sogenannte Innere Wall entstanden ist.

Offene Fragen

Darunter versteht man die Hügelkette die vom Wallerstein über den Galgenberg in Nördlingen hinüber zum Wennenberg reicht. Weitere offene Fragen betreffen die Art und Weise wie die ausgeworfenen Gesteinsmassen, die als Bunte Breccie und als Suvits bezeichnet werden, abgelagert wurden. Ein Krater dieser Größe würde außerdem viel größere Mengen an Schmelzen erwarten lassen.

All diese offenen Fragen führten dazu, dass die Erforschung des Rieskraters seit etwa zehn Jahren eine Renaissance erlebt. Man hat erkannt, dass das Ries nach wie vor für die Beantwortung zahlreicher planetologischer Fragestellungen das wohl beste irdische Studienobjekt ist. Die hervorragende Infrastruktur im Krater und der landschaftliche Reiz des Ries mögen das Ihrige beigetragen haben, dass die Rieserforschung wieder auf Hochtouren läuft und sich eine Vielzahl von Gastwissenschaftlern jährlich im ZERIN einfinden, z.B. um Bohrkerne zu studieren. Die Etablierung des Ries als nationaler Geopark ist der Erforschung natürlich auch zuträglich.

Impulse für die Renaissance der Kraterforschung gaben auch verbesserte Analysemethoden und der Einsatz numerischer Modellierungsmethoden. Mit deren Hilfe lässt sich inzwischen das Einschlagereignis, das den Rieskrater geschaffen hat exakt dreidimensional simulieren.

Das Ries und der Mars

Jüngste Studien von Dr. Kenkmann die in den renommierten Fachjournalen Meteoritics and Planetary Science und Earth and Planetary Science Letters erschienen sind, befassen sich mit erstaunlichen, bislang unentdeckten Phänomenen des Einschlags: Die obersten Schichten

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Jedesmal, wenn man einen Witz erzählt, betritt man ein Minenfeld. Unbeschadet raus kommt man nur, wenn man das Terrain sorgfältig erkundet.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ärgerte sich über den zweiten Bürgermeister, der sich arg in die Bredouille gebracht hat, weil er unbedacht einen Witz erzählte.

Ich könnte jetzt nicht mal sagen, ob der Witz lustig war oder nicht. Jedenfalls ging er über die Religion. Der Pfarrer hat sich wohl ausgeschüttet vor Lachen, aber Fanny Bacher ist zur Zeit der Meinung, dass ihr das Kleid der Bigotterie stehe und sprach gegenüber der Zeitung von einem Skandal.

In der Tat ist das Witzeerzählen für einen Politiker ein mehr als nur zweischneidiges Schwert. Kann man es gut, gilt man als umgänglich, gemütlich und humorvoll - alles Attri-

Der Witz und die Political Correctness

bute, die für Menschen in der Öffentlichkeit einem AAA-Rating gleichkommen. Ist man ein schlechter Witzeerzähler, kann man sich schön blamieren, insbesondere, wenn einem im entscheidenden Moment die Pointe entgleitet oder man die Handlung nicht astrain auf die Reihe bringt. Ausreden wie „Ich kann mir Witze einfach nicht merken“ werden zwar sozial akzeptiert, sind aber eigentlich ein Armutszeugnis.

So scheint also ein begnadeter Alleinunterhalter klar im Vorteil. Er ist der Liebling der Stammtische und kleinen Runden. Aber er kann sich leicht in vielen Fallstricken verfangen. Anders als die Engländer haben wir in Deutschland unheimlich viele Tabus bei Witzen: Die Religion, die sexuelle Orientierung, Migranten, die jüngere Vergangenheit - bei der großen Menge humorloser Menschen, die sich selbst nicht als solche erkennen, gibt es zu viel Empörungspotential, als dass man es wagen sollte, in anderen als vertrauten Kreisen Witze über diese Themen zu machen. Der Tod gehört zwar auch zu den Tabus, aber im Gewande der Selbstironie kann man ihn heranziehen, wie Witz von der Schulklasse: Fragt der Lehrer, was ein Trauerfall sei. Max tippt: „Wenn ich eine

Vase umwerfe“. „Falsch“, meint der Lehrer, „das ist ein Schaden“. Toni: „Wenn ich meine Briefmarkensammlung verliere“. „Nein, das ist ein Verlust“, so der Pädagoge. Felix ruft: „Ein Trauerfall ist, wenn der Bürgermeister stirbt.“ „Gut“, meint der Lehrer und bittet um eine Begründung. „Naja“, meint Felix, „mein Vater sagt immer, wenn der Kerl mal weg ist vom Fenster, ist das weder Schaden noch Verlust.“

Andere Themen wiederum sind ungefährlich. So sind die Beamten ein dankbares Feindbild und wehren sich nicht. Man kann also ungefährdet fragen: „Was muss ein Räuber nicht rufen, wenn er eine Amtsstube voller Beamter betritt?“ und sich selbst die Antwort geben, „Keine Bewegung!“ Ja, da hat man die Lacher auf seiner Seite.

Die besten Witze sind übrigens die jüdischen, voller Selbstironie und Bosheit, gepaart mit tiefem Verständnis für den Menschen und seine schwachen Seiten. Denn ein Witz kann ja auch ein Spiegel der Seele sein. Oder deren Ventil, wie die berühmten Flüsterwitze in Diktaturen, die den Erzähler ganz schön in die Bredouille bringen. Etwa als vor 70 Jahren erzählt wurde, dass Hitlers Fahrer auf einer Fahrt über Land eine Sau tödlich anfuhr. Der Fahrer ging in das Bauernhaus und kam beladen mit einem Fresskorb unter Jubelrufen der Dorfbewohner zum Auto zurück. Der Führer fragt nach dem Grund des Jubels. Der Fahrer beteuert: „Ich weiß auch nicht was los ist. Ich hab nur gesagt: Ich bin der Fahrer vom Hitler. Das Schwein ist tot.“

Mein Chef, der Bürgermeister, hat seinem Vize klar gemacht, dass Witzeerzählen eine Kunst ist, die von Können kommt, und einen heute die Political Correctness in Teufels Küche bringen kann. Er riet ihm gefälligst vorsichtig zu sein, wann und in Gegenwart von wem er welche Sotise loslässt. Der wandelnden Spaßbremse Fanny Bacher wird er aber bei Gelegenheit den Satz des Dichters Rudolf Alexander Schröder vom heutigen Kalenderblatt um die Ohren hauen: „Ein Mensch ohne Humor ist wie ein Haus mit immer trüben Fenstern.“

the
Sabrina

außerhalb des Kraters wurden in einem Radius von über 20 km durch die Schockwelle kurzfristig angehoben und machten gewissermaßen einen großen Sprung nach außen, der mit Starkbeben verbunden war. Als dann später das ausgeworfene Material des Kraters (Bunte Breccie) über die Landoberfläche hinwegzog, und als Strom nach draußen drängte, schleppte es die Juraschichten der Albhochfläche ein Stück weit mit sich. Ähnliche Phänomene entdeckte Kenk-

mann nun auch bei Meteoritenkratern auf dem Mars. Nachdem die Riege der Mondforscher das Ries in den 60er und 70er Jahren unter die Lupe genommen hat, rücken nun die Marsforscher dem Ries zu Leibe.

Erdähnliche Bedingungen

Das macht auch Sinn, denn die Krater auf dem Mars sind unter ähnlichen Bedingungen entstanden wie das Ries. Anders als auf dem Mond, gab und gibt es auf

dem Mars sowohl Grundwasser(eis) als auch eine Atmosphäre. Beides beeinflusst die Bildung von Meteoritenkratern. So darf man gespannt sein, wie die Erforschung des Geopark Ries weiter fortschreitet.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Fragen, inwieweit die Erde durch künftige Meteoriteneinschläge gefährdet ist und ob Wissenschaftler und Techniker Möglichkeiten finden, solch globale Gefahren abzulenken und/oder abzuwenden. □



Tag der offenen Tür für (Pflege-)Familien

Der Tag der offenen Tür für Familien im Landratsamt Fürstfeldbruck, der wie jedes Jahr auch unter dem Motto „Tag des Pflegekinds“ stand, war ein voller Erfolg. Mit einem herzhaften Frühlingsbrunch für Pflegeeltern und ihre (Pflege-)Kinder dankte Landrat Thomas Karmasin (unser Bild) den Pflegeeltern am Vormittag für ihr herausragendes Engagement. Anschließend gab er bei herrlichem Wetter den Startschuss für das offizielle Programm des Tages. Die vielen Attraktionen wurden von Groß und Klein begeistert angenommen: Die Kinder belagerten die Hüpfburg, ließen sich schminken, wetteiferten bei der Kinderolympiade, besuchten die Zaubervorstellung oder folgten dem Landrat auf eine erzählerische Reise in das antike Rom. Die Eltern nutzten die Zeit und ließen sich an den Informationsständen des Pflegekinderwesens des Jugendamts und des Tageselternservices Germering von Mitarbeitern/innen und Pflegeeltern über die Möglichkeiten, (Tages-)Pflegeeltern zu werden, informieren. □

KOLBERMOOR
Stadt voller Leben

Die Stadt Kolbermoor ist mit knapp 19.000 Einwohnern die größte kreisangehörige Gemeinde im aufstrebenden Wirtschaftsraum des unteren Mangfalltales.

Für die Verstärkung unserer Finanzverwaltung suchen wir ab dem 2. Halbjahr 2007 (Oktober/November) eine/n

Dipl.-Verwaltungswirt/in (FH) oder Verwaltungsangestellte/n mit vergleichbarer Ausbildung im Bereich Betriebswirtschaft, Rechnungswesen

für den Einsatz in der Finanzverwaltung der Stadt Kolbermoor.

Erforderlich sind fundierte Kenntnisse der Verwaltungs- und Organisationspraxis, umfassende und vertiefte Kenntnisse im Kommunal- und Haushaltsrecht sowie fundierte allgemeine Rechtskenntnisse. Führungsqualitäten und Organisationstalent sollten Sie darüber hinaus mitbringen. Vorteilhaft sind auch Kenntnisse im betriebswirtschaftlichen Bereich.

Die Eingruppierung erfolgt nach beamtenrechtlichen Voraussetzungen bzw. TVöD / VKA.

Ihre schriftliche Bewerbung senden Sie uns bitte mit aussagekräftigen Unterlagen bis spätestens

31.08.2007

an die Stadt Kolbermoor, Hauptamt, Rosenheimer Straße 30b, 83059 Kolbermoor. Für allgemeine Informationen steht Ihnen Herr Ender (Tel. 08031/296836) gerne zur Verfügung.



STADT KOLBERMOOR
Landkreis Rosenheim/Obb.

Visionen für Europa

Regionales Bürgerforum tagte in Beratzhausen / Impulse gegen Euroskeptiker

Visionen für Europa und spezielle Anforderungen vor Ort sowie auf EU-Ebene in den Bereichen „Energie und Umwelt“, „Familie und soziale Sicherung“ bzw. „Immigration und globale Rolle“ standen im Mittelpunkt beim Regionalen Bürgerforum, das im Beratzhausener Zehentstadel stattfand. Knapp 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Regensburg, darunter viele Kommunalpolitiker, diskutierten gut vier Stunden lang diese Themen und übergaben an Bürgermeister Georg Thaler seitens der regionalen Politik, an Detlev Groß vom Auswärtigen Amt und an Hans Precht vom Landratsamt die überarbeiteten Visionen und erarbeiteten Vorschläge.

Zur 50. Wiederkehr der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 fanden zwischen Februar und März 2007 in den EU-Mitgliedsstaaten insgesamt 27 Europäische Bürgerkonferenzen statt. In Deutschland gibt es zudem seit Ende März in 15 Kommunen Regionale Bürgerforen. Die Beratzhausener Veranstaltung war die vierte dieser Reihe. Der Landkreis Regensburg war als eine der 15 Regionen ausgewählt worden.

Gute Rankingergebnisse

Landrat Herbert Mirbeth verwies in seiner Begrüßung auf die guten Rankingergebnisse. Er erläuterte kurz die Zusammensetzung der Teilnehmer, die von den Bürgermeistern der Landkreiskommunen vorgeschlagen wurden, und erinnerte an das grundlegende Ziel der europäischen Einigung, nämlich „in Europa eine Friedensordnung zu schaffen“.

Für Mirbeth geht es heute in unserem Kontinent vor allem um „die Positionierung Europas

in der Welt und um das Annehmen Europas durch die Bürgerinnen und Bürger“, was durch die Bürgerkonferenzen und -foren gefördert werden könne. Da Beratzhausen seit 1975 eine lebendige Partnerschaft mit dem französischen Ort Ceyrat pflegt und viele weitere europäische Aktivitäten entfaltet, sei die Entscheidung zur Durchführung der Veranstaltung in der Europagemeinde sehr schnell gefallen.

Bürgermeister Thaler als überzeugter Europäer

Auf die Partnerschaft mit Ceyrat, aber auch die seit fast 20 Jahren durchgeführten Sprachkurse für spanische Kinder sowie die Kontakte nach Rumänien seit 1990 ging Beratzhausens Bürgermeister Georg Thaler in seinem Grußwort ein. Er sprach vom „Modell Beratzhausen, wo es gelingt, die Bevölkerung zueinander zu bringen“. Auf die Konferenz bezogen meinte der Rathauschef: „Als überzeugter Europäer wünsche ich mir, dass auch Skeptiker als überzeugte

Europäer in ihre Gemeinde zurückkehren.“

Das Problem des Euro-Skeptizismus nannte auch Detlev Groß vom Auswärtigen Amt. Daher ist es für ihn wichtig, die EU durch solche Veranstaltungen in die Diskussion zu bringen und noch mehr Bürger an der Politik zu beteiligen. „Bürger haben die Themen bestimmt, die zunächst auf nationaler Ebene diskutiert werden“, machte er deutlich. Die Übergabe der Ergebnisse an Vertreter der Kommunal- und der Bundespolitik verdeutliche die guten Möglichkeiten der Mitbestimmung.

Auftaktveranstaltung

Bevor die vier bis sechs Personen starken Kleingruppen, moderiert von Mitarbeitern des Landratsamtes, in die Themenarbeit einstiegen, berichtete die gebürtige Österreicherin Karoline Hastreiter, die heute in Amberg lebt, über die Auftaktveranstaltung am 24. und 25. Februar in Berlin. „Bürger aus der ganzen Republik arbeiteten an einer Vision zu Europa“, fasste sie zusammen.

Erste Arbeitseinheit

In der ersten Arbeitseinheit wurden die Visionen (jeweils sechs bis acht Punkte) von den Bürgern diskutiert, ergänzt und teilweise neu formuliert. Beim Thema „Immigration und globale Rolle“ wurde am Ende folgende Hauptvision fixiert: „Eine verantwortungsvolle, starke, selbstbewusste und friedliche Rolle Europas in der Welt, entsprechend einem gemeinsamen Konsens.“ Die Gruppe „Energie und Umwelt“ definierte als Primärvision: „Europa soll eine umweltpolitische Vorreiterrolle einnehmen, sowohl in den Mit-

gliedsstaaten als auch weltweit.“ Und die Gruppe „Familie und soziale Sicherung“ überarbeitete die Leitvision wie folgt: „Eine gemeinsame Basis von Familien- und Sozialpolitik schaffen, in der der Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seinem Geschlecht, seiner Religion usw. im Mittelpunkt steht.“

Konkrete Umsetzung

Zu den sechs bis acht Visionen der drei Themenbereiche machten sich die Bürger in der zweiten Arbeitseinheit Gedanken zur konkreten Umsetzung - auf lokaler Ebene, also vor Ort und im Landkreis, bzw. auf EU-Ebene. Im Plenum wurden am Ende der Veranstaltung diese Ansätze vorgetragen und zur Abstimmung gebracht.

Positive Bewertung

Die von Vertretern der Gruppen referierten Ideen erhielten mehrheitlich Zustimmung von der Gesamtgruppe. Positiv fiel auch die Bewertung der Veranstaltung selbst aus. Nicht ausruhen auf den erarbeiteten Ergebnissen und die Bürgerstimmen wahrnehmen, rieten die Bürgervertreter bei der Übergabe der Visionen und Ideen an Bürgermeister Thaler, Detlev Groß und Hans Precht.

Zusätzliche Motivation

Thaler nahm aus dem Forum eine „zusätzliche Motivation für seine Kommune mit, dem Europabazillus noch mehr Gehör zu verschaffen.“ Groß meinte, dass nicht nur die konkreten Ergebnisse wichtig seien, „sondern dass sich dieses Format des Umgangs mit Politik und des Politikmachens durchsetzt.“ Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich solche Aktionen positiv auf die Europawahl 2009 auswirken und das europäische Parlament stärken könnten.

Markus Bauer

Infotour „Europa wird 50“ feierlich gestartet

Zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso die Informationstour „Europa wird 50“ vor dem Brandenburger Tor gestartet. Die Tour wird bis Ende Juni in mehr als 50 deutschen Städten Station machen - bayernweit in München, Nürnberg, Würzburg und Regensburg -, um vor Ort mit Bürgerinnen und Bürger über Europa zu diskutieren.

Schirmherr ist Bundespräsident Horst Köhler. Der Tourauf-takt fand direkt im Anschluss an das Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs und der Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“ statt. Das Startsignal von 5000 aufsteigenden Europa-Luftballons gaben Schülerinnen und Schüler aus 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union.

Mit der Informationstour wollen Bundesregierung, Europäische Kommission und Europäisches Parlament möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit geben, über die Europäische Union und ihre Zukunft zu diskutieren. Welche Vorteile haben wir von Europa? Was unternimmt die EU für unsere Sicherheit? Wie setzt sich die EU für den Klimaschutz ein? Das sind nur einige der Fragen, auf die im Rahmen der Tour Antworten gegeben werden sollen. Für Schulklassen gibt es ein auf sie zugeschnittenes Programm, in dem sie sich in intensiv mit dem Thema Europa befassen können.

Die besuchten Städte sind ebenso als Kooperationspartner der „Aktion Europa“ eingebunden wie etwa das Netzwerk der Europäischen Bewegung. In vielen Städten werden auch Bundes- und Landespolitiker sowie Abgeordnete des Bundestages und des Europäischen Parlaments Rede und Antwort stehen. Mehr zum Programm vor Ort gibt es auf der Seite der Tour unter „Europa wird 50“.

Landkreis Cham:

Innovationspreis „Beste Aussichten“

Mit einem sogenannten Innovationspreis sollen zukünftig herausragende innovative Leistungen im Landkreis Cham gewürdigt werden.

Der Chamer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages, Theo Zellner: „Wir wollen damit Unternehmen, Einrichtungen oder Persönlichkeiten auszeichnen, die im technischen, sozialen oder organisatorischen Bereich Neues schaffen und somit einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Region leisten.“

Im Rahmen einer Innovationsgala am 27. September wird der Landkreischef erstmals einen Preisträger im Landkreis

Cham mit dem Innovationspreis auszeichnen. Insgesamt soll dadurch eine Kultur der Innovation gefördert und das Thema Innovation in der Öffentlichkeit stärker verankert werden.

Der Preis besteht aus einer Skulptur, die im Rahmen eines Wettbewerbs von einem Studenten der Fachakademie für Holzgestaltung in Cham gestaltet wurde. Hergestellt wird das Objekt aus den einheimischen Materialien Glas, Granit und Stahl.

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken - Ankauf
Kostenseres Schätzung und Beratung - Ständiger Ankauf zu Höchstpreisen
Einführung zur Auktion jederzeit - Wir beraten Sie gerne auch zu Hause
Briefmarkenauktionshaus Schutz
Frauenburggraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 - 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 - Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 - Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 - Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Knödler
Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
Wartehallen
Ein Gesellschafter der ELANCLIA AG

ORION
siehe Fahrradabstellanlagen
www.orion-bausysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlergeräte

FUNERALIA GmbH - 97078 Würzburg
☎ 0931/29903-0 - Fax 0931/29903-15
e-Mail: funeralia@f-online.de - www.funeralia.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spiels!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk - Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 - D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 - Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN!
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisonstraße 11 - 24941 Flensburg
Tel.: 0461-77306-0 - Fax: 0461-77306-35
E-Mail: KOMPAN.gmbh@KOMPAN.com
www.KOMPAN.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spiels!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 - 71364 Winnenden
Tel. 07195/6905-0 - Fax 07195/690577 - info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Winterdienst-Technik ist unsere Stärke!
Gmeiner GmbH
Bgm.-Kösel-Str. 25
D - 92245 Kümmerbruck
Telefon: +49 (0) 96 21 / 76 85-0
Internet: www.gmeiner-online.de
E-Mail: info@gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen
siehe Fahrradabstellanlagen
ORION
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH - Industriestraße 13 - 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 - Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de